

Blendwerk

Uta Meier-Gräwe über
Ehegattensplitting & Co

5 Hürdenlauf

Hans-Georg Nelles über
soziale Vaterschaft

24 Entschleunigung

Susann Worschech über die
Rushhour des Lebens

32

böll

THEMA

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung
Ausgabe 2, 2013

Wie frei bin ich?
Lebentwürfe in Bewegung



Der besondere Tipp

Kongress

Protest. Kultur. Politik – Aktionsformen gegen autoritäre Strukturen in den Gesellschaften Osteuropas

Do/Fr, 27.–28. Juni 2013

Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Kongress, Workshops und Event mit Gästen aus
Russland, Belarus und der Ukraine

Veranstaltungsreihen

Green Lecture

Do, 12. September 2013, 19:00 Uhr

Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Vortrag von Kate Raworth, kommentiert
von Reinhard Bütikofer (MEP) u. a.,
Moderation: Barbara Unmüßig

Auf der Höhe – Diagnosen zur Zeit

Authentizität

Weshalb es so anstrengend ist,
man selbst zu sein

Mo, 23. September 2013, 19:30 Uhr

Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Vortrag von Diedrich Diederichsen

Berliner Disput

Ralf Fücks und Harald Welzer im Gespräch
mit Peter Siller

Do, 26. September 2013, 19:30 Uhr

Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Understanding Pakistan

Di, 14. Oktober / 11. November / 2. Dezember,
jeweils 18–19:30 Uhr

*Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung (in englischer
Sprache – keine Simultanübersetzung)*

Publikationen

Bericht aus der Zukunft Wie der grüne Wandel funktioniert

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im
oekom Verlag
München, Juni 2013, 288 Seiten, 24,95 Euro
ISBN 978-3-86581-416-6

Experiment Bürgerbeteiligung Das Beispiel Baden-Württemberg

Ein Dossier von Elisabeth Kiderlen und Helga
Metzner. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zur Demokratie, Band 32
Berlin, April 2013, 160 Seiten

Transnational Organized Crime Analyses of a Global Challenge to Democracy

Heinrich-Böll-Stiftung und Regine Schönenberg
(eds.), transcript verlag
Bielefeld 2013, 308 pages, 24,80 Euro
ISBN 978-3-8376-2495-3

Enlivenment Towards a fundamental shift in the concepts of nature, culture and politics

An Essay by Andreas Weber. Ed. by the Heinrich
Böll Foundation
Publication Series on Ecology, Volume 31
Berlin, May 2013, 72 pages

Bestellung und Download von Publikationen unter
www.boell.de/publikationen

Dossiers und Blogs

eurocrisis.boellblog.org
englischsprachiges Blog mit Analysen
und Beobachtungen zur Eurokrise

russland.boellblog.org
Jens Siegert schaut hinter die alltäglichen
Meldungen aus Moskau und kommentiert sie

klima-der-gerechtigkeit.boellblog.org
das Klimablog von Lili Fuhr, Arne Jungjohann
und Georg Kössler

heinrichvonarabien.boellblog.org
das Blog unserer Büroleitungen im Nahen Osten
und in Nordafrika. Es schreiben Bente Scheller
(Beirut), Marc Bertold (Tel Aviv), Rene Wild-
angel (Ramallah), Joachim Paul (Tunis)

on.boell.de/taksimistueberall
«Taksim ist überall» – Türkei in Aufruhr

www.boell.de/Focus-on-Hungary
englischsprachiges Dossier über die Situation
in Ungarn nach der Regierungsübernahme der
Rechtspopulisten im Jahr 2010

www.boell.de/hochinklusive
{ hochinklusive } Zusammenhalt einer vielfältigen
Gesellschaft. Veranstaltungen, Tagungen, Dossi-
ers und Beiträge zum Thema Inklusion

www.boell.de/baustelldemokratie
Dokumentation und Materialien des Kongresses
«Baustelle Demokratie» – Wo Einmischen heute
gefragt ist

www.nutzen-statt-besitzen.de
Beiträge und Best-Practice-Beispiele für eine
ressourcenschonendere Konsumkultur

Die Stiftung in Sozialen Netzwerken

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist in verschiedenen
Sozialen Netzwerken aktiv.

Werden Sie Freund oder Freundin der Stiftung
auf Facebook unter www.boell.de/facebook,
sehen Sie Filme und Videos bei YouTube (www.boell.de/youtube),
Bilder bei Flickr (www.flickr.com/photos/boellstiftung),
hören Sie unsere
Audiofiles (www.soundcloud.com/boellstiftung)
oder verfolgen Sie die aktuellen Nachrichten der
Stiftung über den Kurznachrichtendienst Twitter
unter www.twitter.com/boell_stiftung.

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T 030–2 85 34–0

F 030–2 85 34–109

E thema@boell.de **W** www.boell.de/thema

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger

Redaktionsassistentz

Susanne Dittrich

Mitarbeit

Barbara Unmüßig, Susanne Diehr
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Coverfoto

Monika Keiler www.monika-keiler.com

Art Direktion / Gestaltung

Blotto Design, Berlin
www.blottodesign.de

Illustrationen

Martin Nicolausson
www.martinnicolausson.com

Druck

AZ Druck und Datentechnik, Allgäu u. Berlin

Papier

Inhalt: Envirotop, 100g/m² matt hochweiß,
Recyclingpapier aus 100% Altpapier
Umschlag: Clarosilk, 200g/m²

Bezugsbedingungen

zu bestellen bei oben genannter Adresse

Die einzelnen Beiträge stehen unter der
Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

Wahlfreiheit – das große Versprechen

Wahlfreiheit verspricht die schwarz-gelbe Regierung. Jede und jeder soll selbst entscheiden, in welcher Form er oder sie Beruf und Familie vereinbaren will. Große, jedoch sehr voraussetzungsvolle Worte. Die Freiheit der Entscheidung setzt nichts weniger als Optionen voraus, die keiner und keinem zum Nachteil geraten – bei der Berufsplanung, beim Kinderwunsch, bei der Pflege, bei der Rente, bei den Steuern. Von der Sicherung der eigenen Existenz unabhängig vom gewählten Lebensmodell sind wir in der Bundesrepublik Deutschland noch weit entfernt. Es fehlt an allen Ecken und Enden, an Infrastruktur für Kinder und Pflegebedürftige, an gleichen Löhnen für gleichwertige Arbeit und an einer geschlechtergerechten Steuerpolitik.

Eigenständige Existenzsicherung ist der etwas sperrige Begriff, hinter dem ein sehr konkretes und lebensnahes Konzept steht. Es fordert im Kern nichts Geringeres, als dass alle Menschen ihren Lebensweg planen und realisieren können, ohne dabei in finanzielle Abhängigkeit oder gar Not zu geraten. Sei es als Mutter, als berufstätige Frau, als Hausmann oder als Pfleger für Angehörige. Es geht um die Freiheit der Wahl.

Und sie ist keine selbstverständliche Realität in Deutschland. Dies gilt für alle Geschlechter und Schichten. Sicher aber sind es in erster Linie Frauen, die ihren Beruf aufgeben, um sich um Familie, Kinder und später vielleicht die hilfsbedürftigen Angehörigen zu kümmern. Spätestens, wenn die Ehe scheitert – in Deutschland jede zweite – bekommen sie zu spüren, was es sie kostet, die Eigenständigkeit aufzugeben zu haben: In ihrem Beruf warten, wenn überhaupt, Jobs der zweiten oder dritten Liga, die Unterstützung, die das Gesetz nach der Ehe vorsieht, ist marginal, und die Rente wird zum Leben kaum reichen; von verpassten Lebenschancen ganz zu schweigen. Davon erzählt dieses Heft.

Eigenständige Existenzsicherung ist eine politische Leitidee all jener, die Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern durchbuchstabieren, gesetzliche Rahmenbedingungen durchforsten und falsche Anreize wie Ehegattensplitting & Co abschaffen wollen. Wenn der Ausschluss homosexueller Lebenspartnerschaften aus dem Ehegattensplitting wie jüngst vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wird, dann ist das aus der Perspektive der Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung konsequent. Das Ehegattensplitting selbst festigt eher tradierte Rollenmuster, die dafür verantwortlich sind, dass die Familien- und Sorgearbeit nicht gleich auf beide Geschlechter verteilt ist und so den Lebensweg vieler Frauen bestimmt, aber auch den der Männer. Die Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes, Ramona Pisal, bringt das Anliegen eigenständiger Existenzsicherung gerade auch in der Steuerpolitik anlässlich des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Ehegattensplitting für homosexuelle Paare auf den Punkt: «Angemessen ist die Einführung einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag für alle rechtlich verbindlich verfassten Lebensformen.»

Wahlfreiheit der Lebensformen, real und für jede und jeden – für dieses Ziel müssen politische und gesetzliche Weichen gestellt und die gesellschaftliche Auseinandersetzung geführt werden. Dieses Böll.Thema liefert dafür Analysen und Denkanstöße, Lebensgeschichten und praktische Vorschläge. ■■■



Barbara Unmüßig
Mitglied des Vorstands der
Heinrich-Böll-Stiftung

Inhalt

1 **Wahlfreiheit – das große Versprechen**

Editorial von Barbara Unmüßig

3 **Lebensentwürfe in Bewegung**

Einleitung von Barbara Unmüßig und Susanne Diehr

Unter der Lupe – die geheimen Verführer

5 **Kröten zählen statt Prinzen küssen!?**

Warum für Frauen ein nüchterner Blick auf die scheinbaren (finanziellen) Vorteile der Ehe sehr hilfreich ist. Von Uta Meier-Gräwe

6 **An später denken wir später**

Die Folgen von Minijobs & Co im Überblick. Von Heide Oestreich

8 **Abgerechnet wird am Schluss**

Was uns die Ungleichheit der Geschlechter kostet. Von Uta Meier-Gräwe

10 **Kein bisschen gerechter** — Das Familiensplitting zementiert alte Rollenmuster und kostet obendrein auch richtig viel Geld.

Von Astrid Rothe-Beinlich

11 **Rückführung ins Heim** — Das Ehegattensplitting wurde unter den Nationalsozialisten im Jahr 1934 eingeführt – der Arbeitsmarkt sollte entlastet und der Gebärfreier gefördert werden. Von Götz Aly

Geschichten aus dem Alltag

12 **Der Abstieg der Karin Steinbrenner**

Die Geschichte eines ganz alltäglichen Frauenlebens in einem reichen Land, das sich daran gewöhnt hat, dass Mutterwerden eines der großen Armutsrisiken ist. Eine Reportage von Julia Friedrichs

16 **Das ewig schlechte Gewissen**

Warum erfolgreiche Frauen ihr Leben und ihre Macht nicht genießen können. Ein Essay von Ines Kappert

18 **Heiteres Beruferaten** — Er kümmert sich um Kinder und Haushalt, und sie geht arbeiten. Er wäscht die Wäsche, sie geht auf Geschäftsreisen. Er kocht, sie macht sich abends ein Bier auf. Die Geschichte einer ganz normalen Beziehung. Eine Glosse von Elisabeth Schmidt

20 **Einmal Rolle vor und zurück** — Jede fünfte Familie in Deutschland wird mittlerweile von einer Frau ernährt. Mit feministischen Idealen von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung hat das allerdings wenig zu tun. Ein Porträt von Chris Köver

23 **«Wenn ich nur gut bin, wird alles gut»**

Warum das ein großer Irrtum ist und welche Spielregeln Frauen kennen müssen, um wirklich zu gewinnen. Ein Interview von Claire Horst

24 **Vater sein dagegen sehr** — Viele Männer wollen für ihre Kinder da sein. Aber sie brauchen Unterstützung – von den Führungskräften in den Unternehmen, von anderen Männern, aber auch von ihren Partnerinnen.

Ein Plädoyer von Hans-Georg Nelles

26 **Das bisschen Haushalt** — Diese Arbeit übernehmen in Deutschland immer häufiger Migrantinnen. Sie haben keinerlei Rechte, werden schlecht bezahlt, nicht selten misshandelt.

Eine Dokumentation von Juliane Karakayali

Politische Stellschrauben und persönliche Visionen

28 **Wohin mit Vater und Mutter?** — Wie die Pflege von Angehörigen zum Wohle aller in Zukunft gestaltet werden kann. Drei Autoren, drei Standpunkte: Hannelore Buls, Thomas Birk und Christa Wichterich

30 **Sicher auf hoher See** — Die Bürgerversicherung würde ein Ende mit der Zweiklassenmedizin machen. Und wäre ein Fundament gegen die Altersarmut. Von Ulrike Baureithel

32 **Tempo runter** — Familien brauchen mehr Zeit für faire Arbeitsteilung. Die Wertschätzung und Anerkennung unbezahlter Arbeit ist eine Voraussetzung dafür. Von Susann Worschech

34 **Weniger ist mehr**

Warum bei einer 30-Stundenwoche alle nur profitieren können. Von Heinz-J. Bontrup

36 **Die Besten ihrer Art**

Menschen übernehmen längst in allen möglichen Beziehungskonstellationen Verantwortung füreinander. Von Chris Köver

38 **So frei bin ich** — Eine junge Frau geht ihren Weg. Von Martin Reichert



→ S.16 Über weibliche Workaholics und das Problem mit dem Privaten



→ S.20 Über Frauen in der Ernährerrolle

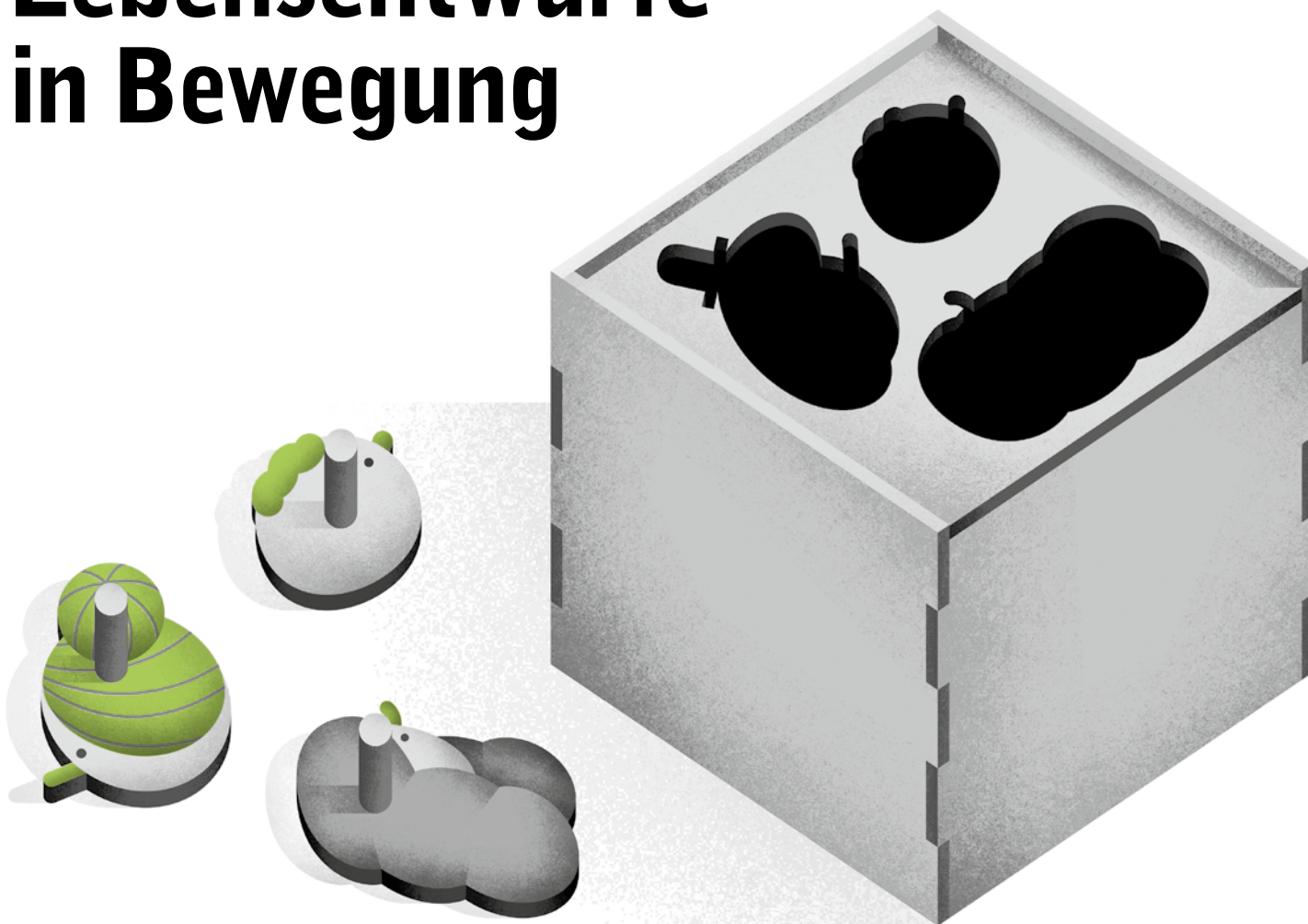
Inhalt

- 5 Unter der Lupe
- 12 Geschichten aus dem Alltag
- 28 Politische Stellschrauben und persönliche Visionen

Einleitung

Das Modell «Vater, Mutter, Kind» mit dem Vater als Alleinverdiener genießt immer noch Privilegien – wie Grundgesetz und Steuerrecht eindrücklich belegen. Längst aber wollen viele Menschen ihr Leben anders gestalten, beruflich wie privat. In Deutschland kann das zu materieller Not führen.

Lebensentwürfe in Bewegung



Von **Barbara Unmüßig** und **Susanne Diehr**

Unsere Gesellschaft ist längst von einer Vielfalt an Lebensentwürfen geprägt. Menschen leben in unterschiedlichen Verbindungen, in Wahl-, Regenbogen- und Patchwork-Familien, in Freund/innen-Netzwerken, in schwulen oder lesbischen Lebensgemeinschaften, in polyamourösen Beziehungen. Auch die klassische Laufbahn «verliebt, verlobt, verheiratet» war gestern: Seit 1968 hat sich die Zahl unverheirateter Mütter und Väter in Westdeutschland mehr als verdoppelt (auf über 11 Prozent), in Ostdeutschland vervierfacht (auf über 40 Prozent). Lebensentwürfe lösen sich zuneh-

mend von festgefügt Mustern. Doch so individuell die Entscheidungen begründet sein mögen, echte Wahlfreiheit für neue Lebensentwürfe impliziert auch, dass sich die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen dem gesellschaftlichen Wandel anpassen.

Was brauchen wir, um frei wählen zu können?

Eigenständige Existenzsicherung – hinter diesem etwas sperrigen Begriff aus dem Wahlprogramm der Grünen verbirgt sich ein Konzept, das für jeden Menschen die gleichen Rechte, den Zugang zu Ressourcen

und Teilhabe fordert – das Fundament der Wahlfreiheit also. Es sieht vor, alle Fehlreize, die die Ungleichheit der Geschlechter begünstigen, im Steuerrecht, in der Sozialpolitik oder auf dem Arbeitsmarkt zu überprüfen und umgekehrt zu fragen: Welche Infrastruktur, welche Rahmenbedingungen – zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, in der Pflege – brauchen wir, damit wir tatsächlich frei wählen können und nicht ständig traditionelle Muster in der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern reproduzieren?

In der Bundesrepublik lebt heute die am besten ausgebildete Frauengeneration aller Zeiten. Sie stößt jedoch an



Einleitung

gläserne Decken, kommt weniger beruflich voran als Männer. Das betrifft nicht nur ihre Aufstiegschancen, das betrifft auch den Lohn: Vergleicht man mittlere Einkommen, beträgt der Unterschied zwischen Männer- und Frauengehältern 22 Prozent. Mit dieser Zahl liegt Deutschland auf dem drittletzten Platz aller OECD-Länder. Ein großer Teil dieser Differenz ist auf Teilzeitarbeit zurückzuführen. In Deutschland arbeiten 62 Prozent der Frauen zwischen 25 und 54 Jahren in Teilzeit, zum Vergleich: In Frankreich sind es nur 26 Prozent.

Überrepräsentiert sind Frauen hingegen in schlecht bezahlten und prekären Arbeitsverhältnissen. Von den 6,94 Millionen Menschen, die im Jahr 2011 einen Minijob angenommen haben, stellen Frauen mehr als zwei Drittel. Die Folgen: Im Laufe ihrer Erwerbsbiografie erwirtschaften Frauen heute nur eine halb so hohe Rente wie Männer, viele Frauen sind deshalb von Altersarmut bedroht. Mit diesem Unterschied in den Rentenbezügen landet Deutschland auf dem letzten Platz aller 34 Länder, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem letzten Gleichstellungsbericht verglichen hat. Wer also weibliche Altersarmut verhindern will, muss unter anderem beim Arbeitsmarkt ansetzen und umsteuern.

Eine Kita ist wichtiger als bares Geld

Mehr denn je wollen viele junge Menschen die Erwerbs- und Hausarbeit gerecht unter den Geschlechtern aufteilen. Der Blick auf die Lebensverläufe von Männern und Frauen zeigt jedoch: Sobald Kinder gewünscht oder da sind, wird dieser Wunsch von Einkommen und Angeboten wie Kinderbetreuung stark beeinflusst. Es sind eben nicht ewig alte Denkmuster in den Köpfen werdender Eltern, die jede Veränderung blockieren. Junge Paare müssen sehr genau kalkulieren, wie viel am Ende des Monats zum Leben in der Haushaltskasse bleibt, und planen, wie sie Beruf und die Betreuung ihrer Kinder verbinden können. Eltern, die ihr Leben partnerschaftlich gestalten wollen, scheitern letztendlich an den Rahmenbedingungen. «Kita ist wichtiger als Bares» – titelte die *Süddeutsche Zeitung* am 30. April und verwies auf eine neue Studie des Ifo-Instituts, das untersucht hat, wie sich die Familienpolitik des Staates auf die Geburtenzahl und die Karriere von Frauen auswirkt. «Gerade in Haushalten mit niedrigem Einkommen reduzieren

Frauen ihre Stundenzahl oder verschwinden ganz vom Arbeitsmarkt.» So halten sich traditionelle Arbeitsteilung und die Rollenzuweisung innerhalb der Familie hartnäckig. Das Ehegattensplitting fördert dies noch. Wenn jedoch 40 Prozent der Ehen ohne Kinder von diesem Steuermodell profitieren, fragt sich, was mit den Steuern eigentlich gesteuert bzw. gefördert wird: das Leben mit Kindern oder ein mehr und mehr überkommenes Alleinernährermodell?

Wichtige Stationen des Lebens müssen stärker in den Fokus

Nun mag es nicht nur ein berechtigtes persönliches Bedürfnis sein, sondern auch ökonomisch sinnvoll, wenn Eltern Erwerbs- und Sorgearbeit zu unterschiedlichen Teilen übernehmen und mit dem Splittingvorteil qua Trauschein in der Haushaltskasse rechnen. Die Ehe ist auch weiterhin eine mehrheitlich gewählte Lebensform. Doch als Leitbild, zumindest auf Lebenszeit, ist sie überholt: Wurde in Westdeutschland in den 50er Jahren jede achte Ehe geschieden, ist es heute jede zweite. Was also in einem Lebensabschnitt ein persönliches Bedürfnis und auch ökonomisch sinnvoll sein kann, kann mit Blick auf eine gesamte Biografie negative Wirkungen entfalten.

Der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung empfiehlt deshalb einen ganz neuen Blick auf die Politik von Gleichstellung. Sie soll die verschiedenen Knotenpunkte im Verlauf des Lebens stärker in den Fokus nehmen, also die Stationen, an denen Menschen wichtige Entscheidungen treffen – eine Ausbildung beginnen, heiraten oder aus dem Beruf aussteigen. Sie soll Fehlanreize abbauen und positive Bedingungen schaffen, die Wahlfreiheit erlauben, ohne massive Einbußen vor allem bei der beruflichen Entwicklung und Karriere und bei der Altersrente in Kauf nehmen zu müssen.

Punktuell gibt es eine solche am Lebensverlauf orientierte Politik schon. Sorgezeiten werden als Phasen oder Unterbrechungen im Lebensverlauf arbeits- und sozialrechtlich besser abgesichert. Neue Regelungen wie die Elternzeit stärken die Verantwortung von Männern und die Möglichkeit, die Sorgearbeit von Eltern zu teilen. Mit solchen neuen Regelungen nähert sich die Politik aber erst allmählich einem neuen Leitbild der eigenständigen Existenzsicherung.

Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht müssen entrümpelt werden

Vor allem die Grünen wollen diesem Leitbild zum Durchbruch verhelfen; es ist nicht unumstritten und erfordert Mut – wie die mediale Empörung über die Steuerpläne im grünen Wahlprogramm Ende April zeigte. Das Leitbild ist an Selbstbestimmung und an echter Wahlfreiheit orientiert. Ohne Entrümpelung und Reformen im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht sind diese nicht zu haben. Denn eigenständige Existenzsicherung bedeutet, dass alle Menschen einen Rechtsanspruch auf soziale Absicherung und grundsätzliche individuelle Leistungen haben – unabhängig von Geschlecht und partnerschaftlicher Bindung.

Das Abschmelzen des Ehegattensplittings zugunsten der Förderung von Kindern, eine Reform der Minijobs, Anreize für den beruflichen Aufstieg von Frauen sind das eine. Das andere ist es, eine Infrastruktur zu schaffen, die Männer und Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Dazu gehört auch eine andere Gestaltung der Erwerbsarbeit, die Sorgearbeit für Kinder und pflegebedürftige Menschen – und zwar ohne Nachteile für Beruf, Karriere und Rentenansprüche – möglich macht.

Das Leitbild der eigenständigen Existenzsicherung soll jedoch nicht als Individualisierung von Existenzsicherung missverstanden werden, im Gegenteil: Es geht um die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit.

Auch das Leitbild einer eigenständigen Existenzsicherung begrüßt es, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Es wirft aber Fragen auf, welche Art von Solidarität der Staat voraussetzen darf und wie Steuer-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gestaltet werden können, so dass sie Bedürfnissen von Individuen gerecht werden und mit der staatlichen Schutz- und Förderverantwortung in Einklang stehen. ■■■

Barbara Unmüßig ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Neben der internationalen Arbeit der Stiftung ist sie verantwortlich für das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie. Eines ihrer zentralen Anliegen ist die konsequente Umsetzung des Leitbilds Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung.

Susanne Diehr ist Referentin im Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Unter der Lupe – die geheimen Verführer

Warum für Frauen ein nüchterner Blick auf die scheinbaren (finanziellen) Vorteile einer Ehe in jedem Fall sehr hilfreich ist.

Kröten zählen statt Prinzen küssen!?

Von **Uta Meier-Gräwe**

Auf den ersten Blick erscheint es wie ein Paradebeispiel für kreatives weibliches Selbstmanagement: In der 2. Ausgabe der Zeitschrift *Brigitte MOM* im Jahre 2012 werden fünf Frauen porträtiert, die sich nach der Geburt ihrer Kinder für eine berufliche (Klein-)Selbständigkeit entschieden haben. Diese Frauen haben es also verstanden, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Tatsächlich? Zumindest ist es ein verständlicher Weg in einer Arbeitswelt, die hier zu Lande leider immer noch alles andere als familienfreundlich strukturiert ist. Bedenkt man allerdings, wie sich dieser Weg mittel- und langfristig auswirkt, so ist er für das Lebenserwerbseinkommen und die Alterssicherung dieser Frauen hoch problematisch.

Frau B. war nach ihrem Studium bis zur Geburt ihrer Tochter im Produktmanagement einer großen Mobilfunkfirma erfolgreich tätig. Genau zu dem Zeitpunkt, als sie schwanger wurde, erhielt sie ein Angebot von ihrem Chef, im global agierenden Unternehmen eine Managementposition in Großbritannien zu übernehmen. Nach ihrer Rückkehr in Teilzeit musste sie die bittere Erfahrung machen, dass die interessanten Projekte jetzt den kinderlosen Kolleginnen und Kollegen übertragen wurden und sie nicht mehr als vollwertige Fachkraft galt.

22%

weniger verdienen Frauen derzeit im Vergleich zu Männern.

58%

sind es sogar bei Frauen der Geburtsjahrgänge 1936 bis 1955.

Nach der Elternzeit: Kuschelecken und Spielzeug verkaufen

Kurzerhand entschließt sie sich daraufhin, mit einer Freundin einen Erotik-Onlineshop für gehobene Ansprüche zu eröffnen. Die Geschäftsidee greift, sie arbeitet jetzt zwei Tage pro Woche und kann nun Beruf und Familie gut verbinden. Außerdem findet sie Zeit für ihre persönlichen Hobbys. Als Ehefrau ist sie in der Krankenkasse ihres Mannes mitversichert, ebenso ihr gemeinsames Kind. Andere der porträtierten Mütter stellen – nachdem sie jahrelang in qualifizierten Berufen als Medienfachfrau einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt oder als Eventmanagerin in einem Großunternehmen erfolgreich tätig waren – nach der Geburt ihrer Kinder Bio-Eis her, verkaufen Kuschelecken und Kinderspielzeug oder erstellen Stadtteilzeitungen, die sich zum Teil über Anzeigen finanzieren. Sie alle haben offenkundig gut verdienende Ehemänner.

Was diese Geschichten nicht erzählen: Was passiert, wenn die Ehe scheitert? Die wirtschaftlichen Konsequenzen dieses Ernährermodells werden weder öffentlich noch privat adäquat abgesichert; die Kosten tragen allein die betroffenen Frauen. Das Versprechen einer privaten Absicherung der unbezahlten Sorgearbeit durch Unterhalt oder zum Beispiel durch die Mitversicherung in der Krankenkasse des Partners erweisen sich als trügerisch – und zwar nicht erst seit der Unterhaltsrechtsreform von 2008.

Der erwähnte Beitrag aus der Zeitschrift *Brigitte MOM* klärt seine Zielgruppe leider mit keinem Wort über diese Aspekte frei gewählter beruflicher (Schein-)Selbständigkeit auf; er sieht in diesen Projekten lediglich einen Beleg dafür, wie kreativ sich Mütter «beruflich neu erfinden».

Auf ein Leben gerechnet: Durchschnittlich 58 Prozent weniger Lohn

An dieser Stelle lohnt die Lektüre des Ersten Gleichstellungsgutachtens für Deutschland: Experten und Expertinnen haben systematisch herausgearbeitet, welche langfristigen Folgen bestimmte Entscheidungen von Frauen und Männern haben, die sie im Laufe ihres Lebens treffen. Zum Beispiel, wie es sich auf die Alterssicherung auswirkt, wenn sie ihre Erwerbsarbeit unterbrechen. Allein die beiden folgenden Prozentzahlen veranschaulichen die hohe Erklärungskraft dieser Forschung: Aktuell beträgt der Gender Pay Gap, das heißt, die Differenz in den durchschnittlichen Stundenlöhnen von Männern und Frauen in Deutschland, etwa 22 Prozent. Über diesen Befund ist in letzter Zeit viel diskutiert worden, zumal die Differenz so hoch ausfällt wie in kaum einem anderen europäischen Land. Es zeigt sich jedoch, dass sie – blickt man auf die gesamte Biografie – sogar noch weit größer ist: Bei Frauen der Geburtenjahrgänge 1936 bis 1955 beträgt sie durchschnittlich 58 Prozent.

Unter der Lupe – die geheimen Verführer

Diese gravierende Einkommenslücke ist ein harter Indikator, der jede Illusion über den Stand erreichter Gleichstellung in der Bundesrepublik Deutschland ad absurdum führt. Sie ist das Resultat der schlechten Entlohnung in den typischen Frauenberufen, sie ist aber auch eine Folge von mentalen Barrieren und Vorurteilen bei Arbeitgebern. Sie resultiert weiter aus

142€

Das ist der Rentenanspruch von Frauen, die ab ihrem 35. Lebensjahr einen 450-Euro-Job ausüben bis sie 2045 in Rente gehen. (s. Wiedereinstiegsrechner: BMFSFJ 2012)

der Entscheidung vieler Frauen, ihre Erwerbsarbeit zu unterbrechen und damit ein geringeres Lebenskommen in Kauf zu nehmen – weil sie die generative Sorgearbeit für Kinder, hilfe- und pflegebedürftige Angehörige übernehmen wollen oder müssen.

Beim Wiedereinstieg: Auffällige Narben im Lebenslauf

Diese Entscheidungen werden natürlich nicht losgelöst von partnerschaftlichen beziehungsweise familiären Bindungen, den sogenannten «linked lives» (verbundenen Lebensläufen) getroffen, meistens auch einvernehmlich. Das ändert aber nichts daran, dass Unterbrechungen der Erwerbsarbeit und Phasen der Teilzeitarbeit auffällige «Narben» in den weiblichen Lebensläufen hinterlassen, die sich nicht nur in verminderten Einkommens- und Karrierechancen manifestieren. Grundsätzlich ist zu beobachten, dass Arbeitgeber gemäß tradierter Rollenvorstellung erwarten, dass Frauen wegen der Betreuung ihrer Kinder oder Angehörigen aussteigen, und deshalb weniger in die Weiterbildung und Karriereentwicklung weiblicher Beschäftigter investieren; egal ob sie diesen Weg gehen oder nicht.

Das Ausmaß der versenkten weiblichen Bildungs- und Qualifikationspotentiale ist in Deutschland immens hoch. Frauen werden zunächst Höchstleistungen im Studium der Medizin, Geschichte, von Jura, Erziehungswissenschaften oder Betriebswirtschaft abverlangt, um ihnen dann aber im Ehestand – nach Geburt des ersten Kindes – den Verzicht auf eine ambitionierte Berufstätigkeit durch entsprechende steuerliche (Fehl-)Anreize nahezu legen.

76%

der Minijobberinnen haben seit ihrem ersten Minijob keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mehr ausgeübt. Damit hat der Minijob eine «schnell einsetzende und hohe Klebwirkung», insbesondere bei verheirateten Frauen. Die erhoffte Brücke in ein normales Beschäftigungsverhältnis kam mehrheitlich nicht zustande (Wippermann 2012).

Diese Mütter bleiben als Hausfrau oder 400-Euro-Minijobberin weit unter ihren beruflichen Möglichkeiten und verwerten ihre ebenfalls aus Steuergel-

Die Folgen von Minijobs & Co im Überblick

An später ...

Von **Heide Oestreich**



1 Steuern steuern – Das Ehegattensplitting

Klaus und Andrea wollen eigentlich gleichberechtigt leben. Nur jetzt, wo Andrea die kleinen Kinder hat, da lassen sie es ruhiger angehen. Und dank des Ehegattensplittings ist die finanzielle Einbuße gar nicht so groß. Wenn Klaus viel verdient und Andrea wenig, dann braucht Klaus nicht den hohen Steuersatz für sein hohes Einkommen zu zahlen. Denn der Staat addiert die beiden Einkommen und teilt sie dann durch zwei: Schon sind die Steuersätze niedriger. Und dies gilt auch bei Paaren ohne Kinder im Haushalt, das sind immerhin 43 Prozent aller Ehepaare. 20 Milliarden Euro kostet das Splitting jährlich. Je höher die Gehaltsstufen, in die Klaus vordringt, und je größer die Differenz zu Andrea, desto größer der Splittingvorteil. Umgekehrt heißt das: Wenn der Einkommensabstand kleiner wird, schrumpft auch der Splittingvorteil. Andrea hat es also nicht so eilig, wieder in den Job zu kommen. Vielleicht erst mal einen Minijob? Der muss in der Steuererklärung nicht berücksichtigt werden. An später denken wir später. An die Lücken im Lebenslauf, die Dequalifikation für die spätere Jobsuche und die mangelnde Rente.

2 Der Arbeitsmarkt – Dazuverdienen mit Minijobs

Andrea bringt die Kinder in die Kita und überlegt: Sie könnte eigentlich so 15 Stunden die Woche arbeiten, dann hätten sie etwas mehr Geld, und sie hätte immer noch genug Zeit für die Kinder. Einen Minijob, da hat man gleich was auf der Hand und muss keine Steuern und Sozialbeiträge zahlen. Und Ehegattensplitting und Krankenversicherung bleiben bestehen. Endlich mal etwas, das sich lohnt. Natürlich findet sich da kein sehr qualifizierter Job, längst nichts, was ihrer Ausbildung entspricht. Und dass da kaum Rentenbeiträge fließen? Egal. Andrea hat mal gehört, dass man die Rentenbeiträge selbst aufstocken kann. Aber auch dabei käme eine lächerlich geringe Rente heraus. Es ist doch nur ein vorübergehender Job. An später denken wir später. Die Lücke im Lebenslauf, die nun noch größer wird. Die Dequalifikation – wird schon nicht so schlimm sein. Die Rente – ach, weit weg.



Beispiel Karin
Steinbrenner → S. 12

3 Die Angehörigen – Die Familienversicherung in der Krankenkasse

Eigentlich eine schöne Sache. Die Familie ist bei Klaus mitversichert. Nur er zahlt Beiträge, alle anderen kommen trotzdem in den Genuss medizinischer Leistungen. Und wer sich die happigen Kassenbeiträge ansieht, dankt für die Familienversicherung. Doch sparen hier wieder Ehepaare viel Geld auf Kosten der Allgemeinheit. Denn wir subventionieren nicht nur die Kinder, sondern auch Andrea. Die wiederum hat sich ausgerechnet, dass sie mit ihrem Minijob besser fährt: Es bleibt bei den steuerlichen Vorteilen des Ehegattensplittings und sie kann beitragsfrei mitversichert bleiben. Nähme sie auch nur eine Halbtagsstelle an, dann müsste sie sich selbst versichern: Und schon wären von ihrem neuen Einkommen um die 200 Euro verschwunden. Die Finanzberaterin Heide Härtel-Herrmann hat einmal für die SPD durchgerechnet, was das Leben einer durchschnittlichen Hausfrau die Allgemeinheit kostet: Dank Mitversicherung, Ehegattensplitting und subventionierter Witwenrente kostet es im Schnitt 536.844 Euro. Einen Großteil davon könnte Andrea selbst verdienen. Wenn die Hürden zwischen ihrem Minijob und einer regulären Beschäftigung nicht so verdammt hoch wären. Und es geht ja auch so. An später denken wir später.

4 Mann zahlt – Die Bedarfsgemeinschaft im Arbeitslosengeld 2

Andrea hat ihren Minijob verloren. Jetzt ist das Geld doch etwas knapp. Sie geht zum Jobcenter und schaut, wie sie über die Runden kommen soll. Hartz IV beantragen? Nein, sagt die freundliche Auskunftsperson, dafür verdient Ihr Mann zu viel. Sie sind zusammen eine Bedarfsgemeinschaft. Und ob sie denn dann für eine reguläre Tätigkeit qualifiziert werden könne, fragt Andrea. Aber da kann die Bearbeiterin ihr gerade so gar nichts anbieten. Die Teilzeitlehrgänge für Berufsrückkehrerinnen wurden gestrichen, die dauerten einfach zu lang. Mütter sind – weil zeitlich nicht unbegrenzt verfügbar – komplizierte Klientinnen. Zugleich sind sie – weil sie kein Geld von der Agentur bekommen – billige Klientinnen für Arbeitsvermittler. Die sehen also zu, dass sie ihre Vermittlungsquoten mit den teuren und einfachen Fällen in die Höhe treiben, die kann man schnell wegvermitteln. Andrea geht stundenweise ins Callcenter. Geht ja auch so. Und an später denken wir später.

5 Das dicke Ende – Das neue Unterhaltsrecht

Andreas Existenz ist zusammengebrochen. Klaus hat eine neue Freundin und zieht aus. Er will die Scheidung. Andrea ist am Boden zerstört. Und ihr wird plötzlich klar, dass sie von dem Callcenterjob nicht leben können. Denn Klaus zahlt nach der Scheidung zwar Unterhalt für die Kinder, aber nicht für Andrea. Seit der Änderung des Unterhaltsrechts im Jahr 2008 müssen die Expartner/innen schneller wieder berufstätig werden und sich selbst versorgen. Andrea aber hat nun jahrelang in Minijobs und prekären Teilzeitjobs gearbeitet. Ihr Chef will die Teilzeitstelle nicht aufstocken. In der Arbeitsagentur guckt die Beraterin kritisch auf Andreas Magistra in Germanistik. In diesem Feld hat Andrea nie gearbeitet. Also bleibt sie erst mal bei der Teilzeitstelle. Aber als dann die Rentenberechnung ins Haus flattert, kommt der nächste Schock: Sie bekommt zwar einen Anteil der Rentenpunkte, die ihr Mann während der Ehe gesammelt hat. Aber sie ist erst 40, und das, was ihr Teilzeitjob an Rentenpunkten bringt, ist lächerlich. Wenn Andrea jetzt an später denkt, dann wird ihr schwindelig.

...

denken wir später

Heide Oestreich ist Redakteurin für Geschlechterpolitik der taz. 2004 erschien von ihr: «Der Kopftuch-Streit. Das Abendland und ein Quadratmeter Islam». 2009 erhielt sie den Berliner Journalistenpreis «Der lange Atem» für ihre langjährige Berichterstattung über Geschlechterstereotype.

dem finanzierte Ausbildung suboptimal und rein privat, indem sie nachmittags das Bildungs- und Freizeitprogramm für ihre Kinder übernehmen und dem Gatten den Rücken von der generativen Sorgearbeit freihalten. Scheitert eine solche Ehe nach 12 Jahren, wird allerdings von der Frau nach der Reform des Unterhaltsrechts verlangt, dass sie nunmehr ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit vollständig

0,5 Mio. € mehr an Erwerbseinkommen erzielt der deutsche Durchschnittsmann im Lebensverlauf im Vergleich zur Durchschnittsfrau. Je höher das Ausbildungsniveau, desto größer ist der geschlechtsspezifische Einkommensabstand. (1. Gleichstellungsbericht 2011)

selbst erwirtschaftet – ihre Chancen auf einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz sind nach dieser langen Auszeit allerdings meist schlecht; sie muss dann auch unterhalb des erworbenen Qualifikationsniveaus einen Job annehmen. Mit anderen Worten: Das Recht regelt keine nacheheliche Statussicherung mehr nach dem Motto «Einmal Zahnarztgattin, immer Zahnarztgattin».

Nach der Ehe: Keine Hilfe für neue Lebensmodelle

Das geht im Prinzip ja auch völlig in Ordnung. Problematisch ist allerdings, dass die Politik durch Splittingvorteile und die Mitversicherung in der Krankenkasse des Ehemanns (Fehl-)anreize setzt, auf das eigene Einkommen zu verzichten – erwartet aber finanzielle Eigenverantwortung, sobald jemand eine andere Lebensform wählt. Politik verfährt demnach widersprüchlich und ermöglicht derzeit gerade keine Gestaltungsfreiheit für Frauen und Männer; sie sichert Übergänge im Lebensverlauf eben nicht angemessen ab – genauso wenig wie Phasen der Sorgearbeit. Politik widersetzt sich bisher dem längst überfälligen Paradigmenwechsel hin zur Individualbesteuerung aller Personen im erwerbsfähigen Alter.

Als individuelle Strategie ist Frauen deshalb dringend zu raten, von Anfang an um eine faire Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit mit ihrem Lebenspartner zu ringen, Langzeitfolgen nüchtern abzuschätzen, sich nicht auf die Steuerklassenkombination III/V einzulassen und ein freiwilliges Rentensplitting während der Ehe zu vereinbaren – ein Verfahren, bei dem beiden Partnern gleich hohe Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung als Ausdruck gemeinschaftlicher Lebensleistung angerechnet werden. ■■

Uta Meier-Gräwe ist Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie war Mitglied der Sachverständigenkommission für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Ihre Forschungsschwerpunkte: Haushalts-, Gender-, Zeit- und Dienstleistungsforschung.

Unter der Lupe – die geheimen Verführer

Was uns die Ungleichheit der Geschlechter kostet.

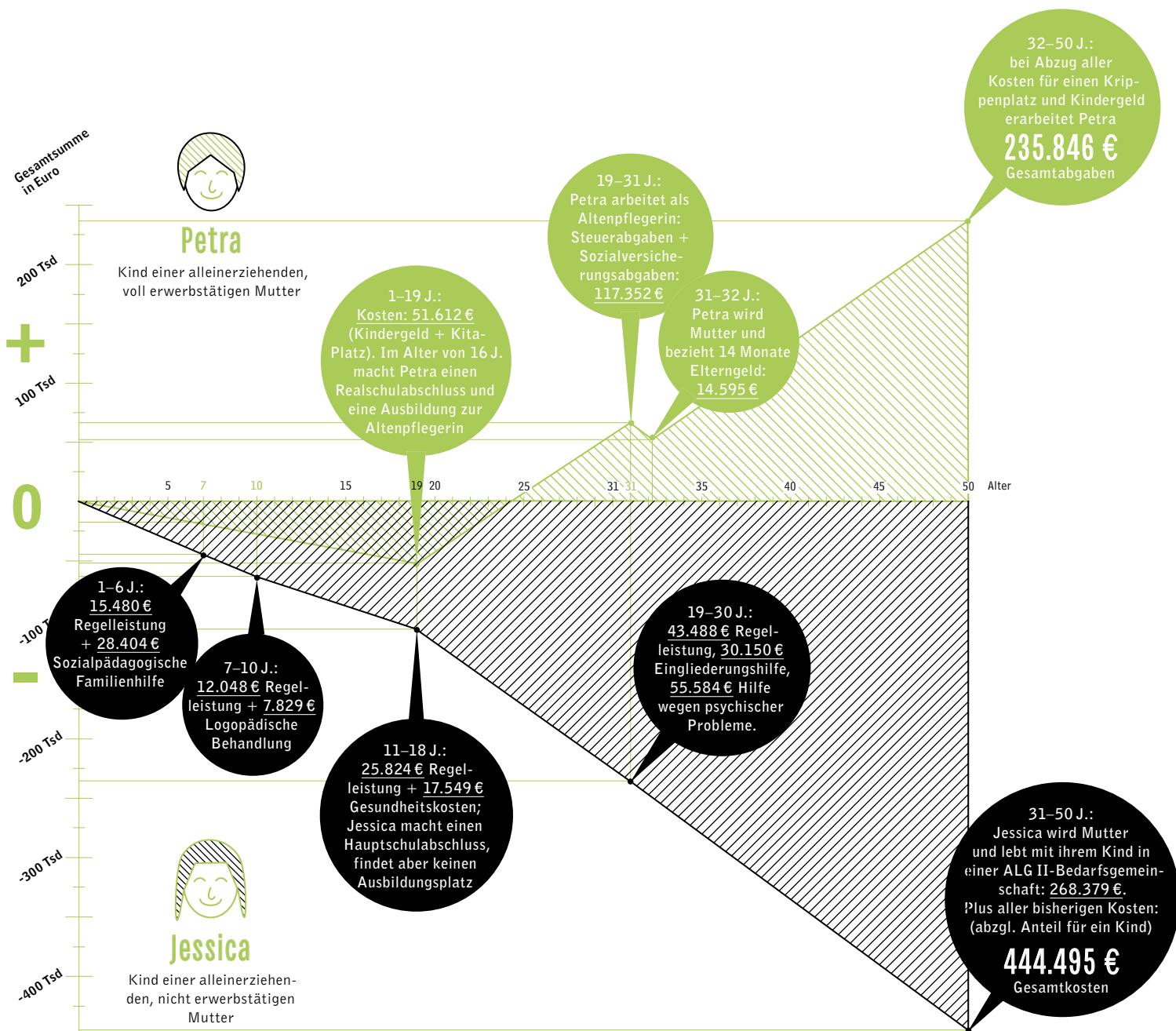
Abgerechnet wird am Schluss

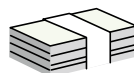
Von Uta Meier-Gräwe

Die Zahlen auf diesen beiden Seiten belegen eindrücklich, wie teuer es eine Gesellschaft zu stehen kommt, wenn eine vernetzte Begleitung von Mutter und Kind rund um die Geburt und Investitionen in die Bildung in den ersten Lebensjahren versäumt werden. Die Folge sind sozialer Ausschluss und lebenslange Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, die zu Armut von Frauen im Alter führen. (Yessica und Frau S.)

Der monetäre Vergleich zeigt auch, dass Frauen mit mittlerem Qualifikationsniveau eine deutlich geringere Gesamtbilanz aus Erwerbs- und Transfereinkommen aufwei-

sen als der durchgängig in Vollzeit erwerbstätige, verheiratete Herr B. mit ebenfalls mittlerem Qualifikationsniveau. Betroffen sind zum Beispiel Frauen, die ihre Erwerbsarbeit für zehn Jahre unterbrechen und anschließend zugunsten von Haus- und Sorgearbeit einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, aber genauso eine in Vollzeit tätige Alleinerziehende. Die Folgen geschlechtsspezifischer Muster von Arbeitsteilung in der Ehe sowie der vergleichsweise schlechten Bezahlung in den sogenannten weiblichen Berufen tragen am Ende die Frauen: finanzielle Abhängigkeit, geringe Rentenbezüge – von anderen Lebensentwürfen ganz zu schweigen ... ■■■





Einkommen aus Erwerbsarbeit



Einkommen aus Transferzahlungen*

Einkommen aus Erwerbsarbeit und Transferzahlungen *

964.745 € +
(Erwerbseinkommen)

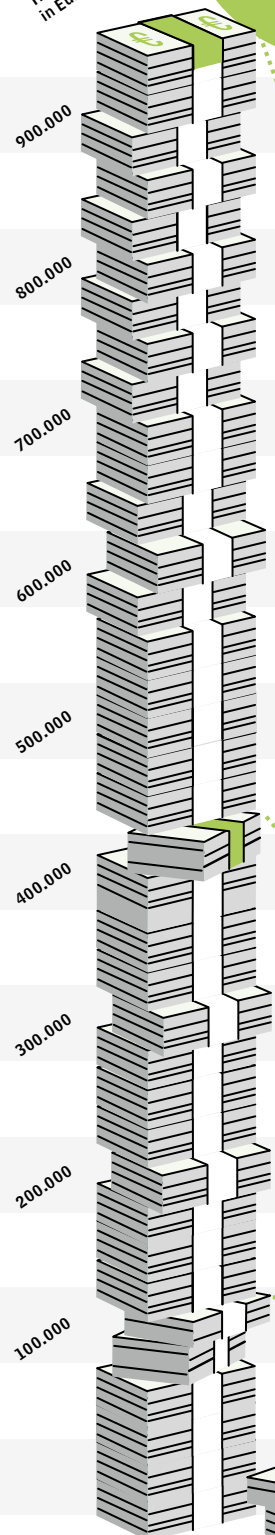
35.085 € =
(Transfereinkommen*)

armutsfeste Rente



* Transfereinkommen: z. B. Kindergeld, Verheirateten-Zuschlag, Wohngeld, ALG I und ALG II

Quelle Grafiken: «Neue Wege – Gleiche Chancen. Erster Gleichstellungsbericht», BMFSFJ (2011)



45 – 65 Jahre

30 – 44 Jahre

18 – 29 Jahre

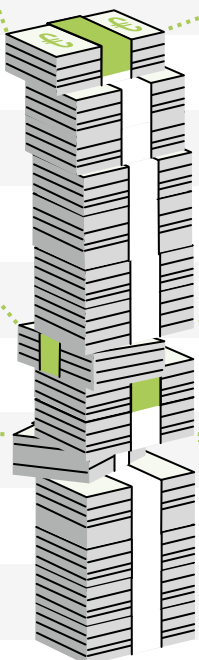
Herr B. heiratet und wird alsbald 2-facher Vater. Er geht allerdings ohne Unterbrechung bis zum 65. Lebensjahr arbeiten.



348.629 € +
(Erwerbseinkommen)

52.131 € =
(Transfereinkommen*)

bescheidene Rente



45 – 65 Jahre

30 – 44 Jahre

18 – 29 Jahre

Im Alter von 40 entscheidet sich Frau K. für eine Teilzeiterwerbstätigkeit bis zu ihrer Verrentung mit 65.

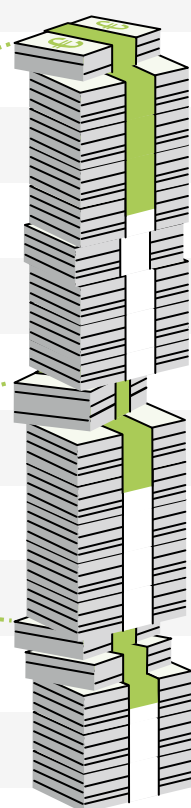
Frau K. heiratet und wird alsbald 2-fache Mutter. Die nächsten 10 Jahre unterbricht sie ihre Erwerbstätigkeit.



311.438 € +
(Erwerbseinkommen)

177.127 € =
(Transfereinkommen*)

keine existenzsichernde Rente



Frau S. wird 2-fache Mutter. Sie arbeitet unregelmäßig als Verkäuferin. Da sie ihren Lebensunterhalt vor allem durch Transfereinkommen* bestreitet, ist ihre Rente gering.

Herr B.

- mittleres Qualifikationsniveau (= Schulabschluss und beruflicher Ausbildungsabschluss)
- männliche «Normalbiografie» (Heirat, 2 Kinder)
- Herr B. ist durchgängig als Verwaltungsangestellter im öffentlichen Dienst beschäftigt

Frau K.

- mittleres Qualifikationsniveau (= Schulabschluss und beruflicher Ausbildungsabschluss)
- verheiratet mit 2 Kindern
- Erwerbsunterbrechung wegen Familienarbeit

Frau S.

- keine abgeschlossene Berufsausbildung
- alleinerziehend mit 2 Kindern
- prekärer Erwerbsverlauf

Unter der Lupe – die geheimen Verführer

Thema Familien- splitting

Das Familiensplitting zementiert alte Rollenmuster und kostet obendrein auch noch richtig viel Geld.

Kein bisschen gerechter

Ein Kommentar von **Astrid Rothe-Beinlich**

Das Ehegattensplitting, das via Trauschein Familien steuerlich begünstigt, ist als Familienförderung völlig ungeeignet – in Zeiten, in denen die Lebensrealitäten von Familien viel bunter sind als das traditionelle Mutter-Vater-Kind(er)-Modell und nahezu jede dritte Ehe geschieden wird. Das sogenannte Familiensplitting soll nun, so zumindest die Vorstellung der CDU, diesen Makel beheben. Doch auch für das Familiensplitting gilt: Es ist ungerecht, weil es nicht alle Kinder gleichermaßen fördert, und es zementiert, genau wie das Ehegattensplitting, tradierte Rollenbilder.

Beim Familiensplitting wird das Haushaltseinkommen nicht nur durch zwei geteilt, sondern berücksichtigt auch Kinder. Das gesamte Haushaltseinkommen wird also zusammengerechnet und durch die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen geteilt. Jede einzelne Summe wird dann versteuert. So bezahlt die Familie im Schnitt zwar weniger Steuern, aber die Steuervorteile sind sehr ungleich verteilt – und ausgerechnet dort am größten, wo große Einkommen zu besteuern sind. Das heißt, die Vorteile des Familiensplittings genießen vor allem Familien

32 Mrd.€

würde das Familiensplitting kosten. Geld, das im Sinne einer emanzipatorischen Familienpolitik besser in Bildung und Betreuung investiert werden sollte.

und deren Kinder, die bereits über hohe Einkommen verfügen. Kinder aus einkommensschwachen Haushalten bleiben außen vor. Dem Staat sollte aber jedes Kind gleich viel Förderung wert sein.

Auch die Geschlechtergerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Denn große Verdienstunterschiede zwischen den Partnern bringen auch beim Familiensplitting den größten Vorteil. So setzt es den Anreiz – vor allem für Frauen –, nicht oder nur in geringem Umfang einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Die Steuerersparnis ist aber selbst für diejenigen, die davon profitieren, kein Ersatz für eine eigenständige Existenzsicherung. Denn Steuersplittingmodelle sichern die Frauen nur in Abhängigkeit von ihrem Partner ab. Bei Trennung, Scheidung oder Verlust des «Familienernährers» stehen die Frauen oft vor dem finanziellen Nichts und geraten in neue Abhängigkeiten. Das Familiensplitting zementiert also bestehende Rollenmuster. (Junge) Frauen und Männer wünschen sich aber heute ganz überwiegend eine partnerschaftliche Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit. Viele scheitern mit dieser Aufteilung, weil es an qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung mangelt – auch über die Kita hinaus – und den hohen Kosten dieses Modells. Denn sie würden freiwillig auf die Steuervorteile durch das Splitting verzichten und müssten deutlich mehr arbeiten, um dasselbe Familieneinkommen zu erzielen.

Dabei kostet das Familiensplitting richtig viel Geld, bis zu 32 Milliarden Euro. Fließt dieses Geld, würde das gefährdet, was wir am meisten brauchen: Investitionen in ein gutes und verlässliches Netz an Betreuungs-, Bildungs- und Unterstützungsangeboten, die allen Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, eine gleichberechtigte Teilhabe sowohl am Arbeitsmarkt als auch an familiärer und sozialer Sorgearbeit ermöglichen. Ziel einer emanzipatorischen Familienpolitik entlang der Idee der eigenständigen Existenzsicherung ist es, dass sich Frauen und Männer auf Augenhöhe begegnen und ihre eigene Lebensform frei wählen können. Es bedarf also Solidarität, die nicht auf Abhängigkeiten setzt, und der Unterstützung für ein Leben mit Kindern.

Um jedem und jeder Einzelnen gerecht zu werden und das Leben mit Kindern zu fördern, braucht es eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum, den Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, die aktive Arbeitsmarktförderung für Frauen, die gerechte Verteilung auch der Sorgearbeit, Lohngleichheit und den Aufbau einer Kindergrundsicherung. ■■■

Astrid Rothe-Beinlich war 10 Jahre Landessprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen. Seit 2006 ist sie frauenpolitische Sprecherin und Mitglied des Bundesvorstandes. 2009 war sie Spitzenkandidatin im Landtagswahlkampf in Thüringen und ist seitdem Vizepräsidentin des Landtags und parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag.

Thema Ehegatten- splitting

Das Ehegattensplitting wurde unter den Nationalsozialisten im Jahr 1934 eingeführt – der Arbeitsmarkt sollte entlastet und der Gebäureifer gefördert werden.

Rückführung ins Heim

Von **Götz Aly**

Vom Bundesverfassungsgericht gedrängt, bekennt sich nun auch die CDU-Führung zum Ehegattensplitting für homosexuelle Paare. Die FDP ist ohnehin dafür; die CSU benötigt noch etwas Zeit. So schön das für die Begünstigten sein mag, wäre es besser, diesen Steuervorteil für alle zu streichen. Denn CDU und FDP nutzen das für sich genommen berechnete Anliegen nach Gleichbehandlung homosexueller Eheleute zu reaktionären Zwecken. Sie zementieren einen halbnazistischen Anachronismus. Da SPD, Grüne und Linke zumindest behaupten, das Splitting abschaffen zu wollen, läge es nahe, wenn sie jetzt den prinzipiellen Streit mit der Regierung suchten. (Allerdings: Noch 2006 beharrte Bundesfinanzminister Steinbrück auf dem Ehegattensplitting.)

Wo die Ansatzpunkte für eine Reform liegen, zeigt ein Blick auf das Wachsen und Werden unserer Steuergesetzgebung. Die Grundlagen schuf Reichsfinanzminister Matthias Erzberger 1920 mit dem ersten Einkommenssteuergesetz. Es sah insbesondere die progressive Belastung höherer Einkünfte vor. Um doppelverdienende Ehepaare nicht zu benachteiligen, wurden hinfert – anders als zuvor im preußischen Steuerrecht – beide Partner individuell veranlagt. Genau das änderte die NS-Regierung 1934. Sie führte die gemeinsame Veranlagung von Eheleuten ein, machte die Frau zum steuerrechtlichen Anhängsel des Mannes, um Doppelverdiener zu bestrafen. Ziel war es, den Arbeitsmarkt zu entlasten und den Gebäureifer zu fördern. Zugleich wurden verheiratete, kinderlose Alleinverdiener mit der Steuerklasse II gegenüber ihren ledigen Kollegen begünstigt. Jedoch sollte dieser Vorteil entfallen, falls das arische Paar nicht binnen fünf Jahren Kinder zeugen würde.

Da Hitler es angesichts des beginnenden Krieges 1939 nicht wagte, den Steuervorteil für kinderlose Ehepaare zu kassieren, blieb dieser bis heute erhalten. Mit dem im Januar 1951 verkündeten Einkommenssteuergesetz übernahm die Regierung Adenauer im Kern die Regelungen von 1934: die gemeinsame Veranlagung von Eheleuten und das System der Steuerklassen. Das Ziel des Steuergesetzes von 1950 war dasselbe wie 1934, nämlich «die Ehefrau ins Haus zurückzuführen», wie es in einer Denkschrift des Bundesfinanzministeriums hieß. Man nannte das noch in den 50er Jahren der Bundesrepublik «Eduktionseffekt», der dazu diene, dass «die erhöhte steuerliche Belastung die Ehefrau von der Berufstätigkeit zurückhält». Diesen seit 1934 verfolgten Zweck erklärte das Bundesverfassungsgericht 1957 für nichtig. Aber um eine wirkliche Reform zu vermeiden, schrieb die Regierung Adenauer 1958 das scheinerechte, in Wahrheit frauenfeindliche Ehegattensplitting in das Gesetz von 1934/51 und schuf damit Vorteile zugunsten der Besserverdienenden.

Vielleicht gelingt es nach 93 Jahren, zum vorna-zistischen – individuellen – Besteuerungsgedanken des christlich-sozialen Politikers Matthias Erzberger zurückzukehren. Das würde es erleichtern, auf die Tatsache zu reagieren, dass die Ehe nicht mehr die vorherrschende Lebensform ist. Es geht darum, für jeden Menschen großzügige Steuerfreibeträge festzusetzen, die auch diejenigen in Anspruch nehmen können, die für andere – für Kinder, Nichtverdiener oder Pflegebedürftige – finanziell aufkommen. ■■

Götz Aly ist Historiker und Journalist mit den Themenschwerpunkten Euthanasie, Holocaust und Wirtschaftspolitik der nationalsozialistischen Diktatur.

Geschichten aus dem Alltag



Die Geschichte eines ganz alltäglichen Frauenlebens in einem reichen Land, das sich daran gewöhnt hat, dass Mutterwerden eines der großen Armutsrisiken ist.

Der Abstieg der Karin Steinbrenner

Von Julia Friedrichs

Ein reinweißer Kittel, gestärkt und gebügelt, der verbirgt so manches. Die Armut und die Scham zum Beispiel. Solange Karin Steinbrenner diesen Kittel trägt und ihr Namensschild auf der Brust fühlt, ist sie mit sich im Reinen. Es ist kurz nach zwölf Uhr. Karin Steinbrenner thront auf einem hohen Stuhl hinter ihrer Kasse in der Filiale der Drogerie Rossmann in der Lüneburger Fußgängerzone. Alles an ihr ist in Bewegung. Die Füße federn auf und ab. Das dichte, lockige Haar wippt. Die Hände rasen über den Warenschanner. Schokoriegel, Apfelschorle, Grußkarten. Feuchttücher, Stilleinlagen, Entwässerungskuren. Wer Karin Steinbrenner zuschaut, versinkt nach wenigen Minuten in diesem Strom aus Waren und Menschen, der an ihr vorbeizieht. Ein Strom, der den Beobachter zugleich anstrengt und ermüdet.

Karin Steinbrenner aber strahlt. Hinter ihrer Kasse sieht die 42-Jährige jünger aus, als sie tatsächlich ist. Sie wirkt souverän, auf eine rührende Art fast stolz. Und sie sagt Sätze, die man von einer Kassiererin nicht erwartet hätte: «Das hier, die Kasse, das ist mein Leben, mein Glück. Alle kaufen hier ein. Mich kennt die halbe Stadt.»

Nach Dienstende ist sie eine Mutter, die oft in der Mitte des Monats fürchten muss, dass das Geld nicht reichen wird, um ihrem Sohn Sascha etwas anderes aufzutischen als Nudeln oder Toast, weil das billig ist. Eine Mutter, die ihm fast all die Dinge verweigern muss, die nicht wirklich lebenswichtig sind, die aber das Leben ausmachen, wenn man 14 Jahre alt ist: mal ins Kino gehen, eine Playstation kaufen oder ein Mal im Leben in den Urlaub fahren. «Ich hasse mich dafür, dass ich meinem Sohn so wenig ermöglichen kann», sagt sie. «Was für ein Leben kann ich ihm bieten?»

Geschichten wie die der Rossmann-Kassiererin Karin Steinbrenner werden selten erzählt, weil sie auf den ersten Blick so gewöhnlich wirken. Es ist die Geschichte eines normalen Frauenlebens in einem reichen Land, das sich daran gewöhnt hat, dass Mutterwerden eines der großen Armutsrisiken ist. Vor allem weil es in der Regel die Mütter sind, die den Beruf unterbrechen, Hausfrau werden und merken, dass der Arbeitsmarkt diese Entscheidung mit aller Härte bestraft.

Zwischen dem wirtschaftlichen Status von Männern und Frauen klafft noch immer eine gewaltige Lücke: 70 Prozent der Niedriglöhner sind Frauen. 97 Prozent der Vorstandschefs der börsennotierten Unternehmen sind Männer. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, jede Dritte ist arm, hat also weniger als 1015 Euro im Monat, um sich und ein Kind zu versorgen. Das verfügbare Durchschnittseinkommen von Vätern dagegen steigt nach einer Trennung.

Vor dem Gesetz sind Männer und Frauen seit über fünf Jahrzehnten gleich. Wer verstehen will, warum die Kluft zwischen den Geschlechtern dennoch so gewaltig sei, heißt es im 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2011), der muss den Blick von der Momentaufnahme lösen und ein ganzes Frauenleben betrachten. Jeder Mensch gelangt in seinem Leben an Knotenpunkte, analysieren die Wissenschaftler: Berufswahl, Partnerschaft, Geburt der Kinder, Familienzeit, Trennung. Mit überraschender Verlässlichkeit entscheiden sich die meisten Frauen an jedem der Knotenpunkte für die Familie und gegen die Karriere. Ein zeitweiliges Zurückstecken mag sich richtig und vernünftig anfühlen. Das Problem aber ist, dass mit jeder dieser Entscheidungen die Wahlmöglichkeiten am nächsten Knotenpunkt geringer sind. Und dass es so unglaublich schwierig ist, einen einmal eingeschlagenen Pfad zu verlassen, wenn der sich als Sackgasse erwiesen hat.

Karin Steinbrenner kommt 1970 in Lüneburg als drittes Kind eines Gaststättenwirts und einer Hausfrau zur Welt. Ihre Eltern haben wenig Zeit für sie. «Wir liefen so mit», sagt sie. «Wenig Hilfe in der Schule, wenig Ermunterung.» Karin Steinbrenner ist ein wildes Mädchen, liebt Fußball statt Puppen und sucht überall das, was sie zu Hause so selten bekommt: Aufmerksamkeit. «Ich habe mich immer in den Vordergrund gedrängt», sagt sie.

Sie macht eine Lehre als Verkäuferin

Karin Steinbrenner ist kein typisches Mädchen. Trotzdem nimmt sie nach dem Hauptschulabschluss, am ersten Knotenpunkt ihres Lebens also, den Weg, den auch heute noch viele Mädchen gehen. Sie macht eine Lehre als Verkäuferin in einem Lebensmittelmarkt. Studien, die die Berufswünsche von Kindern untersuchen, kommen seit Jahrzehnten zu nahezu identischen Ergebnissen: Schon im Alter von fünf Jahren wissen die meisten Kinder, welche Berufe als angemessen für ihr Geschlecht gelten. Als Teenager wählen sie dementsprechend aus: Einzelhandelskauffrau, Bürokauffrau, Arzthelferin und Friseurin sind auch heute noch die häufigsten Ausbildungsberufe junger Frauen. Karin Steinbrenner vermag nicht zu sagen, warum sie Verkäuferin geworden ist. «Es kam einfach so», sagt sie. War ihr klar, dass es mit dem Beruf schwer sein würde, eine Familie zu ernähren? «Nee, überhaupt nicht. Wenn man so jung ist, dann denkt man darüber gar nicht nach. Aus heutiger Sicht war das sicher ein Fehler.»

Damals aber hat Karin Steinbrenner das Gefühl, das Richtige zu tun. «Ich war fasziniert von der Ware, von den Kunden», sagt sie. «Warum wählen die welches Produkt? Werbung, Marketing, das war immer mein Traum.» Und doch schlägt sie den Weg einer Verkäuferinnenlehre ein. Im ersten Berufsjahr entwirft sie in ihrer Freizeit Fantasie-Slogans für ihre Arbeitgeber, beklebt damit ihr erstes eigenes Auto. Sie liebt ihren Laden, deckt Fehler in der Inventur auf. Karin Steinbrenner steigt schnell auf. Bald leitet sie ihre erste Filiale. Sie verdient gut, mietet eine eigene Wohnung, kauft sich einen BMW, tiefer gelegt, mit breiten Reifen. «Traumhaft viel Geld» habe sie in dieser Zeit gehabt, sagt sie. Mit 26 dann steigt sie bei Rossmann ein, übernimmt eine umsatzstarke Filiale in der Innenstadt, hat zwölf Leute unter sich. «Das hat Spaß gemacht. Natürlich. Aber ich hatte einen anderen Lebensplan. Ich habe von Kindern geträumt und von einem tollen Mann.»

Den Mann, mit dem das wahr werden soll, trifft Karin Steinbrenner im Fitnessstudio. Er arbeitet nicht nur dort, sondern ist auch Profibodybuilder. «Das war mein Mann, mein Typ, mein Mensch. Ich habe ihn wirklich geliebt», sagt sie. Daniel zieht zu ihr in die Wohnung. Es ist eine Partnerschaft unter Gleichen. Jeder hat sein eigenes Geld, die Arbeit im Haushalt teilen sie.

Für das Wunschkind kündigt sie ihren Job

«Ich fand seine Nase toll, seinen Mund. Und ich habe mir gedacht: Unsere Kinder sollen genauso aussehen. Und auch er wollte mit mir eine Familie.»

1998 kommt Sascha, das Wunschkind, zur Welt und alles wird sofort anders. Kurz vor der Geburt hat Karin Steinbrenner die Stelle als Filialeiterin gekündigt. Sie will als Hausfrau ganz für ihren Sohn sorgen. An den meisten Abenden ist Daniel bis um zehn Uhr in seinem Fitnessstudio, das er mittlerweile selbst leitet. Karin Steinbrenner sitzt zu Hause, und ihr Alltag ist so ganz anders als ihr Traum vom Familienleben. Sascha schreit viel. Sie ist über-

Geschichten aus dem Alltag

fordert und versinkt über Monate in einem Meer aus Brüllen und Stillen, benebelt von Talkshows, die sie den ganzen Tag laufen lässt.

«Es war schrecklich. Ich glaube, am Anfang habe ich nur geweint. Geweint, weil ich allein bin, geweint, dass ich kein Geld mehr habe, dass mein Job weg ist, dass die Bestätigung weg ist. Ich fiel in ein Loch.» War das klar, dass die Betreuung des Kindes ihre Aufgabe sein würde? «Ja. Eigentlich blöd. Dabei hätte er gerne mehr gemacht. Er hat es so oft gesagt: Karin, lass doch mal was liegen. Aber ich habe ihn nicht gelassen.»

Sie übernimmt den Haushalt

Es ist, sagt sie, als habe sie damals den Verstand abgeschaltet. Dass sie bald wieder in den Beruf zurückkehren könnte oder sich die Kindererziehung mit ihrem Mann teilen könnte, diese Möglichkeit existierte nicht in ihrem Weltbild. Und der deutsche Staat unterstützt dieses Rollenmodell seit jeher. Im Gegensatz zu Skandinavien und Frankreich, wo der Staat gezielt die Kinderbetreuung fördert, oder Großbritannien, wo viele Frauen gar nicht anders können, als schnell wieder zu arbeiten, ist Deutschland immer noch konservativ, der Staat unterstützt nicht in erster Linie die Kinderbetreuung, sondern die Mutter, die zu Hause bleibt.

Das erste Kind, so beschreiben es Wissenschaftler, ist und bleibt der große «Traditionalisierer» im Leben der meisten Paare. Das erste Jahr gilt fast allen Eltern als Aufgabe der Mutter. Danach hat sich die Arbeitsteilung im Haushalt oft dauerhaft verändert. In einer aufwendigen Langzeitstudie hat eine Gruppe Bamberger Forscher über Jahre die Rollenverteilung von Ehepaaren untersucht. Im Moment der Eheschließung teilten noch gut 40 Prozent der Paare die Hausarbeit relativ partnerschaftlich auf, schreiben die Wissenschaftler. Dieser Anteil sinkt über die Jahre und betrug bei der letzten Befragung nach 14 Jahren Ehe nur noch 13,7 Prozent. Vor allem nach der Geburt des ersten Kindes zögen sich viele Väter zurück.

Mutmaßungen über die Gründe dieser immer noch überraschend klaren Rollenverteilung füllen Regalmeter. Zwei mögliche Ursachen aber liefern fast alle Forscher: Zum einen scheint es vielen Frauen schwerzufallen, die Macht im Haushalt abzugeben. Sie wünschen sich zwar, dass die Männer mithelfen, lassen aber selten zu, dass diese auch wirklich mitbestimmen. Und so verharrt der putzwilige Partner oft in der wenig attraktiven Rolle des Schülers, der ständig etwas falsch macht, und gibt dann irgendwann auf. Zum anderen beobachten die Forscher, dass die Aufgabenteilung bei den wenigsten Paaren ausgehandelt wird. Die meisten gleiten gemächlich in über Generationen erlernte Verhaltensweisen hinein. Und so, staunt ein Forscher, schafften es selbst die Paare, die in den Interviews verbal die Idee der Gleichheit der Geschlechter priesen, die Ungleichheit im Haushalt einfach so hinzunehmen.

Der Freund verlässt sie

Als Karin Steinbrenners Sohn Sascha ein Jahr alt ist, trennt sich ihr Freund Daniel von ihr. «Er meinte immer: Du siehst mich nicht mehr», sagt sie. «Wir leben zusammen. Aber du nimmst mich nicht wahr. Und so war es wohl auch.» Schon bald hat Daniel eine andere Frau. Den Unterhalt für seinen Sohn überweist er stets pünktlich. Weil sie und Daniel nicht verheiratet waren, hat sie nach der Tren-

nung keinen Anspruch auf Versorgung. «Das geht ganz schnell», sagt Karin Steinbrenner. «Alleinerziehend und sofort Sozialhilfe.»

In einer gediegenen Kanzlei am Kurfürstendamm füllen solche Abstiege von Frauen ganze Aktenmeter. Lore Maria Peschel-Gutzeit, die 1960 eine der ersten Richterinnen Deutschlands war, später Justizsenatorin in Berlin, sitzt am Konferenztisch. Peschel-Gutzeit ist Spezialistin für Familienrecht. Sie hält oft Vorträge, spricht an Schulen und an Universitäten. Peschel-Gutzeit ist 80 Jahre alt, trägt ein rosafarbenes Jackett, onduliertes Haar. Eine konservative Frau, denkt man, bis sie zu reden beginnt. «Wenn ich jungen Frauen davon abrate, sich finanziell abhängig zu machen, dann schauen die mich an und sagen: «Aber wir lieben uns doch!» Es sind archaische Vorstellungen, die sie aus den Köpfen nicht herausbekommen. Er verdient das Geld, und sie hält ihm den Rücken frei.» Zu Lore Peschel-Gutzeit kommen die Frauen ganz am Anfang, vor der Trauung, wenn sie über einen Ehevertrag nachdenken. Dann rät Peschel-Gutzeit ihnen, meist vergeblich, schriftlich zu vereinbaren, wer wie lange zu Hause bleiben wird, wenn Kinder da sind – und wie der arbeitende Ehepartner den sorgenden dafür entschädigt. Und vor ihr sitzen die Frauen am Ende der Ehe, wenn sie einsehen müssen, dass der Traum nicht hielt. «Meine Mandantinnen sind dann völlig erschüttert. Ich habe nicht eine dabei, die gesagt hat: Ich habe einen Plan für den Ernstfall.» Selbst, wenn das Ende nicht überraschend käme, weil der Mann zum Beispiel seit langem eine

Freundin habe, würden viele Frauen nichts unternehmen, um finanziell autark zu werden. Offenbar sind die alten Leitbilder zu tief in ihnen verankert und die Frauen zu träge, sie zu überwinden. Es fehlen die Vorbilder dafür und ein staatlicher Anreiz.

«Wenn ich jungen Frauen davon abrate, sich finanziell abhängig zu machen, dann schauen die mich an und sagen: «Aber wir lieben uns doch!»»

Sie jobbt als Packhilfe

Im Jahr 2008 wurde das Unterhaltsrecht neu geregelt. Seitdem gilt der Grundsatz der Eigenverantwortung. «Wie das dann im Falle der meisten klassischen Frauenberufe abläuft, kann ich Ihnen erzählen», sagt Lore Peschel-Gutzeit. «Da kommt dann eine Mutter, die Einzelhandel oder Bürokauffrau oder Friseurin gelernt hat, und die trifft auf einen Arbeitsmarkt, der zerteilt ist in Minijobs und Midijobs und Teilzeitjobs und Zeitarbeit. Diese Mütter können mit ihrem erlernten Beruf keine sichere Lebensgrundlage mehr schaffen.»

Karin Steinbrenner verließ Rossmann als Filialleiterin. Ein Jahr nach der Geburt ihres Sohnes fängt sie als Packhilfe im selben Laden wieder an. 10,5 Stunden die Woche will sie zunächst arbeiten. Einen Kita-Platz für Sascha hat sie nicht. Deshalb soll der Vater seinen Sohn in dieser Zeit nehmen. Aber er ist unzuverlässig. Ihre Chefin ist nachsichtig, auch wenn Karin Steinbrenner häufig kurzfristig absagen muss. «Ich habe ständig geweint. Das Kind, die Trennung, die Sozialhilfe. Es war alles zu viel. Als Sascha zwei Jahre alt war, hab' ich dann gekündigt, obwohl ich meine Arbeit liebe.»

Mehr als zwei Jahre lang bleibt Karin Steinbrenner zu Hause. Dann kehrt sie zurück. Diesmal hält sie durch. Auch weil sie für Sascha einen Halbtagsplatz im Kindergarten gefunden hat. Sie ist dankbar, dass Rossmann ihr noch mal eine Chance gewährt, aber wieder ist sie Packhilfe, wieder für 10,5 Stunden pro Woche. Es ist, als seien all ihre Qualifikationen durch Saschas Geburt und die Zeit als Hausfrau entwertet worden.



Sie lebt von Hartz IV, Minijob, Essenspenden

Von den 400 Euro, die Rossmann ihr monatlich zahlt, darf sie 160 behalten. Der Rest wird auf ihr Hartz-Geld angerechnet. «Man arbeitet, aber man ist trotzdem ausgegrenzt, am Rande», sagt Karin Steinbrenner. «Bei uns hat das Geld einfach nie gereicht, um am Leben wirklich teilzunehmen.» Das Hartz-Geld, das laut Gesetz die Existenz sichern soll, ist einfach zu wenig. Als Karin Steinbrenner schließlich zur Lüneburger «Tafel» geht, um dort um Essen zu bitten, zieht sie den Kragen ihrer Jacke hoch. «Das war so peinlich», sagt sie. «Weil mich ja so viele vom Rossmann kennen.» Sie ist überrascht, wie viele ihrer Kunden in der Schlange stehen und auch auf ein paar Lebensmittel hoffen. Solange sie Hartz IV bekommt, geht Karin Steinbrenner von da an zwei Mal pro Woche zur Tafel. «Es ist wie betteln», sagt sie. «Aber ich bin glücklich, dass es solche Hilfen gibt.» Sechs Jahre lang lebt Karin Steinbrenner mit dieser Mischfinanzierung aus Hartz IV, dem Job und schließlich den Essenspenden.

Sieben Millionen Menschen arbeiten als geringfügig Beschäftigte. 63 Prozent sind Frauen. Aus der «Perspektive der Geschlechtergleichstellung» seien die Minijobs «desaströs» urteilt eine Expertenkommission, die das Familienministerium berät. Der Gesetzgeber dränge durch die steuerliche Bevorzugung dieser Jobs viele Frauen in die Arbeitsverhältnisse, die niemanden ernähren, mache sie finanziell abhängig von staatlicher Hilfe oder dem Gehalt des Ehemanns. Aus der Perspektive vieler Arbeitgeber scheint das Modell dagegen lohnend zu sein. Bei den Gebäudereinigern und in der Gastronomie sind inzwischen 40 Prozent der Beschäftigten 400-Euro-Jobber. Auch der Einzelhandel setzt massiv auf die Hilfskräfte. Nur darüber reden möchte kaum jemand. Lidl, Aldi, KiK: Sie alle lehnten ab, für diesen Text den Kontakt zu einer 400-Euro-Kraft zu vermitteln. Es ist ihnen wohl unangenehm, wenn nach außen dringt, dass ein beträchtlicher Teil der Mitarbeiter von der Arbeit nicht leben kann.

Sie bekommt einen Teilzeitjob

Der Abstieg der Karin Steinbrenner war rasant. Der Versuch, sich wieder aufzurappeln, dauert nun schon dreizehn Jahre. 2009 bietet ihr Rossmann endlich einen Teilzeitjob an. 52 Prozent der deutschen Frauen arbeiten Teilzeit, viele mit geringer Stundenzahl, obwohl sie gerne mehr arbeiten würden. In den letzten Jahren ist in Deutschland zwar die Zahl der Frauen, die berufstätig sind, gestiegen. Die Zahl der Stunden aber, die jede Frau im Schnitt arbeitet, ging zurück. Damit ist Deutschland ein europäischer Sonderfall. Ein Grund für diese Zerfaserung der Erwerbstätigkeit sind die Minijobs. «Ich glaube nicht, dass dieses deutsche Modell weiblicher Erwerbstätigkeit zukunftsfähig ist», kommentiert das der Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Solow.

«Seit ich auf 20 Stunden bin, habe ich das Gefühl, dass ich mehr wert bin», sagt Karin Steinbrenner. «Ich wohne direkt beim Amt und sehe die Arbeitslosen da immer in der Schlange stehen. Es ist wunderschön, nicht mehr dazugehören zu müssen. Aber mehr Geld habe ich immer noch nicht.» Karin Steinbrenner, die mal eine schlechte Schülerin war, hat gelernt, zu rechnen. Ihr aktu-

«Bei uns hat das Geld einfach nie gereicht, um am Leben wirklich teilzunehmen.»

elles Monatsbudget addiert sie aus dem Stand: 853 Euro netto für 20 Stunden im Rossmann. 334 Euro Unterhalt von Saschas Vater. 184 Euro Kindergeld. Das macht 1371 Euro netto. Davon gehen zu Beginn jedes Monats 413 Euro für die Miete ab, 240 Euro für den Strom, den vor allem der Warmwasseraufbereiter zieht. Dann noch weitere Kosten für Handys, Schuldenrückzahlungen, Versicherungen und einiges mehr. «Für Essen, Kleidung, Schulsachen bleiben uns beiden 350 Euro im Monat. Wir sind immer noch arm.»

In einem schmucklosen Altbau in Berlin-Pankow ist diese Armut der Mütter der Hauptgrund für die vielen Kreuze, die Sozialarbeiterin Regina Ruhm auf ihren Beratungsbögen macht. Jedes Kreuz steht für ein Leben, das vermutlich nie beginnen wird.

«Als ich bei der Schwangerenkonfliktberatung angefangen habe, war ich überrascht», sagt Regina Ruhm. «Man denkt ja die klassischen Gründe für eine Abtreibung seien andere: Der Partner ist abgehauen oder der will kein Kind. Ich hatte nicht damit gerechnet, dass die meisten Frauen wirtschaftliche Gründe nennen.» Die Frauen, die vor ihr sitzen, haben Zeit-, 400-Euro- oder Niedriglohnverträge. «Es kommen Bäckereiverkäuferinnen, die wissen, dass keine Kita zu ihren Arbeitszeiten ab vier Uhr morgens geöffnet hat, oder Verkäuferinnen, die ständig am Wochenende und am Abend arbeiten müssen. Die haben Angst, dass der Job weg ist, wenn sie sich für das Kind entscheiden, dass sie dann für immer arm sind.» Vor allem Frauen, die das zweite oder dritte Kind erwarten würden, säßen vor ihr, sagt Regina Ruhm. Frauen, die nach einem langen Weg wieder ins Berufsleben zurückgekehrt seien. «Die entscheiden sich dann oft gegen das Kind, weil sie nicht wieder zu Hause sein wollen», sagt Regina Ruhm. «Weil sie wissen, wie schwer es wird. Und ich kann denen dann nicht einmal sagen: Die Gemeinschaft kümmert sich, es gibt Kita-Plätze, es gibt Arbeitgeber, die Rücksicht nehmen.»

Ihre Rente liegt bei 300 Euro im Monat

Bald endet Karin Steinbrenners Schicht. Die Plastikkassette mit den Einnahmen in der Hand verlässt sie ihre Kasse und geht nach hinten ins Warenlager, um die Abrechnung zu machen. Als sie den weißen Kittel ausgezogen hat, sieht sie müde und geschafft aus. Vor Kurzem hatte sie ihren Rentenbescheid in der Post. Seitdem gibt es eine weitere Zahl in ihrem Leben, die ihr Angst macht. Wenn es ihr nicht gelingt, mehr arbeiten zu dürfen, wird sie einen Rentenanspruch von 300 Euro haben. Die wirtschaftliche Bilanz eines normalen Frauenlebens in Deutschland. Im Schnitt haben alte Frauen rund 60 Prozent niedrigere Rentenbezüge erarbeitet als Männer. Karin Steinbrenner hat einen Beruf erlernt, ein Kind erzogen und sich angestrengt, dennoch immer zu arbeiten. «Und dann», sagt sie, «sitze ich vor diesem Zettel mit solch einer Zahl und frage mich: Karin, was hast du falsch gemacht?» ■■■

Julia Friedrichs studierte Journalistik in Dortmund. Heute arbeitet sie als Autorin von Fernsehreportagen und Magazinbeiträgen, vor allem für den *WDR* und *DIE ZEIT*. Im Verlag Hoffmann und Campe veröffentlichte sie die Sachbücher: «Gestatten: Elite» (2008), «Deutschland dritter Klasse» (2009) und «Ideale» (2011). Dieser Artikel erschien bereits im *ZEIT MAGAZIN*.



Auch die realen Heldinnen der Arbeit plagt oft das schlechte Gewissen → S. 20

I am working, I am always working». Die junge attraktive Frau mit den platinblond gefärbten Haaren schreit jetzt fast. Die Zuschauer wissen es längst, der Geliebte erfährt es erst in diesem Moment: Ihre Avancen waren berufsbedingt, die CIA-Agentin namens Carrey (Claire Danes) ist immer im Dienst, als Privatperson existiert sie nicht. Für ihre Arbeit am Vaterland verrät sie Menschen und lässt Verdächtige foltern und hat natürlich auch ihn ausspioniert. Dabei liebt sie ihn. Das zählt aber nicht.

«Ich arbeite, ich arbeite immer» – dieser in schriller Tonlage zur Selbstverteidigung ausgestoßene Satz

ist nicht nur für die Figur der Carrey aus der preisgekrönten und weltweit erfolgreichen TV-Serie «Homeland» Programm. Tatsächlich gilt es für alle (!) bislang in der Fernsehunterhaltung anzu treffenden sympathischen und auch rebellischen Leistungsträgerinnen. Ob diese nun als CIA-Agentinnen (Homeland) arbeiten, als Top-Rechtsanwältinnen (Damages), als Kommissarinnen (Tatort, Prime Suspect, Kommissarin Lund), als Superärztinnen (Emergency Room), Oberschwestern (Nurse Jackie) oder als (Minister-) Präsidentinnen (Borgen, Commander in Chief, Political Animal), ob in den USA, Großbritannien, Dänemark oder in Deutschland: Immer lassen diese erst seit wenigen Jahren extrem populären Frauenfiguren ihr Privatleben zugunsten ihres Berufes verkümmern. Immer sind sie so erfolgreich wie einsam, in anderen Worten: Niemals genießen sie ihr Leben, ihre Stärke oder

ihre Macht. Niemals schmeichelt ihnen die mühselig erklommene Position, niemals macht sie sie attraktiv im Sinne von: Mit dieser Frau möchte ich zusammen sein. Was verständlich ist, denn diese Frauen arbeiten nicht auf ein bestimmtes Ziel zu und legen, sobald es erreicht ist, zufrieden Pause ein. Diese Frauen nehmen sich keine Zeit für ein Privatleben, gar für die Probleme eines Partners. Denn sie sind niemals fertig; nach dem Mordfall ist vor dem Mordfall.

Max Weber beschrieb den aktuell mit dem Glamour der Emanzipation versehenen «Geist des Kapitalismus» vor rund hundert Jahren übrigens so: «Nicht

Muße und Genuß, sondern nur Handeln dient nach dem unzweideutig geoffenbarten Willen Gottes zur Mehrung seines Ruhms. Zeitvergeudung ist also die erste und prinzipiell schwerste aller Sünden.» Besser lässt sich die gegenwärtige Ethik der medial vermittelbaren Chefin nicht beschreiben. Diese eigenwilligen Leistungsträgerinnen zwischen 30 und 50 Jahren unterwerfen sich keinem Vater, keinem Chef, keinem Geliebten. Nur dem Leistungsfetischismus. Und auch der verbietet Zeitvergeudung strengstens. Sie verkörpern fast perfekt die protestantische Arbeitsethik, mit dem Unterschied, dass sie alle Sex haben. Ihre Askese bezieht sich damit «nur» auf tiefergehende Gefühle, auf Bindungen.

Warum können erfolgreiche Frauen ihr Leben und ihre Macht nicht genießen?

Das ewig schlechte Gewissen

Von Ines Kappert

Die freizeitlose Ermittlerin

Und während «Homeland» und «Borgen» diesen postfeministisch gewendeten Workaholismus zumindest problematisieren, feiert der deutsche «Tatort» die «endlich starken Frauen», also unterm Strich freudlosen, aber charmanten Ermittlerinnen, ungebrochen. Das fällt vor allem auf, wenn man die Tatort-Kommissarinnen mit ihren männlichen Kollegen, zum Beispiel die beliebteste Ermittlerin Charlotte Lindholm (Maria Furtwängler) mit dem Spitzenreiter aus Münster vergleicht. Börne (Jan Josef Liefers) und Thiel (Axel Prahl) sind schrullig, sie hingegen ist die ewige abgehetzte, kühl-freundliche Ermittlerin. Auch ihr Privatleben ist Arbeit, denn sie erzieht ihren kleinen Sohn alleine. Börne und Thiels privates Leben ist auch nicht gerade erfüllt, aber sie haben eines. Zwar finden sich in diesem weder

Freunde noch sie begehrende Frauen, immerhin aber Hobbys (Börne wartet jede Folge mit einem neuen auf). Beide Männer haben sich damit arrangiert und empfinden es folgerichtig als störend, beim Fußballgucken oder japanisch Kochen unterbrochen zu werden, nur weil die Welt da draußen mal wieder aus den Fugen ist. Trotz ihrer privaten Defizite wahren sie eine emotionale Distanz zu ihrer Arbeit, die sie am Ende aber stets glänzend erledigen. Nicht so ihre Kolleginnen. Wenn das Telefon klingelt und die Nachricht von einer neuen Leiche transportiert, stürzen sie

sich ohne Murren in die Ermittlungen. Glück finden sie nur in der Auftragserfüllung.

Diese Frauen sind die emanzipiertesten in der Unterhaltungsindustrie, die wir je zu sehen bekommen haben. Wir haben also ein Problem.

Nun ließe sich einwenden, dass es sich schließlich nur um kommerzielle Artefakte handelte, alles marktförmige Fiktion sei, Fernsehen eben. Richtig. Nur, für TV-Serien wie für die Popkultur insgesamt gilt: Sie sind erfolgreich nur, wenn sie den Zeitgeist treffen, allgemein verständlich sind und doch genügend Reibungsfläche bieten, um die Neugierde der Zuschauer/innen zu wecken. Vermarktete TV-Serien müssen die Balance finden zwischen der Reproduktion, mithin der Bestätigung von Normen, und der Abweichung von ihnen. Sie müssen in das Selbstverständliche Überraschungen streuen, sonst schaltet das Publikum gelangweilt aus oder um. Abstrakt formuliert bedeutet das: Popkultur ist der Seismograf dafür, was die Mitte der Gesellschaft aktuell an Normen und Tabus aufstellen und brechen kann. Diese Aushandlung macht sie strukturell politisch, selbst wenn direkte politische Botschaften fehlen.

Dass das weibliche Genießen hier mit einem Tabu belegt wird, verweist auf ein Unbehagen mit der in der Öffentlichkeit präsenten und kompetenten Frau. Die angedichtete weibliche Askese versucht dem kollektiven Verdacht die Nahrung zu entziehen, dass Frauen es vielleicht doch nicht könnten. Entsprechend müssen die TV-Heldinnen unentwegt Leistung zeigen. Dass sie nicht genießen können, verweist aber noch auf etwas anderes, nämlich dass ihnen schweigend eine Schuld angelastet wird.

Angriff aufs Bürgertum – Konservative Emanzipation

Diese Frauen weisen die ihrem Geschlecht bis heute anheimgestellte Pflege des Privatlebens als Gegenwart zur Arbeitswelt zurück. Die Trennung zwischen bezahlter Arbeit und Familie ist aber für die bürgerliche Ordnung seit zweihundert Jahren grundlegend. Die neuen, fast immer der Mittelschicht angehörenden Heldinnen der Arbeit erschüttern just dieses Fundament – also darf es ihnen privat nicht gut gehen. Sie haben einen Preis dafür zu zahlen, dass sie ihre

«Die neuen Heldinnen der Arbeit müssen einen Preis dafür zahlen, dass sie ihre Aufgabe als bürgerliche Frau nicht erfüllen.»

Aufgabe als bürgerliche Frau nicht erfüllen. Nach dem Motto: Wir beobachten dich fasziniert, aber keiner wird dich lieben. Diese Ambivalenz ist typisch für Gesellschaften, die sich nach Emanzipation sehnen, aber an der tradierten Ordnung festhalten möchten, die ernsthafte Veränderungen scheuen. Sie können nur die konservative Emanzipation goutieren. Die attraktive, erfolgreiche, aber stets einsame Frau ist das Produkt dieser konservativen Emanzipation.

Vertrackterweise erhält dieser jeden Freiheitswillen konterkarierende Leistungsfetischismus Beifall auch von feministischer Seite. Auch hier wird ein Lob auf die tadellose Topmanagerin gesungen, auf die Frau, die unermüdetlich ist. Das Buch von Hanna Rosin «Das Ende der Männer. Und: der Aufstieg der Frauen» (2013) ist nur ein Beispiel dafür. Indessen hat die Freude über die weibliche Erwerbstätigkeit auch ihre Berechtigung: Der Ausschluss von Frauen aus der öffentlichen Sphäre und von der bezahlten Arbeit war immer grundlegend für ihre Repression. Entsprechend kämpfen die Frauenbewegungen zu Recht darum, Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu normalisieren.

Aber nur wer die Muße hat, die Arbeit, sich selbst und seine Freunde und Geliebten auch zu genießen, kann dem von Max Weber so treffend beschriebenen «stahlharten Gehäuse» des puritanischen Kapitalismus etwas entgegensetzen. Zeitvergeudung in diesem Sinne ist damit keine feministische Sünde, sondern Grundlage von Emanzipation. Es ist damit kein Zufall, sondern reaktionär, dass die Unterhaltungsindustrie die einsame Leistungsträgerin aktuell so vehement zum Normalfall erklärt.

Höchste Zeit also, den weiblichen Workaholics ebenbürtige Frauen zuzugesellen, die Spaß haben und sich Zeit nehmen und emotional gebunden sind. In der Realität gibt es sie längstst. ■■■

Ines Kappert arbeitet an der Schnittstelle zwischen Kultur und Politik und ist in der taz für die Leitartikel verantwortlich. Ihre letzte Buchpublikation: «Der Mann in der Krise. Oder Kapitalismuskritik im kulturellen Mainstream» (transcript 2008).



Er kümmert sich um Kinder und Haushalt, und sie geht arbeiten. Er wäscht die Wäsche, sie geht auf Geschäftsreisen. Er kocht, sie macht sich abends ein Bier auf. Die Geschichte einer ganz normalen Beziehung.

Heiteres Beruferaten

Eine Glosse von **Elisabeth Schmidt**

Am besten fange ich an mit diesem Satz, den ich in den vergangenen 15 Jahren mindestens hundert Mal, tausend Mal, egal: mit Sicherheit zu oft gehört habe. «Finde mal einen, der das macht», heißt dieser glorreiche Satz, und es gibt immer noch Leute, die ihn mit solch staatstragender Miene vortragen, als seien sie die Ersten, denen er eingefallen wäre. Um größere Unbill zu vermeiden, setze ich meistens pflichtschuldigst mein Gut-dass-mir-das-endlich-mal-jemand-sagt-Gesicht auf, strahle euphorisch, oh ja, selbstverständlich, oh ja, ich habe großes Glück gehabt, einen Mann zu finden, der das macht. Der einkauft, die Wäsche wäscht. Auf Elternabende geht, verlorenen Handschuhen hinterherjagt. Die Spülmaschine entkalkt. Den Boden poliert, den Müll rausbringt. Eine neue Leiter kauft. Bindfaden. Packpapier. Der Mathe übt. Französisch. Latein. Ja, find erst mal einen, der das macht.

Manchmal, ganz manchmal, wenn ich einen besonders guten Tag habe, wende ich ein, dass auch ich mein Leben nicht überwiegend bei der Kosmetikerin verbringe, sondern arbeite, hundert Prozent, jeden Tag, jede Woche, und das, so lange ich denken kann. Und dass ich – wie ich an wirklich exzellenten Tagen gern hinzufüge – für mein Leben gern mal den Boden polieren, die Spülmaschine entkalken oder eine Leiter kaufen würde. Selbstverständlich tue ich dies zum größten Entsetzen jener Satz-von-sich-Geber und selbstverständlich ohne Erfolg. Manche legen dann die Stirn in Falten und fragen mit gedämpfter Stimme nach, warum ich mir das dann «eigentlich antue». Ob ich vielleicht Angst hätte, «depressiv» zu werden, wenn ich die Hausfrauenrolle übernehme? Nein? Dann sei ich vielleicht «stark vatergeprägt» und versuchte, unbewusst natürlich, in seine Fußstapfen zu treten? Auch nicht? Dann wahrscheinlich «von Natur aus» ein «dominanter und beherrschender Typ» ...?

«Ich mache das, was normalerweise der Mann macht, und er das, was normalerweise die Frau macht. Ganz einfach.»

Ehrlich gesagt habe ich ganz andere Sorgen, und ehrlich gesagt ist das alles nix gegen das, was ich an rabenschwarzen Tagen selber über mich denke: wenn ich mich nach der Arbeit auf meine Jungs stürze, als hätten sie die letzten Stunden im Waisenhaus verbracht. Oder ihnen am Wochenende tausend neue Gerichte zusammenpannsche, als wären sie sonst auf Wasser und Brot gesetzt. Oder stundenlang auf Weihnachtsbasaren und Fussballfeldern herumstehe,

nur um zu beweisen, was außer mir in der Familie sowieso niemand in Zweifel zieht: dass ich eigentlich gar keine so schlechte Mutter bin. Wenn ich mich an solchen Tagen erlebe, dann denke ich, dass ich einen totalen Vogel habe. Aber Gott sei Dank denke ich das nicht allzu oft.

Mein Mann und ich haben das übrigens keinesfalls geplant, so wie es heute ist: er hundertprozentiger Hausmann, ich hundertprozentige Ernährerin der Familie. Es passierte einfach. Das erste Kind war unterwegs, ich hatte einen gut bezahlten Job, also war klar, wie es erst mal weitergehen würde. Dass es eine Entscheidung für immer sein könnte, weil dann das zweite Kind kam, weil der nächste Job auch gut bezahlt war – nein, das haben wir damals nicht gedacht. Im Gegenteil: Ich war sicher, irgendwann würde ich die Hausfrauenrolle übernehmen, einen Teil zumindest, und bis dahin würde er einfach von zu Hause aus arbeiten, mit kleinen Kindern – geradezu ideal. Und ganz einfach. Ich mache das, was normalerweise der Mann macht, und er das, was normalerweise die Frau macht. Ganz einfach.

Es dauerte keinen Monat, da hatten wir eine Menge Fragen. Zum Beispiel: Darf er mir das Baby in die Arme drücken, wenn ich von der Arbeit komme, und ins Fußballstadion gehen? Natürlich nicht. Wirklich nicht? Soll er etwa auf all seine Hobbys als Mann verzichten, wenn er schon den Haushalt macht? Oder: Darf ich abends nach Hause kommen und mich aufs Sofa knallen und sagen: «Schatzi, es war so anstrengend heute, bitte hol mir ein Bier?» Natürlich nicht.

Wirklich nicht? Muss ich mir stattdessen den ganzen Mist vom Tag anhören oder womöglich noch den Tisch decken, wenn ich schon arbeiten gehe? Ja, es dauerte kaum einen Monat, bis wir uns diese Fragen stellten, und wenn wir nicht mehr weiterwussten – also eigentlich immer –, wurde es grundsätzlich: Wer ist wem zu mehr Dank verpflichtet, weil «er ja immerhin» die andere Rolle übernommen hat? Und wer zeigt zu wenig Respekt für die Arbeit des anderen, die ja «nun wirklich nicht» einfach ist? Wer muss überhaupt auf mehr verzichten im Leben? Er, weil er Mann ist und Geschirr abwaschen muss? Ich, weil ich Frau bin und mich um Jobs prügeln muss? Oder wie? Oder was?

Wer darf was, wer muss was? Beispiel Bank. Ich kümmere mich überhaupt nicht gern um Finanzen. Ich mag keine Zahlen. Ich möchte auch keine Bankauszüge sammeln, sie abheften und in Schubladen verstauen. Ich möchte nicht ausrechnen, was der Urlaub kostet, ob wir uns das leisten können und wann das Konto inklusive 13. Monatslohn wieder im Gleichgewicht ist. Ich finde, das ist Männersache. Findet er eigentlich auch. Manchmal allerdings sagt er, eigentlich sei es mein Bier, mich um die Finanzen zu kümmern: Schließlich sei es Männersache, also in Wirklichkeit meine, da ich doch das Geld verdiene. Also gehe ich voller Verachtung zur Bank, hebe Haushaltsgeld ab (auch ein wenig für eine neue Bluse), lege ein paar Scheine in die gemeinsame Kasse und höre, dass ich jetzt ja wohl völlig übergeschnappt sei, dass es schließlich Frauensache sei, also seine, das Budget für die wöchentlichen Einkäufe zu planen. Selbst die «richtigen Männer» würden sich «aus gutem Grund» nicht mehr trauen, ihren Frauen Haushaltsgeld zuzustecken. Worauf ich entgegne, dass es keine «richtige Frau» wagen würde, ihrem Mann vorzuschreiben, wie viele Blusen er im Monat kaufen dürfe, und dass ich bald alle Geldangelegenheiten allein entscheiden würde ... Spätestens dann fällt mir ein, dass ich dazu ja gar keine Lust habe, und lenke ein. Manchmal jedenfalls.

Wer darf was? Wer muss wann was? Alle richtigen Männer, sagt mein Mann, kaufen wenigstens Sprudelkisten, wenn sie schon sonst nichts im Haushalt tun. Sonst nix tun? Wie bitte? Wo ich Tag für Tag für die Familie schufte, am Wochenende das Klo putzte, welcher Mann würde sich herablassen ...? Und jetzt auch noch Sprudelkisten schleppen? Nein, die Kisten seien natürlich nur ein Symbol dafür, dass ich wie jeder Mann meinen Anteil an der Hausarbeit übernehme müsse ... Woraufhin ich opferhaltungsmäßig die Sprudelkisten packe, sie ins Auto wuchte, den neugierigen Nachbarn hinter den Vorhängen zugifte – ja, schaut nur, was Frauen heutzutage alles leisten müssen.

Sollen wir übers Putzen reden? Neulich stand ich in der Küche und sah dicke Wollflusen am Heizkörper. Kann ich dafür, dass ich das Geld heranschaffe, nicht wenigstens eine saubere Wohnung erwarten? Natürlich kann ich, befand ich, aber natürlich wollte ich das nicht so männermäßig sagen. Also habe ich, ganz Weibermanier, angefangen zu kreischen, weil da – Gott sei Dank – auch eine Spinne krabbelte. Mein Mann kam herbeigestürzt, sah die Spinne, sah den Dreck und ...: «Morgen mach ich's weg.» Damit hatte ich nicht gerechnet, auf so viel Frauengehorsam war ich nicht gefasst. Jetzt, dachte ich, jetzt bist du ein richtiger Männerarsch geworden.

«Wer ist wem zu mehr Dank verpflichtet, weil «er ja immerhin» die andere Rolle übernommen hat? Und wer zeigt zu wenig Respekt für die Arbeit des anderen, die ja «nun wirklich nicht» einfach ist? Wer muss überhaupt auf mehr verzichten im Leben?»

Reden wir übers Kochen. «Meine Mama kann nur Rührei braten, und das schlecht», pflegt mein kleiner Sohn zu sagen, vorzugsweise, wenn Gäste da sind. Natürlich lachen dann alle herzlich und aufgeräumt und finden das ganz niedlich, wie der Kleine, der mittlerweile zwölf ist, das sagt, und schauen sofort zum Mann, «der ja Gott sei Dank ein ganz ausgezeichneter Koch» ist. Wir sitzen dann bei einem «traumhaften» Lammrücken, bei einem geradezu «unglaublichen» Salat, und spätestens wenn das Dessert kommt, fallen unsere Gäste regelmäßig in Ohnmacht. So ein Essen, so eine Geschicklichkeit, so ein Mann. Muss er ja auch, wo die Frau ja arbeiten geht. Und schön, dass er gleich noch ein Hobby daraus macht. Wenn ich dann – manchmal – einwende, ich könne auch gar nicht so schlecht kochen, zum Beispiel Gulasch und Eintopf, und mein Butterkuchen sei geradezu legendär, dann lachen wieder alle herzlich und sagen, dass es für mich als Ausgleich sicher «sehr spannend sei», mal in das Küchenleben hineinzuschnuppern. Ist es nicht.

Wenn es bisher so geklungen hat, als sei ich der Meinung, das schlechtere Los gezogen zu haben – so ist dieser Eindruck falsch. Ich erinnere mich da an eine Party, wir standen an der Bar und unterhielten uns über meinen Job. Redakteurin? Ach, wie interessant. Damals eine neue Zeitung gegründet? Mensch, wie spannend. Jetzt bei einem Magazin? Sicher eine ganz neue Erfahrung. Als dann alle anderen – Männer! – ihre ebenso spannende, aufregende und hochinteressante Arbeit beschrieben hatten, wandte sich einer von ihnen an meinen Mann – «Und was machst du so?» –, um dann euphorisch loszuschreien: «Hausmann, nein, wie kreativ! Nein, erzähl, nein, wie mutig, nein, wie spannend.» Und als es nach fünf Minuten nichts mehr zu schreien gab und auch sonst niemand mehr etwas sagte, fragte er in die Stille hinein: «Und was machst du sonst so?»

Wollen Sie wissen, was die Kinder zu alldem sagen? Nix sagen sie zu alldem, und wenn ich dann mit zitternd besorgter Stimme nachhake, ob sie sich denn ganz wirklich nicht wünschen, dass ihre Mama mehr zu Hause sei, und zumindest auf ein beruhigendes Lächeln hoffe, dann guckt mein Jüngster mich an, nur kurz, und sagt: «Hauptsache, die Kohle stimmt.» Sie sehen, meine Sorgen sind nicht ganz grundlos.

Ich denke, meine Jungs werden sich solche Sprüche im Laufe der kommenden Jahre schon noch abgewöhnen – sollten sie sich niemals eine Dame nach dem Vorbild ihrer Mama suchen. Man könnte es auch anders sagen, frei variiert nach einem Satz, den ich mal irgendwo gehört habe: «Findet erst mal eine», könnte diese Variation heißen, «findet erst mal eine, die das macht.» ■■

Elisabeth Schmidt ist Journalistentrainerin, Dozentin und Textcoach. Die Glosse hat sie vor einigen Jahren geschrieben, der Ehemann arbeitet jetzt wieder ganztags, ein unerwartet günstiger Verlauf, die Söhne sind heute 21 und 23 Jahre alt. Hausmänner wollen sie auf keinen Fall werden, «schon der Kohle wegen». Aber nirgends schmeckt das Essen so gut wie bei Vattern, finden sie.

Geschichten aus dem Alltag

Wenn Elisabeth und Max im kommenden Monat von Berlin nach Hamburg ziehen, wird sich für die beiden ziemlich vieles ändern. Elisabeth, Internistin und im Moment noch in Elternzeit, wird die Hausarztpraxis ihres Vaters im Hamburger Westen übernehmen. Max, Musiker in verschiedenen Indie-Bands mit Nebenjob bei einem kleinen Label, wird vor allem zu Hause sein und sich um Miriam, die vier Monate alte Tochter der beiden, kümmern – wenn er nicht gerade auf Tour ist. «Ich fand die Vorstellung, eine Zeit lang nicht zu arbeiten, schon immer ganz okay. Arbeit ist nicht das, worüber ich mich definiere», sagt Max, 38, während er Miriam in einem Tragetuch auf seinem Bauch schaukelt. Mit seiner Strickjacke, den kurzen Haaren und dem schiefen Grinsen sieht er

ein bisschen aus wie Jürgen Vogel mit besseren Zähnen. Für Elisabeth, 34, käme es nie infrage, ihren Beruf aufzugeben. «Ich genieße die Elternzeit, aber nur, weil ich weiß, dass es danach weitergeht.»

Schon in den letzten Jahren hatte sie während der Facharztausbildung zur Internistin an einer Berliner Klinik mehr verdient als Max, dem das nie wichtig war. «Ich tendiere eher zur Pflichterfüllung. Max passt auf, dass man auch ein schönes Leben hat. Das ist unser Deal», sagt sie. Jetzt haben sich die beiden bewusst für dieses Modell entschieden: Den Lebensunterhalt der drei wird Elisabeth alleine verdienen.

Klingt ungewöhnlich? Ist es auch, allerdings nicht so sehr, wie man vielleicht meint. Etwa ein Fünftel der deutschen Haushalte wird mittlerweile von einer Frau finanziert. Knapp die Hälfte dieser

Familienernährerinnen ist alleinerziehend, die anderen verdienen mehr als ihr Partner. Mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Zahl noch weiter gestiegen, von 17,8 Prozent im Jahr 2007 auf aktuell 23,4 Prozent.

Die US-Autorin Hanna Rosin prognostiziert, dass innerhalb einer Generation die Mehrheit der Familien in den USA von einer solchen «Alpha-Ehefrau» ernährt wird und die Entwicklung in Europa und einigen asiatischen Ländern ähnlich sein wird. Wer jetzt allerdings meint, die alten feministischen Forderungen nach mehr Gleichberechtigung seien endlich erfüllt und Frauen sei ihr Beruf jetzt wichtiger, während ihre Männer sich begeistert in die Rolle als Hausmann und Vater stürzen, sollte sich mit der Vorfreude noch etwas zurückhalten. Es gibt sie zwar, die von Rosin beschriebenen, gut ausgebildeten «Alpha-Frauen». Frauen wie Elisabeth, die sich über einen Beruf definieren und in emanzipierten Beziehungen leben, mit Partnern wie Max, der sich darüber freut, die Verantwortung für das finanzielle Auskommen nicht tragen zu müssen. Der größte Teil der Familienernährerinnen ist jedoch unfreiwillig in diese Rolle geraten. Weit davon entfernt, aus feministischen Motiven zu handeln oder sich beruflich «verwirklichen» zu wollen, ist Arbeiten für sie kein emanzipatorischer Akt, sondern schiere finanzielle Notwendigkeit. Etwa weil der Partner arbeitslos wurde. Oder weil es nie einen gab.

Der Großteil dieser Frauen hat keinen akademischen Abschluss, viele arbeiten nur in Teilzeit, ein Drittel verdient netto weniger als 1000 Euro im Monat – das ergab eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem vergangenen Jahr.

Eine dieser Durchkämpferinnen ist Bina, 23. Mit aufgerichtetem Rücken sitzt sie am Tisch eines Cafés im Hamburger Schanzenviertel, nur ein paar Minuten von ihrer Wohnung in der Hafestraße entfernt. Mit 17 hat sie mal auf der Straße gelebt, war «eigentlich immer betrunken». Als sie mit ihrem Sohn Vicco schwanger wurde, ging sie zurück an die Schule, machte ihr Abitur und steckt jetzt im zweiten Jahr einer Ausbildung zur Erzieherin. Sehr aufgeräumt wirkt diese junge Frau, die vor jeder Antwort lange nachdenkt und dann kluge Dinge sagt. An die Punkvergangenheit erinnern



Jede fünfte Familie in Deutschland wird mittlerweile von einer Frau ernährt. Mit feministischen Idealen von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung hat das allerdings wenig zu tun.

Einmal Rolle vor und zurück

Von **Chris Köver**

heute nur noch die pinke Frisur, Haare seitlich ausrasiert, und das Metall in Nase, Lippen und Ohren.

Viccoss Vater spielte von Anfang an kaum eine Rolle in Binas und Viccoss Leben, erst war er im Gefängnis und ist dann vor zwei Jahren gestorben. Neben der Berufsschule, in der sie montags und dienstags von 8 bis 15 Uhr sitzt, und dem Praktikum in der Tageseinrichtung, das sie mittwochs bis freitags macht, arbeitet Bina zwei Abende im Monat in einer Kneipe, verdient dort 150 Euro monatlich plus Trinkgeld. Vicco ist währenddessen bei ihrer Großmutter. Zusammen mit der Unterstützung von ihrem Vater, dem Kindergeld und dem kleinen Unterhalt, den sie bekommt, weil Viccoss Vater nicht mehr zahlen kann, hat sie im Monat knapp 1000 Euro. 550 davon gehen für die gemeinsame Wohnung der beiden drauf.

Seit zwei Jahren hat Bina auch wieder einen Freund, mit dem sie sich die finanzielle Verantwortung aber nicht teilt. So einen wünscht sie sich auch gar nicht. Auch das Geld ihrer Oma würde sie nie nehmen, selbst wenn die es bereitwillig geben würde, «das soll sie lieber mal selbst noch genießen». Noch zwei Jahre dauert ihre Ausbildung, danach will sie studieren, «wenn es passt, sonst halt nicht»: Musiktherapie oder Grundschullehramt.

Ob das alles schwer sei? Sie runzelt die Stirn und sagt: «Ich mache mir keinen Kopf darüber, ob ich es leichter oder schwerer habe als andere. Es hat auch Vorteile, alleinerziehend zu sein. Man muss sich zum Beispiel auf keinen Erziehungsstil einigen. Traurig macht mich nur, dass ich die schönen Momente nicht teilen kann.» Wie geht sie mit der Verantwortung um, für Vicco und sich finanziell ganz alleine sorgen zu müssen? «Um das Finanzielle mache ich mir eigentlich keine Sorgen. Man wächst halt rein.»

Am anderen Ende der sozialen Skala muss man sich mit solchen Problemen kaum rumschlagen. «Ehe mit wechselnden Rollen» nennt die US-Autorin Hanna Rosin das neue Beziehungsmodell der Eliten, bei denen die Einkommensverteilung mal «60 zu 40 oder 80 zu 20 oder 90 zu 10» sein kann. Ständig verschiebe sich dieses Modell, in dem beide gut ausgebildeten Partner/innen jederzeit beide Rollen für eine bestimmte Zeit einnehmen könnten. Während der Ausfall des Mannes als Familienernährer bei Paaren ohne Hochschulabschluss oft zur Scheidung und der Zerstörung der Familie führe, seien diese Paare auffallend zufrieden, die Scheidungsraten gering, viele geben an, «glücklich» oder sogar «sehr glücklich» zu sein.

Bei Elisabeth und Max ist die Gleichung nicht ganz so ausgewogen. Er hat zwar ein abgeschlossenes Chemiestudium, sich danach aber für die Musikerkarriere entschieden. Es ist recht klar, dass er nie so viel verdienen wird wie Elisabeth, die ihm ab jetzt wahrscheinlich monatlich eine feste Summe aufs Konto überweist, damit er nicht immer fragen muss, «wenn er Piepen braucht». «Klar ist das komisch», sagt Max und grinst ein bisschen verlegen. «Man war ja damals auch froh, unabhängig von den Eltern zu sein. Und jetzt in Hamburg wird es für mich noch seltsamer, weil ich weiß, dass ich mir mit dem, was ich tue, das Leben hier eigentlich nicht leisten könnte.» An seiner Männlichkeit kratzt das aber nicht, dafür sind er und Elisabeth viel zu aufgeklärt in ihren Geschlechterrollen. «Ich sehe das als Entlastung. Ich bin definitiv nicht der Karrieretyp. Wäre das von mir verlangt worden, wäre das stressig geworden.»



«Barbara lebt, wie sie es will, und ist zufrieden. Trotzdem fragt auch sie sich, ob sie eine gute Mutter ist. «Als Vater», sagt sie, «schneide ich vermutlich besser ab.»»

Dass in einer Beziehung nicht immer der Mann die Ernährerrolle übernehmen muss, findet er modern. Die zwei sind sehr zufrieden mit ihrem Modell, auch ihr Freundeskreis findet es eher cool, wie sie es regeln. Max vermutet, seine Eltern freuten sich sogar eher über Elisabeth als Versorgerin. «Die sehen es locker.» Nur Elisabeths Eltern waren zeitweise irritiert, als klar war, dass Max nicht als Chemiker arbeiten wird.

Die Männer, zumindest diejenigen wie Max, die es schaffen, sich von eingestaubten Männlichkeitsbildern zu emanzipieren, könnten also froh sein über besser verdienende Partnerinnen. Aber wie verändert sich die Beziehung durch den Rollenwechsel? Sind die Frauen umgekehrt stolz auf ihre Leistung? Bedeutet mehr Einkommen für sie auch mehr Macht? Und heißt es, dass sie sich dann weniger um Haushalt und Kinder kümmern?

Von Letzterem würde man eigentlich ausgehen, aber gerade hier zeigt sich, dass der vermeintliche Rollentausch in Wirklichkeit keiner ist: Hanna Rosin sprach in ihrer Untersuchung mit keiner einzigen Frau, die Hauptverdienerin war und nicht zugleich auch maßgeblich im Haushalt mitarbeitete. Und die statistischen Daten in Deutschland zeigen Ähnliches: Selbst in Partnerschaften, in denen beide Vollzeit arbeiten, leisten Frauen im Schnitt täglich eine Stunde mehr im Haushalt als ihr Partner. Wenn Kinder im Spiel sind, sind es sogar eineinhalb Stunden mehr – das gilt auch dann, wenn die Frauen mehrere Jobs haben oder in Führungspositionen arbeiten. Zu sehr nüchternen Ergebnissen kommt auch die Studie aus dem Jahr 2011 im Auftrag des BMFSFJ: «Bei den meisten

Geschichten aus dem Alltag

Wiedereinsteigerinnen (in den Beruf) verändert sich beim Vorher-nachher-Vergleich bei den traditionellen ‹Hausfrauentätigkeiten› (wie Putzen, Aufräumen, Waschen, Bügeln, Haushalt organisieren, Wocheneinkauf, Mittagessen kochen, Freizeit der Kinder organisieren und sie zu Bildungsveranstaltungen fahren) kaum etwas. Diese Aufgaben bleiben fester Bestandteil ihrer Arbeit und Zuständigkeit. Eine Entlastung durch ihren Partner angesichts ihrer neuen Berufstätigkeit gibt es kaum.» «Das ist schon erschreckend zu sehen, welche Belastungen sich dadurch für die Frauen addieren», sagt Svenja Pfahl vom Institut für Sozialwissenschaftlichen Transfer. «Sie haben eben dadurch beide Verantwortungen, die für den Erhalt der Erwerbsarbeit und die für die Fürsorge und Betreuung der Kinder.»

Wie kann es sein, dass Männer, deren Frauen den halben oder ganzen Tag für den Familienunterhalt schufteten, dennoch kaum einen Finger im Haushalt rühren? Auch wenn das altmodisch klingt und Männer wie Max das heute eher befremdlich finden, der Zusammenhang von männlichem Stolz und der Ernährerrolle ist offenbar noch nicht vom Tisch. Für viele Männer ist es nach wie vor wichtiger Teil ihres Selbstbildes, für ihre Familie ‹sorgen› zu können – was auch immer ‹sorgen› in diesem Zusammenhang heißt, wenn man bedenkt, dass Fürsorge immer mehr bedeutet als finanzielle Sicherheit. Umgekehrt beschämt es sie, diese Aufgabe nicht erfüllen zu können. Das erklärt auch, warum sich die Männer nicht eben begeistert in die Rolle als Hausmann und Vater stürzen, die ihnen mit einer gut verdienenden Partnerin eigentlich offenstünde oder die sie in einer Partnerschaft mit fairer Arbeitsteilung einnehmen müssten: Männer geben ihr Selbstbild als Familienernährer in der Regel nicht einfach auf, wenn ihre Partnerinnen diese Rolle übernehmen – zu dieser Erkenntnis gelangen mehrere Studien der vergangenen Jahre zu dem Thema. Sie sehen sich weiter in der Verantwortung, für die Familie mit- oder sogar hauptsächlich sorgen zu müssen. Ist ja klar, dass dann nicht von ihnen erwartet werden kann, sie sollen sich auch noch um den Haushalt und die Kinder kümmern. Erfreuliche Ausnahmen wie Max und Elisabeth bestätigen da eher die Regel.

Umgekehrt sind viele Frauen eher darauf bedacht, den Ernährerstatus nicht allzu sehr nach außen zu kehren, das habe sich halt so ergeben. So meint auch Elisabeth auf die Frage, ob es sie stolz mache, das Geld zu verdienen: ‹Stolz würde ich das eigentlich nicht nennen. Es gibt mir einfach Sicherheit.› Max ergänzt: ‹Ich glaube, Lizzy mag einfach ihren Beruf sehr.› Die Situation mag sich verändert haben, aber bis wir die Rollenbilder in den Köpfen ganz los werden, wird es wohl noch eine Weile dauern.

Wenn man lang genug sucht, findet man aber auch in Deutschland weitere Ausnahmepaare: Männer und Frauen, die sich von den existierenden Rollenbildern nicht einengen lassen, die sich bewusst frei gemacht haben von gesellschaftlichen Erwartungen und damit zufrieden leben. Wie das aussehen kann, sieht man zum Beispiel auch bei Barbara und Georg, 38 und 37 Jahre alt.

Kennengelernt haben sich die beiden vor fünf Jahren. Barbara arbeitete als promovierte Psychologin bei der Vorbereitung eines Kongresses, Georg als Fahrradkurier und Grafiker. Drei Monate nach ihrem ersten Date wurde Barbara schwanger. Erst wollten sie weiter in getrennten Wohnungen leben, ‹aber dann merkten wir, dass es nicht besonders praktisch ist, einen Wickeltisch hin und her zu tragen›, und zogen zusammen. Zwei Monate nach der Geburt von Ella begann Barbara wieder halbtags von zu Hause zu arbeiten, kurz darauf bekam sie ein Jobangebot: volle Stelle an der

Humboldt-Universität für die Koordination eines weiteren Kongresses. Und als der vorbei war: persönliche Referentin des Vizepräsidenten der Universität, Vollzeit. Eine Weile arbeitete Georg weiter als Kurier, sie an der Uni. Dann merkten sie, dass es schwierig ist, das Kurierfahren mit den Kita-Zeiten zu vereinbaren, und dass sie mit Georgs Job nur 350 Euro mehr im Monat hatten, als wenn sie heiraten und er vier Tage die Woche mit Ella zu Hause bleibt. Da meldete Georg das Gewerbe ab. Seitdem ist er über Barbara familienversichert und sie in einer günstigeren Steuerklasse.

«Wir haben uns nie hingesetzt und beschlossen: So machen wir es jetzt», sagt Barbara, eine entspannte Frau in Jeans und schwarzem Rollkragenpulli mit einer Stimme, die gewohnt ist, klare Ansagen zu machen. Sie sitzt mit Ella am Küchentisch ihrer Neuköllner Altbauwohnung, während Georg für Ella ein Bad einlässt. «Es war klar, dass Georg keine Karriere als Fahrradkurier machen will. Also haben wir uns einfach gesagt: Damit diese Kleinfamilie funktioniert, braucht es Zeit und Geld. Ich kann besser Geld – dann machst du das andere.»

Angenehm an der Situation findet sie, dass sie nicht ständig aushandeln müssen, wer sich als Nächstes beruflich verwirklicht. Außerdem sei sie einfach nicht der Mutti-Typ: ‹Ich hasse Spielplätze. Ich habe da wahrlich keine Sehnsucht nach. Mehr Zeit mit Ella wäre schön, aber bitte nicht dort.› Anstrengend sei lediglich die Vorstellung, alleine in der Verantwortung zu stehen: ‹Das ist wie so ein Damoklesschwert, das über einem hängt. Wenn mein Vertrag in zwei Jahren ausläuft, bin ich Anfang 40 mit Kind, also arbeitsmarktkompatibel. Ich arbeite gerne, aber jeden Tag wieder zu denken: heute wieder Bestleistung abliefern und im Vorbeigehen noch die richtigen Leute beeindrucken, das stresst.› Wenn sie montagsmorgens um 8 Uhr ins Büro kommt, wird erwartet, dass sie die E-Mails vom Wochenende schon gelesen hat. ‹Nach so einem Arbeitstag kann ich schon nachvollziehen, wo dieses stereotype Männerverhalten herkommt, dass man nach Hause kommt und nur noch seine Ruhe und ein warmes Essen haben will.›

Das einzufordern, würde ihr trotzdem nicht im Traum einfallen, sagt sie. Wenn Barbara nach Hause kommt, hat Georg Ella von der Kita abgeholt, eingekauft, die Wäsche gewaschen, manchmal auch ein warmes Essen gekocht. Als Hausmann mag er sich trotzdem nicht sehen: ‹Es dreht sich vor allem um das Kind. Den Rest mache ich halt, so gut es geht.› Einmal die Woche arbeitet Georg noch in seinem Minijob als Grafiker, das ist vor allem für sein Selbstbild wichtig, sagt er.

Sind hier zwei, die es wirklich hinter sich gelassen haben? Barbara ist mit einer feministischen Mutter groß geworden, die als Ärztin die Familie versorgte, während ihr Vater, Marxist alter Schule, sich um die Revolution bemühte. ‹Wenn man mich nachts wecken würde, antworte ich auf die Frage, was das Wichtigste ist: sich niemals abhängig machen von einem Mann.› Sie lebt, wie sie es will, und ist zufrieden. Trotzdem fragt auch sie sich, ob sie eine gute Mutter ist. ‹Als Vater›, sagt sie, ‹schneide ich vermutlich besser ab.› Dass sie sich diese Frage eigentlich nicht stellen muss, weiß sie auch. Aber das ist etwas anderes, als es einfach sein lassen zu können. ■■■

Dieser Beitrag erschien in *Missy Magazine* 01/13. www.missy-magazine.de
Chris Köver lebt als Journalistin und Kulturwissenschaftlerin in Hamburg und Berlin. Sie ist Mitbegründerin und Redakteurin des *Missy Magazine* und veröffentlichte 2013 gemeinsam mit Sonja Eismann das Sachbuch ‹Mach es selbst: Do It Yourself für Mädchen›. Als freie Journalistin arbeitet sie u. a. für die *ZEIT*, *Neon* und die *an.schlaege*.

Geschichten aus dem Alltag

Frauen setzen vor allem auf Leistung und hoffen, auf diesem Weg Karriere zu machen. Ulrike Ley erklärt ihnen, warum das ein großer Irrtum ist und welche Spielregeln sie kennen müssen, um wirklich zu gewinnen.

«Wenn ich nur gut bin, wird alles gut»

Interview: **Claire Horst**

Frau Ley, warum brauchen Frauen ein Coaching, um Karriere zu machen?

Es gibt in den Institutionen und Unternehmen immer noch tief verwurzelte Strukturen. Männer besetzen die Spitzenpositionen und suchen wieder Männer aus. Das macht es Frauen unglaublich schwer, Spitzenpositionen zu erreichen. Alle Bemühungen, die auf Freiwilligkeit setzen, sind gescheitert. Deshalb ist jetzt die Zeit, eine Quote einzusetzen, bis Frauen adäquat vertreten sind.

Als Coach arbeiten Sie aber weniger an den Strukturen, sondern mit den Frauen, damit sie ihr Verhalten ändern.

Zuerst einmal sind es die Verhaltensweisen der Männer, die Frauen ausbremsen. Frauen kommen auf ein Spielfeld, auf dem männliche Regeln gelten. Männer spielen Fußball, und Frauen kommen mit ihren Tennisregeln und denken, sie können mitspielen. Das funktioniert nicht. Im ersten Schritt müssen Frauen die Spielregeln kennenlernen, die im Moment gelten, und sie dann für sich einsetzen.

Frauen sollen also auch Fußball spielen?

Frauen spielen ja mittlerweile sehr erfolgreich Fußball. Die Regeln sind dieselben. Aber der Frauenfußball ist anders. Sie spielen nicht so schnell, weniger rabiat und gewinnen. Frauen müssen die Regeln kennen, aber sie können sie anders ausführen.

Was müssen sie vor allem lernen?

Ganz wesentlich ist, dass sie ihre Leistungen «verkaufen». Frauen denken in der Regel, wenn ich nur gut bin, wird die Leistung anerkannt, und ich werde gefördert. Das ist ein Trugschluss. Sie müssen ihre Leistung öffentlich machen. Das stille Abwarten ist die falsche Strategie: Frauen müssen den Arm heben und sagen: Ich. Ich will.

Warum machen Frauen das nicht?

Weil sie sozialisiert sind, sich zurückzunehmen und auf ihre Leistungen zu vertrauen. Sie werden dafür ja auch belohnt. In der Schule haben Frauen die besseren Noten, sie machen die besseren Schulabschlüsse, aber Karriere ist nicht Leistung allein. Da gelten ganz andere Dinge.

Sie arbeiten auch an der Körpersprache – warum ist das wichtig?

Männer machen sich breit. Sie nehmen viel Raum ein. Sie setzen sich hin und belegen den ganzen Tisch vor sich mit Ordnern und Handys und Laptops, stellen die Beine auseinander. Weil sie glauben, der Raum gehört ihnen. Eine Machtdemonstration. Frauen machen sich schmal und klein. Es hilft, sich das bewusst zu machen.

Ganz offenbar können Frauen ihre Macht häufig gar nicht genießen – warum?

Wenn Männer Spitzenpositionen erreichen, werden sie anerkannt und hofiert. Frauen werden sehr kritisch béugt, von Männern und von Frauen. Im Grunde können sie nur alles falsch machen. Das Schlimmste ist, dass häufig ihre Weiblichkeit infrage gestellt wird. Es wird sehr nach Defiziten geschaut. Frauen wird permanent ein schlechtes Gewissen gemacht.

Schlechtes Gewissen wofür?

Dass sie sich beispielsweise zu wenig um ihre Kinder kümmern. Dabei zeigen Studien, dass es völlig unproblematisch für die Kinder ist, wenn es eine gute Betreuung gibt. In Deutschland wird der Begriff «Rabenmutter» immer noch gerne angewandt. Da hilft es sehr, mit anderen Frauen zu sprechen und sich auszutauschen. Manchmal muss man sich auch von Müttern, Schwiegermüttern und Freundinnen gut abgrenzen.

Wie könnte das gesellschaftliche Image von erfolgreichen Frauen verbessert werden?

In meinen Workshops sehe ich immer wieder, dass junge Frauen Angela Merkel als Vorbild sehen. Sie sind oft gar nicht mit ihrer Politik einverstanden, aber sie zeigt, dass eine Frau diese Position gut ausfüllen kann. Wir brauchen noch viel mehr Vorbilder, die mehr Lebensentwürfe abdecken können. Es geht um Vielfalt. Ich freue mich zum Beispiel über jede Frau, die nicht im Hosenanzug herumläuft. In Frankreich sind Frauen in Spitzenpositionen anders gekleidet. Da wird auf die traditionelle Weiblichkeit mehr Wert gelegt. Sie müssen sich nur Christine Lagarde anschauen.

Woran liegt es, dass Frauen auch in hohen Positionen weniger als Männer verdienen, und wie können sie das ändern?

Frauen freuen sich, dass sie einen Job bekommen haben, und stellen dann später fest, dass es vielleicht auch daran gelegen haben könnte, dass sie zu preiswert waren. Es kommt noch etwas hinzu: Frauen finden es oft absurd, über diese Zahlen zu verhandeln, also Jahresgehälter von 300.000, 500.000 Euro oder mehr. Frauen glauben, sie brauchen so viel Geld gar nicht. Es geht aber darum, ein Gehalt

auszuhandeln, das für diese Position adäquat ist. Für Männer ist es völlig klar, dass sie um diese Zahlen konkurrieren, und sie sind überzeugt, dass das Geld ihnen zusteht. Frauen sind da ambivalent. Für Männer ist es ein Spiel. Das ist Sport, und sie nehmen es dann auch sportlich. Für Frauen ist das ungewohnt, sie nehmen es ernst und viel zu persönlich. Bevor Frauen zu einem Bewerbungsgespräch gehen, sollten sie also gut informiert sein, was die Position in Euro wert ist, entsprechend viel fordern und professionell verhandeln. ■■■

! Lesetipp



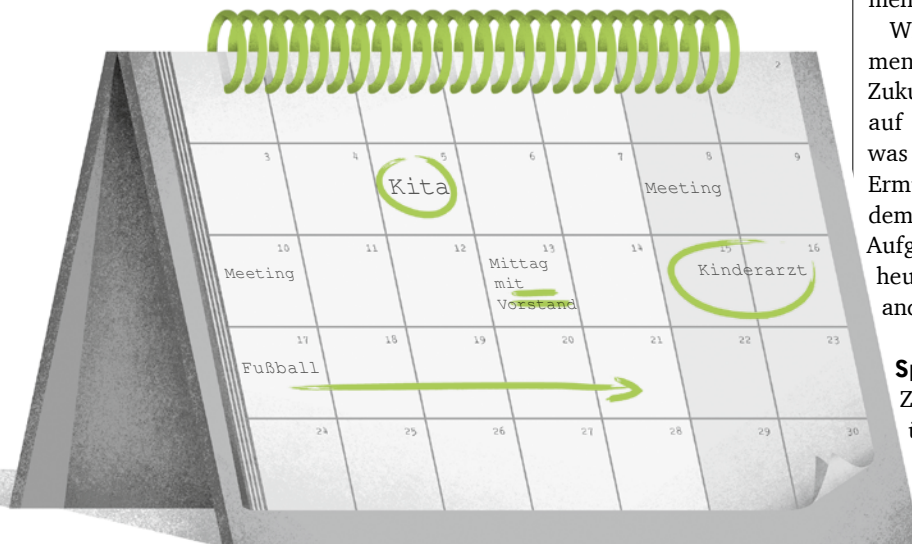
Lean in – Frauen und der Wille zum Erfolg

Sheryl Sandberg
Econ Verlag, 2013

Ulrike Ley ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und ehemalige Personalleiterin eines Wirtschaftsunternehmens. Sie unterstützt Frauen dabei, ihre Karriereziele zu erreichen. Sie hat sich auf Frauen in der Wissenschaft spezialisiert.

Claire Horst ist Literaturwissenschaftlerin und arbeitet als freie Journalistin und Dozentin in Berlin. Sie hat sich vorgenommen, die Tipps von Ulrike Ley zu beherzigen.

Geschichten aus dem Alltag



Viele Männer wollen für ihre Kinder da sein. Aber sie brauchen Unterstützung – von den Führungskräften in den Unternehmen, von anderen Männern, aber auch von ihren Partnerinnen.

Vater sein dagegen sehr

Von **Hans-Georg Nelles**

Die beste Möglichkeit, die Zukunft vorzusagen, ist, sich an ihrer Gestaltung zu beteiligen. Das gilt auch für die Beziehung von Vätern zu ihren Kindern. Der Wunsch, mehr Zeit für Kinder und Familie zu haben, wird schon lange geäußert, die Wirklichkeiten sehen jedoch oft anders aus. Die in diesem Zusammenhang häufig geäußerte Erklärung, da würde gesagt, was sozial erwünscht ist, aber anders gehandelt («verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre»), ist jedoch nicht zielführend. Erstens ist es bedeutsam, sich ein anderes Verhalten vorstellen zu können, denn was nicht vorstellbar ist, kann niemals Wirklichkeit werden. Und zweitens klammert sie sämtliche Rahmenbedingun-

Hans-Georg Nelles, Vater von drei erwachsenen Kindern; Sozialwissenschaftler und Erwachsenenbildner, seit 1998 beruflich im Themenfeld »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« engagiert. Schwerpunkte: Wiedereinstieg, väterbewusste Personalpolitiken. Seit 2008 ist er als Organisationsberater und Autor freiberuflich tätig. Außerdem ist er Mitglied im Vorstand des Bundesforums Männer und Autor des www.vaeterblog.de.

gen und die Entwicklung dieses Verhaltens aus. Mit dieser Logik könnte man auch zu dem Schluss kommen, Frauen wollten nicht in Führungspositionen.

Wie kann aber mehr Leben ins Väterleben kommen? In diesem Beitrag sollen Aussagen für die Zukunft durch einen Blick zurück gefunden werden, auf wesentliche Weichenstellungen in der Frage, was Mann tut und was er besser lässt. Er soll eine Ermutigung sein, an der einen oder anderen Stelle dem Gedanken nachzugehen, wie Rollenmuster und Aufgabenteilungen im Erwerbs- und Familienleben heute wohl aussehen würden, wenn die eine oder andere Entscheidung anders ausgefallen wäre.

Späte Rechte für arbeitende Frauen

Zu dem Zeitpunkt, als im schwedischen Parlament über die Beteiligung von Vätern an der Erziehung debattiert wurde und eine junge Abgeordnete äußerte, ihnen müsste der Weg in die Familie geebnet werden in der gleichen Weise, wie Frauen in Unternehmen gefördert würden – in dieser Zeit beschloss der Deutsche Bundestag, dass Männer nicht mehr das Recht haben sollten, die Arbeitsstelle ihrer Frauen zu kündigen, wenn sie das Gefühl haben, diese würde ihre häuslichen Pflichten vernachlässigen.

Das war 1977, die erste Ausgabe der *Emma* war gerade erschienen, und eine von der Frauenzeitschrift *Brigitte* in Auftrag gegebene Männerstudie hatte ergeben, dass es kaum noch aktive Väter oder neue Männer gibt. Das Kriterium «Beteiligung an Elternzeit» konnte damals noch nicht abgefragt werden: die ersten vier Monate Elternzeit wurden erst im Sommer 1979 eingeführt. Und Väter mussten noch weitere 10 Jahre warten, bis sie überhaupt davon profitieren konnten.

Auf die neuen Väter war niemand vorbereitet

Die Absicht des Gesetzgebers im Jahr 1979 war es, den Müttern nach den acht Wochen Mutterschutz weitere vier Monate «Mutterschaftsurlaub» zu gönnen. Da half es nicht, dass einige wenige Abgeordnete darauf hinwiesen, dass damit Rollenmuster verfestigt und die Kinder ausschließlich den Müttern zugewiesen würden. Diese gesetzliche Norm wurde anschließend auch von den Gerichten bestätigt. Die von *Emma* unterstützte Klage eines jungen Vaters, der anstelle seiner Frau die Verantwortung für sein Kind übernehmen wollte, wurde abgewiesen.

Dass er keineswegs ein Exot, ein einzelner Sonderling war, macht eine zum selben Zeitpunkt erhobene Studie deutlich. Die Interviewer, die vorwiegend in den Abendstunden in den Familien unterwegs waren, berichten davon, dass die Kinder häufig nach den Vätern riefen und diese auch, wenn die Frauen Früh- schicht hatten, selbstverständlich in den Nächten für die Kinder da waren und aufstanden. In der Fachliteratur tauchte zu Beginn der 80er Jahre denn auch

der Begriff «neue Väter» auf. Die zweite Befragung der *Brigitte* im Jahr 1986 zeigte dann, dass dieser Begriff keine leere Floskel war.

Es kam Schwung in die Debatte

Weder die Arbeitswelt noch das Steuerrecht oder die Kinderbetreuungseinrichtungen waren auf die Wünsche der Männer, für ihre Kinder da zu sein, vorbereitet. Unternehmen erwarteten den jederzeit verfügbaren Arbeitnehmer, und junge Väter, die die Rolle des Alleinernährers übernommen hatten, waren die zuverlässigsten Kandidaten. Dieses Modell wurde und wird durch das Splittingmodell erfolgreich flankiert; dass es kaum Betreuungsmöglichkeiten gab, tat ein Übriges. Die Frauenzeitschrift *Brigitte* suchte zwei Jahre nach der Befragung durchaus selbstkritisch nach weiteren Gründen, warum sich so wenig änderte: Sie fragte ihre Leserinnen, ob sie es denn grundsätzlich zulassen könnten, wenn ihre Partner, die Väter ihrer Kinder in die häusliche Sphäre, ihre Domäne eindringen. Und ob sie es tolerieren würden, wenn sie Dinge anders machten, möglicherweise also «Unordnung» anrichteten. Es kam Schwung in die Debatte.

Das Jahr 1989 markiert eine Zäsur. Mit der Wiedervereinigung wurde Westdeutschland damit konfrontiert, dass weibliche Erwerbstätigkeit selbstverständlich sein kann und ein flächendeckendes Betreuungssystem möglich ist. Dass in dieser Zeit der Erziehungsurlaub auf 18 Monate verlängert wurde und jetzt auch Väter das Recht hatten, diesen in Anspruch zu nehmen, ist sicherlich mehr als eine Randnotiz wert. Die Diskussion um die Folgen der deutschen Einheit überlagerte aber für weitere zehn Jahre den Diskurs über die Rolle der Väter in der Familie.

Mindestens eine Titelstory zum Thema

Noch 1998 bezeichnete Kanzler Schröder das Thema als «Gedöns», und seine Ministerin stellte in einer Kampagne Väter als Pappkameraden in häuslicher Umgebung auf. Obwohl die Kampagne ein Flop war und die Ministerin kurz danach hinschmiss, markierte sie den Auftakt zu einer neuen gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema «Väter». Sie wurde vor allem auch dort geführt, wo Änderungen sowohl besonders notwendig als auch besonders wirksam sind: in den Unternehmen. Im Rahmen des bundesweiten Programms «Mann und Familie» fand am 25. Januar 2000 bei der Commerzbank in Frankfurt die Tagung «Mehr Leben ins Männerleben» statt. In der Folge bildeten sich nicht nur in Frankfurt Projekte und Initiativen, die Väter in Organisationen und Unternehmen thematisierten. Sie alle trugen dazu bei, das Thema dort zu einem Thema zu machen – und die Väter zu ermutigten, das, was sie schon lange im Geheimen als Wunsch hegten, öffentlich auszusprechen und vor allem auch zu tun.

Familienfreundlichkeit war nicht mehr länger nur Mütter- und Frauenfreundlichkeit, und 2005 hatten

«Es braucht auf allen Ebenen **Role Models**, Führungskräfte und Vorgesetzte, die nicht von **«Auszeiten»** sprechen, sondern die in der **Elternzeit erworbenen Kompetenzen** wertschätzen.»

alle Wirtschaftsmagazine mindestens eine Titelstory zum Thema Väter in Unternehmen veröffentlicht. Ein Jahr später waren Väter dann auch wieder auf der Tagesordnung des Bundestages. Die neu ins Amt gekommene Familienministerin Ursula von der Leyen hatte einen Gesetzesentwurf eingebracht, in dem zwei Monate der Elternzeit für den Partner, also die Väter reserviert werden sollten. Die Debatte darüber verdeutlichte den gesellschaftlichen Blick auf das Thema: Während sich die älteren Herren quer durch alle Parteien auf die Schenkel klopfen und alberten, Mann bräuchte kein «Wickelvolontariat», sahen das die jüngeren Abgeordneten aller Fraktionen ganz anders.

Es braucht überall «Role Models»

Das Gesetz wurde verabschiedet, und der Anteil der Väter in Elternzeit hat sich seitdem von 3,5 Prozent auf inzwischen über 27 Prozent vervielfacht. Die neuen Väter wurden in den Medien präsentiert, einige nutzten die Zeit auch, um ihre Erfahrungen in Buchform zu bringen. Es ist Aufgabe der Medien, auf die kritischen Punkte des Gesetzes hinzuweisen und auch die Entwicklung zu kommentieren: Der Tenor aber, der sich seit sechs Jahren wie ein roter Faden durch die Diskussion zieht, es seien nur 7 Prozent, 10,5 Prozent, 15 Prozent ... und außerdem nähmen die meisten Väter ja nur die für sie vorgesehenen zwei Monate, wirkt wenig ermutigend. Es ist richtig, dass die zwei Monate als Einstieg in eine neue Erfahrungswelt mit Sicherheit zu kurz sind. Damit sich Väter noch mehr engagieren könnten, bräuchte es Unternehmen, die ihre Beschäftigten ermutigen, Erfahrungen und Kompetenzen an dieser Stelle zu sammeln und zu vertiefen. Hilfreich sind auch Partnerinnen, die es zulassen, dass Väter mehr als die zwei Monate nutzen können, und die diese eigene Erwerbstätigkeit von den Pflichten des Ernährers entlasten. Es braucht auf allen Ebenen «Role Models», Führungskräfte und Vorgesetzte, die nicht von «Auszeiten» sprechen, sondern die in der Elternzeit erworbenen Kompetenzen wertschätzen.

Unabdingbar sind auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit möglich machen. Dazu gehören eine ausreichende Anzahl von qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen ebenso wie gesetzliche Regelungen im Steuerrecht. Bei den Regelungen zur Elternzeit und zum Elterngeld kann durch die Einführung eines Teilelterngeldes und der Aufstockung der Partnermonate deutlich gemacht werden, dass eine echte Gleichstellung gewollt ist. Die Kampagne bei Einführung des Gesetzes 2007: «Krabbeln lerne ich bei Mama, laufen dann bei Papa» – auf dem Plakat war eine Schwangere zu sehen, auf deren Bauch die Kinderschuhe standen –, ließ an dieser Absicht erhebliche Zweifel aufkommen. ■■■

Geschichten aus dem Alltag

«Viele Leute haben (aufgrund meines Zeitungsinserats) angerufen, aber wenn ich gesagt habe, ich will mit Papieren arbeiten, haben sie gesagt, dann überlegen sie noch mal. Viele Leute wollen lieber jemanden schwarz beschäftigen.»
—Ewa Holler, 42,
aus Polen

... übernehmen in Deutschland immer häufiger Migrantinnen. Sie haben keinerlei Rechte, werden schlecht bezahlt, nicht selten misshandelt. Das Problem, wie die Haus- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern verteilt werden kann, wer sich um kranke und alte Angehörige kümmert, bleibt derweil weiter ungelöst.

Das bisschen Haushalt ...

Von **Juliane Karakayali**

Es gibt keine verlässlichen Zahlen darüber, wie viele Privathaushalte in Deutschland auf bezahlte Hilfen zurückgreifen. Denn zumeist handelt es sich dabei um irreguläre Beschäftigungsverhältnisse. Man geht aber davon aus, dass ihre Zahl stetig steigt – und dass es insbesondere Migrantinnen sind, die im Haushalt arbeiten. Eine Ursache ist, dass es nach wie vor keine gleiche Verteilung von Haus- und Sorgearbeiten zwischen den Geschlechtern gibt. Frauen sind zwar immer häufiger erwerbstätig, bleiben aber gleichzeitig maßgeblich für die Hausarbeit zuständig. Dafür gibt es strukturelle Gründe, wie zum Beispiel die niedrigeren Löhne für Frauen oder die Zunahme von Ein-Mütter-Familien. Aber auch kulturell geprägte Vorstellungen von Haushaltsarbeit als Frauenarbeit stehen einer Umverteilung im Wege. Und der Wohlfahrtsstaat bleibt eine Antwort auf die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse schuldig.

Die Zahl öffentlicher Betreuungsmöglichkeiten für Kinder steigt deutlich langsamer an als die Frauenerwerbsquote. Und mit dem demografischen Wandel wächst die Zahl der Pflegebedürftigen und sinkt die Zahl der Angehörigen, die Pflegearbeiten übernehmen können und wollen.

Wessen Sorge(n)?

Um die Versorgungslücken zu schließen, werden diese Arbeiten immer häufiger an familienfremde Frauen, vor allem Migrantinnen, delegiert. Sie bieten

ihre Dienstleistungen zu vergleichsweise niedrigen Preisen an, denn oft finden sie gar keine andere Beschäftigung. Entweder, weil sie keine Arbeits- und/oder Aufenthaltserlaubnis besitzen, oder aber, weil ihre Bildungsabschlüsse hier nicht anerkannt werden. Die in Deutschland gezahlten Löhne sind – gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden – für hiesige Verhältnisse gering; gemessen an den Verdienstmöglichkeiten in den Herkunftsländern erscheinen sie oft akzeptabel. Die Migrantinnen, die diese Arbeit annehmen, haben verschiedene Gründe: Zum einen wollen oder müssen sie Geld verdienen, darüber hinaus spielen aber auch die Lust am Abenteuer, das Interesse an Auslandserfahrungen oder ein Partner in Deutschland eine große Rolle.

Häufig allerdings sind viele von ihnen nach einiger Zeit enttäuscht, weil die rigiden Zuwanderungsbestimmungen ihnen ein Erwerbsleben außerhalb der Haushaltsarbeit kaum ermöglichen. Hinzu kommt: Ihre Kinder haben sie oft in der Obhut Anderer in ihren Herkunftsländern zurücklassen müssen, und diese Trennung wird häufig als sehr schmerzhaft empfunden: «Wenn du weißt, du kannst dein Kind nicht hören, kannst es nicht sehen, wie es spielt, wie es spricht, wie es malt, das macht dich so traurig, das tut richtig weh.» (Alma Pakierene, 28, aus Litauen) Allerdings werden Migrantinnen gerade deshalb im Haushalt beschäftigt, weil sie keine Familie im Hintergrund haben, um die sie sich kümmern müssen. Denn damit sind sie quasi unbegrenzt zu allen Uhrzeiten und über große Zeiträume hinweg verfügbar: abends, nachts, am Wochenende, rund um die Uhr.

«Es war schwer am Anfang. Ich hab hier sogar geweint. Weil, stell dir vor, du machst ein Diplom und bist jemand, und dann musst du hier auf dem Boden knien und wischen.»
— Ursula Neumann, 30,
aus Ungarn

A women's work is never done

Beschäftigungsverhältnisse im Haushalt können sehr unterschiedlich gestaltet sein. Zwei große Bereiche, die sich voneinander unterscheiden lassen, sind Care Work für Ältere und pflegebedürftige Menschen sowie Putzen und Babysitten. Care Work wird sehr häufig von Migrantinnen geleistet, die im Haushalt der Pflegebedürftigen wohnen und so 24 Stunden anwesend sind. Die Care Workers werden dabei nicht als Pflegerinnen eingestellt, sondern als Familienersatz. Sie sollen mit den Pflegebedürftigen den Alltag verbringen und all die Hilfe leisten, die auch Familienangehörige ohne Ausbildung übernehmen würden. Häufig sind sie rund um die Uhr im Einsatz, ohne Rücksicht auf Pausen, Wochenenden oder eine ungestörte Nachtruhe. So führt diese Arbeit häufig zu einem permanenten Gefühl der Überforderung, insbesondere dann, wenn die Pflegebedürftigen bettlägerig sind oder unter Demenz leiden.

Der andere große Bereich der bezahlten Haushaltsarbeit besteht aus Putzen und Babysitten. Diese Tätigkeiten werden eher stundenweise ausgeführt und umfassen alle Arbeiten, die in einem Haushalt anfallen, unabhängig davon, ob es sich dabei um klar eingrenzbar Handlungen (Abwaschen, Betten machen, Einkaufen, Putzen), affektive Arbeit (Trösten, Zuhören, Empathie) oder Freizeitgestaltung (Fernsehen, Kuchen backen, Zeitung vorlesen) handelt. Migrantinnen, die stundenweise als Putzfrau arbeiten, können meist noch recht konkrete Absprachen über ihre Zuständigkeit treffen. Dies ist bei der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen nahezu unmöglich. Denn Betreuungsarbeit ist Beziehungsarbeit und lässt sich darum kaum klar definieren – insbesondere dann nicht, wenn sie zu Hause stattfindet.

Ewas anderes kommt hinzu: Haushaltsarbeit erfährt grundsätzlich wenig Wertschätzung. Aber ihr Wert sinkt zusätzlich, wenn sie als bezahlte Arbeit erledigt wird. Arbeit im Haushalt bietet keinerlei Qualifikations- oder Aufstiegsmöglichkeiten, es gibt keine konkrete Tätigkeitsbeschreibung, keine gewerkschaftliche Vertretung und nicht einmal Kolleginnen. Die Arbeit ist zudem unsichtbar, da sie hinter verschlossenen Türen stattfindet.

Das macht diese Arbeit auch gefährlich, wie die häufigen Berichte von Übergriffen zeigen. So erleben Haushaltsarbeiterinnen sexuelle Belästigung, Schläge und Beschimpfungen, für die es niemals Zeugen gibt. Auch nicht ausgezahlte Löhne können Migrantinnen nur schwer einklagen. Viele versuchen das auch gar nicht erst, weil sie befürchten, von der Polizei nicht ernst genommen zu werden. Diese Angst scheint nicht unbegründet, denn Haushaltsarbeiterinnen, die sich dort beschwert haben, berichteten genau das: Die Verletzung ihrer Rechte wurde als Beziehungskonflikt bagatellisiert. Abgesehen davon, dass Frauen, die irregulär in Deutschland arbeiten, gar nicht die Möglichkeit haben, zur Polizei zu gehen. Der beste

Schutz für sie ist deshalb, möglichst viele Kontakte zu anderen Haushaltsarbeiterinnen zu unterhalten. So können sie sich gegenseitig helfen, eine Arbeit bei Problemen aufzugeben und möglichst schnell eine neue zu finden.

Regulierung impossible?

Trotz aller Härten, die mit der Arbeit im Haushalt verbunden sind, ermöglicht sie den Migrantinnen ein eigenständiges Einkommen und damit eine gewisse Unabhängigkeit. Und nicht selten werden Frauen durch diese Arbeit zu den Haupternährerinnen ihrer Familien. Vielen Migrantinnen gelingt es auch, mit einem weit gespannten Netzwerk und guten Kontakten ihr Arbeitsleben ohne Papiere gut zu organisieren. Dennoch ist es höchst problematisch, dass sich die Gesellschaft mit dem Thema Migrantinnen in der bezahlten Haushaltsarbeit nicht oder kaum auseinandersetzt. Denn so werden gesellschaftliche Aufgaben zum Privatproblem erklärt, für die jeder Haushalt eine individuelle Lösung finden muss – derzeit in Form irregulärer Beschäftigungsverhältnisse. Die bisherigen spärlichen Versuche, bezahlte Haushaltsarbeit zu regularisieren und damit für alle Beteiligten sicher und planbar zu machen, haben nicht ausreichend berücksichtigt, dass es vor allem Migrantinnen sind, die diesen Tätigkeiten nachgehen und oft keine Arbeitserlaubnis haben. Sie sind häufig nicht berechtigt, zum Beispiel Minijobs anzunehmen – und selbst wenn sie es können, so ist es unmöglich, mit einem Minijob den Lebensunterhalt zu decken. Auch lässt sich mit einem Minijob nicht in verschiedenen Haushalten putzen und Babysitten. Hier wären neue Ansätze gefragt, die Arbeit im Haushalt besser abzusichern – zum Wohl der Beschäftigten genauso wie zum Wohl der Arbeitgeber/innen. ■■

*Alle Zitate stammen aus biografischen Interviews mit im Haushalt beschäftigten Migrantinnen aus Osteuropa, die die Autorin Juliane Karakayali geführt hat.

Juliane Karakayali ist Professorin für Soziologie an der Evangelischen Hochschule Berlin.

«Du musst manchmal 24 Stunden da sein in derselben Wohnung, du kriegst so ein Loch als Zimmer, dunkel und furchtbar. Vielleicht nicht im Keller, aber im Souterrain. Und du musst dich 24 Stunden um die Alten kümmern für eine lächerliche Bezahlung. Und du musst kochen, putzen, waschen, bügeln, Fenster putzen, ohne Ende. Und dann kommt die Familie, die alles kritisiert.»
— Anniko Csilla, 52, aus Ungarn

Politische Stellschrauben und persönliche Visionen

Drei Autoren, drei Standpunkte: Wie die Pflege von Angehörigen zum Wohle aller in Zukunft gestaltet werden kann.

Wohin mit Vater und Mutter?



↑ Die Senioren-WG in Marienrachdorf ist ein alternatives Projekt für das Wohnen im Alter. Der Unternehmer Guido Pusch baute das ehemalige Haus seiner Großeltern altersgerecht um.

Selbstbestimmt in einer Wohngemeinschaft

Von **Thomas Birk**

1 Alt werden kann so unterschiedlich sein: Mein Vater gibt mit 89 noch Konzerte, meine Mutter litt lange an Parkinson und Demenz und lebte zuletzt in einer Pflege-WG. Individuelle Lebenslagen erfordern unterschiedliche Wohnformen im Alter. Wichtigstes Leitmotiv ist die Selbstbestimmung. Die meisten Menschen sehen diese zuhause gewahrt. Das Leben in der eigenen Wohnung ist aber im Pflegefall oft nicht mehr finanzierbar, Pflegeheime sind jedoch nur selten in der Lage, den Menschen Privatheit und Selbstbestimmung zu sichern.

Eine Alternative zum Heim ist die ambulant betreute Pflegewohngemeinschaft mit der Präsenz eines Pflegedienstes rund um die Uhr. Die Pflege-WG setzt eigentlich voraus, dass die Bewohner/innen beziehungsweise deren Vertretung durch Angehörige oder rechtliche Betreuer/innen eine aktive Rolle einnehmen und sich mit einem Pflegedienst und dem Vermieter die Verantwortung teilen. Die Verträge für Wohnen und Pflege müssen getrennt, die Wahl des Pflegedienstes frei sein. Soweit zur Theorie.

In Berlin hat sich mittlerweile ein Markt mit rund 500 Pflege-WGs entwickelt, begünstigt durch Tagespauschalen für Pflege und Betreuung von rund 100 Euro pro Tag. Allerdings werden diese Wohngemeinschaften in der Regel nicht mehr durch Angehörige, sondern durch Pflegedienste ins Leben gerufen. Das hat Folgen: Obwohl formal nur Gast, dominiert der Pflegedienst oft den Alltag. Wird am Personal gespart, leidet darunter die Selbstbestimmung der Mitglieder der Wohngemeinschaft.

Bewohner/innen und Angehörige müssen in ihrer Rolle gestärkt werden. Am besten, sie bilden eine Gemeinschaft, die die Aufträge vergibt – mit schriftlich festgelegten Regeln zum Beispiel darüber, wie Entscheidungen über Neueinzüge getroffen werden oder wofür das Geld aus der Gemeinschaftskasse ausgegeben wird. Sind keine Angehörigen vorhanden, ist es umso wichtiger, Menschen aus der Nachbarschaft, über Ehrenamt oder niedrigschwellige Angebote in die WG einzubeziehen.

Wurde das Modell der Pflege-WG anfangs vor allem für Menschen mit Demenz entwickelt, weitet sich der «Markt» auch für andere Pflegefälle aus. An sich begrüßenswert, aber es muss ein Konzept geben. Wohngemeinschaften sind keine Selbstläufer. Das Leben in der Wahlfamilie ist konfliktbeladen und braucht deswegen Begleitung und Unterstützung. Das können Paten oder Moderator/innen sein. Hierfür bedarf es öffentlicher Gelder und einer Forschung, die diese Projekte begleitet; WG-Fachstellen

sollten beratend zur Verfügung stehen. Dies wird umso wichtiger, je mehr Alten-WGs mit heute noch aktiven Bewohnern und Bewohnerinnen sich nach und nach auch zu Pflege-WGs entwickeln werden.

Thomas Birk, 2. Vorsitzender des Vereins Selbstbestimmtes Wohnen im Alter (SWA) und Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin. Zum Thema Alter und Pflege kam er aus privaten Gründen durch die langjährige Pflegebedürftigkeit seiner Mutter.



↑ Bärbel Wittenberg hilft ihrer 86-jährigen Mutter Ilse auch bei allen Haus- und Gartenarbeiten. Selbstverständlich macht sie das in ihrer Freizeit.

Mehr professionelle Pflege bitte!

Von **Hannelore Buls**

2 Das politische Verständnis zur Sicherung der Pflege folgt grundsätzlich immer noch dem bürgerlichen Familienmodell: Die pflegende Frau soll durch den (Ehe-)Mann (per Familien-Ernährer-Lohn plus Eheförderung) oder alternativ durch den Staat (per Grundsicherung) abgesichert werden. Der in der Pflegeversicherung verankerte Grundsatz der Subsidi-

diarität spiegelt dieses Lebensmodell wider: Häusliche Pflege durch Angehörige hat Vorrang. Sie soll durch die Leistungen der Pflegekassen unterstützt werden.

Pflege innerhalb der Familie gilt nicht als professionelle Beschäftigung, sie wird nicht entlohnt. Pflegende erhalten Pflegegeld als Transferleistung, die dem pflegebedürftigen Menschen zusteht, der (in der Familie) darüber entscheidet, wer es bekommt. Die Pflege bleibt so als unbezahlte Arbeit im häuslichen, privaten Bereich und geht nicht wachstumsfördernd in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein. Erst wenn professionelle Dienste hinzukommen, also Löhne gezahlt werden, wird Pflege Teil der ökonomischen Erfassung, generiert Einkommen, Steuerzahlungen und soziale Absicherung – die aber nicht den pflegenden Angehörigen zugute kommen. Um Existenzen zu sichern, muss die Finanzierung der Pflege also die private Sphäre verlassen.

In der Regel sind es zu mehr als 80 Prozent die angehörigen Frauen, die die Pflege übernehmen. Sie geben dafür ihren Beruf auf, sie gehen in Teilzeit und sind so auf finanzielle Versorgung angewiesen, entweder durch die Ehe/Familie oder durch die Grundsicherung sowie durch den Angehörigen, der gepflegt werden muss. Anspruch auf die Grundsicherung haben sie dabei erst, wenn sie selbst, der Partner und/oder die pflegebedürftige Person kein ausreichendes Einkommen mehr haben.

Wenn wir Frauen von und bei der Pflege entlasten wollen, muss diese Auslegung von Subsidiarität infrage gestellt werden, also der Vorrang der häuslichen Pflege vor der professionell erbrachten. Voraussichtlich erhöht mehr professionelle Pflege auch die Kosten. Pflegepolitik hat daher die Aufgabe vor sich, Pflegekassen-Beiträge und Pflege-Sätze zu überprüfen und anzuheben. Wenn Angehörige eine Pflege übernehmen, brauchen sie eine Lohnersatzleistung analog des Elterngeldes. Da durch die Übernahme einer Pflege wahrscheinlich auch in Zukunft das eigene Einkommen reduziert wird, müssen die bereits jetzt für Pflegende gewährten Renten-Entgeltpunkte (EP) aufgestockt werden, so dass eine der Kindererziehung gleichwertige Absicherung mit einem EP pro Jahr entsteht.

Hannelore Buls, bis 2012 Bereichsleiterin für Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di; Mitglied im Ausschuss für Frauenpolitik im Sozialverband Deutschland; seit November 2012 Vorsitzende des Deutschen Frauenrates.



↑ Die polnische Pflegerin Magda hat ihre Heimat verlassen und pflegt nun die 89-jährige Elfriede Winter rund um die Uhr.

Schluss mit der Geringschätzung

Von **Christa Wichterich**

3 Es gibt sichtbare und unsichtbare Krisen. Wie die Arbeit, die unsichtbar im Haus geleistet wird, ist die Krise der sozialen Reproduktion nicht täglich in den Nachrichten. Sie betrifft jedoch Alltags- und Lebenswelten existentieller als Börsenkurse. Die Gesellschaft, die an der Oberfläche immer fitter und effizienter wird, geht am Rollator: Es fehlt an Kitas, Burnout ist eine Volkskrankheit, frisch Operierte sollen im trauten Heim gesunden, Marginalisierte werden durch Tafeln verköstigt, immer mehr Alte brauchen Hilfe im Alltag. Der Pflege- und Betreuungsbedarf ist ein Fass ohne Boden. Wer kümmert sich? Wer legt Hand an, personen- und hautnah, wer versorgt?

Die Politik bemüht sich um ein kostengünstiges Management der Probleme oder

aber um eine Verschiebung aus dem Öffentlichen ins Private. Dies geschieht mithilfe a) der Familiarisierung oder Ver«ehrenamt»lichung von Pflege und Betreuung, für die rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen vom Betreuungsgeld bis zur Pflegeversicherung geschaffen und auf Frauen zugeschnitten werden, b) durch die Legalisierung der zirkulären Migration von osteuropäischen Altenpflegerinnen. Diese politischen Maßnahmen haben gemeinsam, dass sie preiswerte und private Formen der Problembewältigung sind, die Betreuung und Pflege als individuelle Dienstleistung, bezahlt oder unbezahlt, nicht aber als Angelegenheit des Gemeinwohls und des Solidarprinzips verstehen.

Auf dem Markt wird die Krise der sozialen Reproduktion dadurch verschärft, dass die Sorgearbeit so billig und so effizient wie möglich sein muss. Deshalb wird zum Beispiel die Altenpflege in Module und Akkord gepresst. Die Proteste und Streiks von Kita-Beschäftigten und angestellten Lehrer/innen, von Alten- und Krankenpfleger/innen sind Alarmsignale, dass es nicht so weitergehen kann mit der Geringschätzung und Geringentlohnung dieser Arbeit und mit dem Diktat der Effizienz. Denn sie machen Qualitätsversorgung mit Menschlichkeit unmöglich.

Transnationale Sorgeketten sind ebenfalls eine widersprüchliche und zudem imperiale Form, soziale Reproduktion zu organisieren. Wenn die globalen Mittelschichten die notwendige Sorgearbeit an sozial schwache, migrantische Arbeitskräfte verlagern, geht dies auf Kosten anderer. Denn wo in Deutschland durch Migration ein Zugewinn an Sorgekapazitäten erfolgt, entsteht auf den Philippinen oder in der Ukraine eine Versorgungslücke.

Ohne a) eine massive Umbewertung von Sorgearbeit durch Aufwertung als sozial existenzsichernde Arbeit und Entprekariisierung und b) eine Umverteilung zwischen den Geschlechtern und zwischen dem Öffentlichen und Privaten kann es keine strukturelle und dauerhafte Lösung der Krise sozialer Reproduktion geben.

Christa Wichterich ist Soziologin und war als freiberufliche Publizistin, Buchautorin und Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Derzeit lehrt sie als Gastprofessorin für Geschlechterpolitik an der Universität Kassel.

Politische Stellschrauben und persönliche Visionen

Das deutsche Gesundheitssystem erinnert an Verhältnisse auf hoher See: 90 Prozent der Bevölkerung fährt auf einem riesigen, etwas schwerfälligen Tanker. Für die Überfahrt zahlt man je nach Einkommen einen Obolus und darf dafür erwarten, dass man vernünftiges Essen bekommt und eine Koje, auch wenn man bei der Essenausgabe oft anstehen muss. Auf den Tanker werden automatisch alle geleitet, die in Lohn und Brot stehen, erwerbslos sind oder Rentner. Alle übrigen, also Gutverdienende, Selbstständige und Beamte, entscheiden sich dagegen für eine smarte Yacht, wo man zwar viel mehr bezahlen muss und Ehefrau und Kinder ein eigenes Ticket brauchen, aber auf der man erwarten kann, in seiner Luxuskabine äußerst zuvorkommend bedient zu werden.

Auch Yachten können in Seenot geraten

Das geht alles so lange halbwegs gut, wie sich auf dem Tanker nicht zu viele arme Schlucker versammeln und sich für die Fahrt auf der Yacht genügend wohlhabende, junge und gesunde Mitreisende finden, die wenig Versorgung brauchen. Sonst nämlich wird das Vergnügen teuer, weil der Ticketpreis nach Ausgabenrisiko kalkuliert wird. Auf dem Tanker dagegen ist es selbstverständlich, dass die Stärkeren die Schwächeren mitnehmen.

Aber sowohl der Tanker als auch die Yacht laufen Gefahr, in Seenot zu geraten. Dann nämlich, wenn sich vom Tanker diejenigen verabschieden, die sich die Yachtreise ebenfalls leisten können, zum Beispiel, weil sie keinen Familienanhang haben. Oder aber die unberechenbaren Wellengänge der Ökonomie den Tanker in unruhige See bringen. Die Reeder der Yacht wiederum kämpfen mit steigenden Preisen und

«90 Prozent der Bevölkerung fährt auf einem riesigen, etwas schwerfälligen Tanker ... Alle übrigen, also Gutverdienende, Selbstständige und Beamte, entscheiden sich dagegen für eine smarte Yacht.»

immer älter werdenden Kunden. Die Tarife klettern in die Höhe, und am Ende können sich das nur noch wenige Leute leisten. Das ganze Geschäft funktioniert nicht mehr.

Deshalb wäre es eigentlich viel vernünftiger, wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden würden, um diese Risiken gemeinsam zu schultern. Dann würde jeder entsprechend seinem Einkommen, egal ob es aus Erwerbsarbeit, Zinsen, Dividenden oder Mieten stammt, für den Eintritt bezahlen, man könnte den Tanker etwas wetterfester ausstatten und möglicherweise sogar den Service verbessern. Zwar hätten die einstigen Yachtreisenden nicht mehr das Gefühl, etwas Besseres zu sein, aber immerhin die Befriedigung, etwas für die zu tun, denen das Schicksal übel mitspielt. Vielleicht würde der eine oder andere Jüngere etwas mehr bezahlen müssen als vorher, aber er könnte sicher sein, dass er sich im Alter die Fahrkarte auch noch leisten kann.

Das Modell, von dem hier die Rede ist, nennt sich Bürgerversicherung, und es kam in Mode, als um die Jahrtausendwende die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ins Straucheln geriet, weil aufgrund steigender Arbeitslosigkeit die Einnahmen dramatisch zurückgingen, während die Gesundheitskosten stiegen. Als Erfinder gilt der Gesundheitsökonom Karl Lauterbach, als er noch als Berater von SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt fungierte. Das Vorhaben fand so viel Widerhall, dass es gleich drei Parteien – SPD, Bündnisgrüne und Linkspartei – in unterschiedlicher Ausgestaltung in ihr Parteiprogramm aufnahmen.

Bürger empfinden das Modell als gerecht

Was zunächst nur wie eine bequeme Ausweitung der Finanzierungsgrundlagen des Gesundheitssystems aussieht, indem nicht nur alle Einkommensarten, sondern überhaupt alle Bürger in die Pflicht genommen werden, stößt in der Bevölkerung auf positive Resonanz, weil es viel gerechter erscheint als das bisherige System. Denn das in Europa ohnehin einmalige Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung gründet in den spätfeudalen Verhältnissen des 19. Jahrhunderts, und es

Die Bürgerversicherung würde ein Ende mit der Zweiklassenmedizin machen. Und wäre ein Fundament gegen die Altersarmut.

Sicher auf hoher See

«Aber sowohl der Tanker als auch die Yacht laufen Gefahr, in Seenot zu geraten. Dann nämlich, wenn sich vom Tanker diejenigen verabschieden, die sich die Yachtreise ebenfalls leisten können ... Die Reeder der Yacht wiederum kämpfen mit steigenden Preisen und immer älter werdenden Kunden.»

gibt keinerlei triftige Gründe – mit Ausnahme, dass die Privatversicherungen um ihr Geschäftsmodell fürchten –, weshalb Selbstständige oder Beamte versicherungstechnisch anders behandelt werden sollten als alle übrigen Erwerbstätigen und Bürger, die von Mieteinkünften oder Kapitalerträgen leben, überhaupt nicht in die Versicherungspflicht genommen werden.

Natürlich ist auch eine Bürgerversicherung – von den Gegnern gerne als «Einheitsversicherung» schlechtgeredet – keine absolute Garantie für die Stabilität des Gesundheitssystems, und es gibt viele offene Fragen. Wie beispielsweise soll mit den Angehörigen verfahren werden, die heute in der GKV mit-versichert sind? Soll die bestehende Beitragsbemessungsgrenze (also die Grenze des zu versichernden Einkommens) bestehen bleiben oder angehoben oder ganz abgeschafft werden, wie Grüne und Linkspartei fordern? Umstritten ist auch der Umgang mit Zins-einkommen und Mieten, die die SPD nicht unmittelbar einbeziehen will, weil der Verwaltungsaufwand zu groß wäre. Unterschiedliche Vorstellungen gibt es außerdem darüber, in welcher Höhe die Arbeitgeber mit von der Partie sein sollen, ob der Staat für die sozial Schwächeren einspringen muss und wie man die Bürgerversicherung demografiefest gestaltet.

Modell ließe sich auf Rentenversicherung ausweiten

Aber die Vorteile liegen auf Hand: Das Zweiklassenmedizin-System in Deutschland hätte endlich ein Ende. Keine Frage bei der Terminvergabe mehr, ob man privat oder gesetzlich versichert ist. Kein mulmiges Gefühl im Sprechzimmer, dass der Patient in der

Privatsprechstunde vielleicht doch besser versorgt wird. Aber auch keine überflüssigen Behandlungen von Privatpatienten mehr. Oder vor allem keine Angst, sich irgendwann überhaupt noch Krankenversicherung leisten zu können.

Wenn keiner mehr auf der Yacht fährt, das ist wahr, verliert das Bordpersonal seine Jobs. Rund 100.000 Arbeitsplätze sollen, so ein bislang nicht veröffentlichtes Gutachten von Verdi, in der privaten Versicherungswirtschaft verloren gehen. Aber das wird über kurz oder lang auch in der Autoindustrie geschehen oder, hoffentlich, in der Rüstungsindustrie. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist jedenfalls kein gutes Argument dafür, dass eine zerstörende Produktion oder fragwürdige Geschäftsmodelle weiter existieren.

Außerdem werden im Rahmen der Bürgerversicherung möglicherweise auch neue Verwaltungsaufgaben nötig. Das Modell ließe sich außerdem auf die Rentenversicherung ausweiten, wie kürzlich die Bertelsmann-Stiftung vorschlug. Wenn nämlich auch hier alle entsprechend ihrer Gesamteinkommen in eine gemeinsame Rentenkasse einzahlen würden, ließe sich daraus zumindest ein Fundament bauen, um die Alterseinkommen armutsfest zu machen.

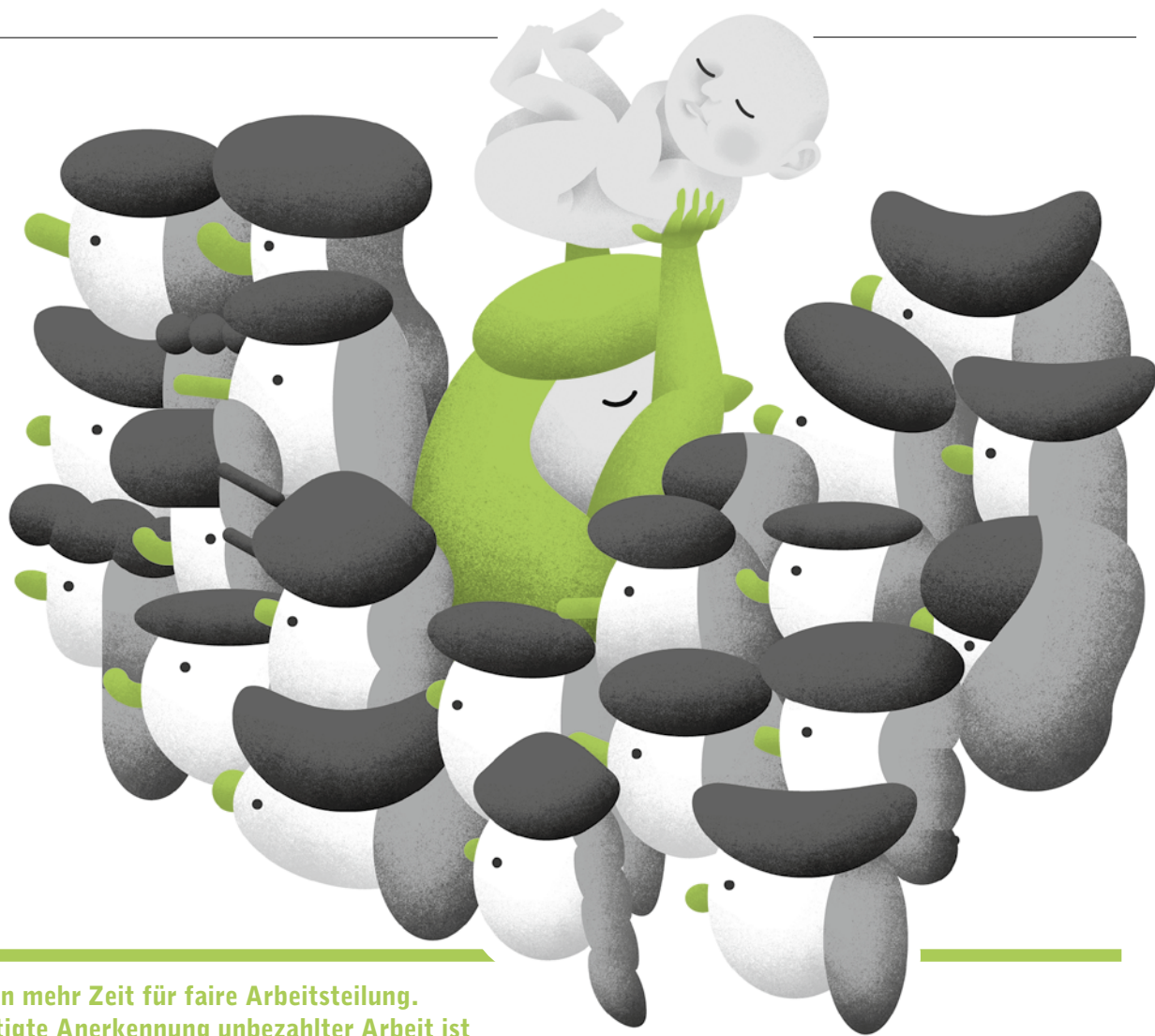
Solidarität wird erlebbar

Aber, wie schon gesagt, ein Allheilmittel ist die Bürgerversicherung auch in diesem Fall nicht, jedenfalls nicht ohne flankierende Maßnahmen. Einer nicht erwerbstätigen Ehefrau, der der Mann wegläuft, nützt es wenig, dass er in die Bürgerkasse einbezahlt hat, wenn sie hinterher ohne Arbeit dasteht. Deshalb müssen alle Anreize beseitigt werden, die Frauen zuhause halten und in falscher Sicherheit wiegen: Ehegattensplitting, Betreuungsgeld und vom Ehemann abgeleitete Witwenrenten. Ob das Kind am Ende «grüne Garantierente» heißt oder sozialdemokratisch «Solidarrente» ist egal, Hauptsache, sie ist auskömmlich und sichert eine menschenwürdiges Leben.

Die Bürgerversicherung ist attraktiv, weil sie Bürgerinnen und Bürger emanzipiert von persönlicher oder staatlicher Abhängigkeit. Und sie nimmt ernst, was neoliberale Politiker nur im Munde führen: Leistungsgerechtigkeit. Wenn aber der Kapitalmarkt versagt und die Leistungsgesellschaft ihre Zusicherungen nicht für alle einhält, sollten die, die es besser getroffen haben, für die anderen eintreten. In der Bürgerversicherung liegt das Sinnversprechen erlebbarer Solidarität. ■■■

Ulrike Baureithel arbeitet als freie Journalistin in Berlin mit Schwerpunkt Gesundheits- und Sozialpolitik, Biopolitik und Geschichte. Sie ist außerdem Lehrbeauftragte an der HU Berlin und Literaturkritikerin.

Politische Stellschrauben und persönliche Visionen



Familien brauchen mehr Zeit für faire Arbeitsteilung.
Die gleichberechtigte Anerkennung unbezahlter Arbeit ist
eine Voraussetzung dafür.

Tempo runter!

Von **Susann Worschech**

Wenn das Statistische Bundesamt in einigen Monaten die Ergebnisse der nunmehr dritten Erhebung zur Zeitverwendung in Deutschland veröffentlicht, werden erstmals auch Daten zum subjektiven Zeitempfinden vorliegen. Es ist zu erwarten, dass Zeitstress insbesondere bei jüngeren Erwachsenen eine große Rolle spielt, weil Lebensphasen und Arbeitsformen flexibler werden. Männer möchten mehr Zeit in die Familie investieren, und für die allermeisten Frauen hängt hinter der Frage nach der Karriere kein mit «oder»

eingeleiteter Halbsatz mehr. Individuelle Zeitbudgets müssen damit neu ausgehandelt werden.

Die steigenden Zeitbedarfe für Familien- und Erwerbsarbeit verdichten sich in einem Prozess der Beschleunigung, der in einen Zustand mündet, den Soziologen als Rushhour des Lebens bezeichnen: Während der Berufseinstieg gelingen muss, ist parallel das Zeitfenster für Partnerwahl und Familiengründung relativ eng. Zugleich müssen Netzwerke gepflegt werden, möglicherweise alternde Eltern versorgt und bür-

gerschaftliches Engagement weitergeführt werden. Die in dieser Lebensphase – meist zwischen 30 und 40 Jahren – getroffenen Weichenstellungen wirken sich in den darauffolgenden Lebensjahrzehnten noch aus. Indem Männer und Frauen Zeitkontingente unterschiedlich nutzen und viele kleine ungleiche Entscheidungen treffen, entsteht Geschlechterungerechtigkeit.

Wenn in der Phase der Familiengründung ein Mindestmaß an Sicherheit nicht gegeben ist, zum Beispiel aufgrund befristeter Arbeitsverhältnisse, ist es für junge Fami-

lien sinnvoll, dass beide Partner sich auf je einen Aufgabenbereich konzentrieren – Erwerbsarbeit oder Familie. Diese meist für eine bestimmte Zeitspanne geplante Arbeitsteilung wird strukturell verlängert – durch ungleiche Kontingente der Elternzeit (die zwei sogenannten Vätermomente), durch das Ehegattensplitting, aber auch durch den Sicherheits- und Karrierevorteil, den der erwerbstätige Partner erarbeiten konnte. Beide Partner spezialisieren sich im jeweiligen Aufgabenbereich. In der Folge verstetigt sich diese Arbeitsteilung, weil ein Rollentausch ökonomisch unsinnig wäre – ein Teufelskreis. Die Einkommensdifferenzen und unterschiedliche Beteiligung an der Erwerbsarbeit von Männern und Frauen bleiben bestehen.

Dieser «Teufelskreis» ist keine zwingende Entwicklung – wenn auch eine empirisch häufige. Paare, die versuchen, aus dem Teufelskreis auszubrechen, müssen mit größeren materiellen wie zeitlichen Belastungen rechnen. Während die traditionelle Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern oft eine Entschleunigung der Rushhour ist, steigert der Versuch einer geschlechtergerechteren Aufteilung das Tempo eher noch einmal. Der Druck, alles zugleich möglichst erfolgreich zu schaffen, erhöht sich und reduziert die jeweiligen Zeitkontingente für einzelne Tätigkeiten.

Für alles weniger Zeit – das funktioniert nicht

In der Konsequenz müsste die Effizienz gesteigert werden, um in weniger Zeit mehr abzuarbeiten, aber insbesondere die Bereiche des Sozialen entziehen sich dieser Logik. Man kann ein Buch nicht sinnvoll schneller vorlesen, eine politische Debatte nicht schneller führen. Die Idee der «Vereinbarkeit» funktioniert nur, wenn einzelne Zeitkontingente reduziert werden, anstatt sie aufzusummieren. Gerade Familienarbeit lässt sich per se nur begrenzt reduzieren.

Anerkennung – ein Weg, die Rushhour des Lebens zu entschleunigen

Kann es einen dritten Weg geben, kann die Rushhour des Lebens so entzerrt werden, dass Frauen und Männer gleichberechtigte Lebensentwürfe verfolgen können? Ein Schlüssel für diesen Weg ist die gleichberechtigte Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Produktion und Reproduktion. Sie findet in drei Dimensionen statt: symbolisch, materiell und interaktiv.

Eine symbolische Anerkennung wäre es, wenn Eltern- und Pflegezeiten in Lebensläufen sich auch positiv auf die Karrierechancen in der Erwerbsarbeit auswirken, weil Arbeitgeber/innen (am besten aus eigener Erfahrung) wissen, wie flexibel, belastbar, kreativ, zuverlässig und engagiert Menschen sind, die eine Familie managen.

In der materiellen Dimension manifestiert sich Anerkennung durch mehr Sicherheit in jener prekären Phase, welche die Rushhour charakterisiert. Arbeitnehmer/innen mit Familienaufgaben brauchen mehr Verbindlichkeit ihrer Existenzsicherung. Dazu zählen:

- ein Elternzeit-Grundeinkommen. Das derzeitige einkommensabhängige Elterngeld diskriminiert Eltern, die beruflich noch nicht etabliert, in Ausbildung oder nicht erwerbstätig sind, und ist nicht Existenzsichernd – womit eine geschlechtsspezifische klassische Arbeitsteilung wahrscheinlicher wird. Zugleich muss eine paritätische Aufteilung der Elternzeit umgesetzt werden, da die derzeitige Mindestaufteilung den Teufelskreis der unterschiedlichen Spezialisierung befördert.
- ein besserer Kündigungsschutz über den Zeitraum der Elternzeit hinaus.
- eine grundsätzliche Begründungspflicht für befristete Arbeitsverträge sowie eine Verlängerungspflicht der Verträge um den Zeitraum der Elternzeit.
- mehr Teilzeit-Optionen sowie flexiblere Arbeitszeiten, die es zulassen, die Anwesenheitszeiten im Beruf an die Realitäten der Kinderbetreuung anzupassen.
- ein Anspruch auf eine 35-Stunden-Woche für Eltern von unter dreijährigen Kindern mit vollem Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse. So würde insbesondere Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert und Männern wie Frauen die Möglichkeit gegeben, ihre Kleinkinder weiterhin selbst zu betreuen, wenn sie dies wünschen.
- die gesetzlich verankerte Möglichkeit von Sabbaticals. Weil es ein gesamtgesellschaftliches Interesse daran gibt, dass Menschen sich weiterbilden und durch ihre Partizipation die Demokratie lebendig halten, bedarf es dafür mehr Zeitressourcen.

→ eine Ausweitung des Rechtsanspruches auf Pflegezeit auf zwölf Monate und auf alle Arbeitnehmer/innen – auch jene in kleinen Betrieben. Parallel dazu würde ein Pflege-Grundeinkommen die Pflegearbeit wertschätzen und sie vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern überhaupt erst ermöglichen.

→ eine Ausweitung des Rechtsanspruches auf Pflegezeit auf zwölf Monate und auf alle Arbeitnehmer/innen – auch jene in kleinen Betrieben. Parallel dazu würde ein Pflege-Grundeinkommen die Pflegearbeit wertschätzen und sie vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern überhaupt erst ermöglichen.

→ eine Ausweitung des Rechtsanspruches auf Pflegezeit auf zwölf Monate und auf alle Arbeitnehmer/innen – auch jene in kleinen Betrieben. Parallel dazu würde ein Pflege-Grundeinkommen die Pflegearbeit wertschätzen und sie vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern überhaupt erst ermöglichen.

→ eine Ausweitung des Rechtsanspruches auf Pflegezeit auf zwölf Monate und auf alle Arbeitnehmer/innen – auch jene in kleinen Betrieben. Parallel dazu würde ein Pflege-Grundeinkommen die Pflegearbeit wertschätzen und sie vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern überhaupt erst ermöglichen.

In der interaktiven Dimension geht es darum, Zeitkontingente für unbezahlte Arbeit neu auszuhandeln. Möglichkeiten dazu sind:

→ die Förderung von Großelterndiensten, Mehrgenerationenhäusern und weiterer Nachbarschaftshilfe. Wo früher die Großfamilie Kinder und ältere Menschen mit versorgte, stehen Eltern heute oft alleine da. Die aktive Unterstützung der Nachbarschaftshilfe oder die Vermittlung von «Wahlgroßeltern» könnte helfen, die Familienarbeit auf mehrere Schultern zu verteilen und Eltern mehr Optionen für die Aufteilung ihrer bezahlten und unbezahlten Arbeit zu bieten.

→ Ein familienfreundliches Arbeitsumfeld: Arbeitgeber/innen sollten dafür Sorge tragen, wichtige Sitzungen u. ä. nicht nach 16 Uhr stattfinden zu lassen. Ein Feierabend, der noch Zeit für Privates zulässt, muss Normalität werden, so dass Menschen aufgrund ihrer Zeitbedürfnisse nicht von relevanten Veranstaltungen, die über Karrierechancen entscheiden können, exkludiert werden. Das Beispiel Norwegen zeigt seit vielen Jahren, dass familienfreundliche Arbeitszeiten für alle und hohe ökonomische Produktivität kein Gegensatz sind.

Dass Arbeitgeber/innen nicht nur Frauen als Mütter, sondern auch Männer als Väter betrachten, sollte selbstverständlich werden. Wenn Männer gleichermaßen Elternzeit nehmen und mit dem Kind zum Arzt gehen, schwindet nicht nur der potenzielle Karriereanteil von Frauen. Familienfreundlichkeit signalisiert allen Arbeitnehmer/innen Respekt vor ihren privaten Verpflichtungen und trägt so zu einem besseren und produktiveren Arbeitsklima bei.

Eine an gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbs- und Familienleben ausgerichtete Politik muss darauf achten, dass die vielen einzelnen Entscheidungen von Paaren über die Aufteilung ihrer Zeitressourcen nicht in unumkehrbare Einbahnstraßen münden. ■■■

Susann Worschech, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, promoviert an der Europa-Universität Viadrina. Ihre Schwerpunktthemen sind Demokratisierung, Zivilgesellschaft, Sozialpolitik und Gender. Für das Gunda-Werner-Institut arbeitet sie seit 2008 im Bereich der eigenständigen Existenzsicherung und hat u. a. Texte zum bedingungslosen Grundeinkommen, feministischer Steuerpolitik und Care-Ökonomie publiziert.

Politische Stellschrauben und persönliche Visionen

Warum bei einer 30-Stunden-Woche alle nur gewinnen könnten

Weniger ist mehr

Ein Plädoyer von **Heinz-J. Bontrup**

Eine gute Botschaft vorweg: Arbeitszeitverkürzung tut allen gut. Den Arbeitslosen und Unterbeschäftigten genauso wie den Vollzeitbeschäftigten. Und Arbeitszeitverkürzung ist auch aus Sicht der Geschlechterperspektive ein großer Vorteil. Sie ermöglicht eine gerechtere Aufteilung von Familien- und Sorgearbeit zwischen Mann und Frau und schafft die Freiräume für politische und gesellschaftliche Arbeit bis zu Ehrenämtern. Arbeitszeitverkürzung reduziert die fremdbestimmte Zeit in einem Unternehmen und erhöht entsprechend die selbstbestimmte Zeit.

Und die beste Nachricht: Ökonomisch wäre die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung ganz einfach. Wenn in einer Volkswirtschaft die Produktivität um zwei Prozent zulegt, dann kann der Lohnsatz um diese zwei Prozent steigen und gleichzeitig die Arbeitszeit um zwei Prozent gesenkt werden. Das bedeutet, wir hätten eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Und Arbeitslose und Unterbeschäftigte hätten wieder Arbeit, und zwar zu den selben Bedingungen wie die bereits Beschäftigten. Dies ist im Ergebnis lohnstückkostenneutral, das heißt, die Lohnkosten pro produzierter Leistungseinheit bleiben konstant. Und das Schöne für Unternehmer: Auch ihre Gewinne steigen automatisch um zwei Prozent in Höhe der Produktivitätsrate. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist damit nicht nur stückkostenneutral, sondern auch im Hinblick auf die arbeitszeitig geschaffene Wertschöpfung verteilungsneutral, was bedeutet, dass sich an der Lohn- und Gewinnquote nichts ändert.

Alle gewinnen demnach und trotzdem gab es nach der Veröffentlichung des «Offenen Briefes zur 30-Stunden-Woche» in der taz heftige Polemik, wie u.a. «Mottenkrise» (Arbeitgeberverbände) oder «die

Gruft der 70er-Jahre öffnet sich» (Prof. Michael Hüther), und es wurden viele Phrasen gedroschen wie «das wäre das Todesurteil für die deutsche Industrie» (Unionsfraktionsvize im Bundestag Michael Fuchs). Nicht zu erwarten war dagegen, dass sich Gewerkschaftsvorstände zunächst so zurückhielten. Dann kam eine schroffe Ablehnung. Die Beschäftigten würden keine Arbeitszeitverkürzung wollen, sondern mehr Lohn. Obwohl diese Behauptung durch keine wissenschaftlich fundierte Untersuchung verifiziert wird, mag das sogar richtig sein. Denn die Beschäftigten haben aufgrund der neoliberal intendierten Umverteilung seit Jahren reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Dann zählt die Kaufkraft bei den Beschäftigten überproportional.

Warum steigt der Lohn aber nicht mit der Inflations- und Produktivitätsrate? Die Antwort ist wieder einfach: Weil die Ware Arbeitskraft nicht knapp ist beziehungsweise wir in Deutschland Massenarbeitslosigkeit haben und in den Betrieben Angst umgeht, mit der die Unternehmer die Beschäftigten klein halten und disziplinieren – mittlerweile bis zu devoten Verhaltensweisen der Abhängigen.

Die Gesellschaft würde von gigantischen Kosten befreit

Verzichten die Beschäftigten auf Verkürzungen der Arbeitszeit, so kommt es letztlich sogar zu einem irrationalen Verhalten: Statt weniger Arbeitskraft anzubieten, was eine ökonomisch rationale (normale) Reaktion wäre, bieten sie, um ihr individuelles Einkommen zu halten, immer mehr davon an, so dass am Ende alle Beschäftigten im Niedriglohnsektor landen. Übrigens sind da die Unternehmer anders unterwegs. Verfallen die Preise für ihre Waren an den Gütermärkten, dann verknappen sie ihr Angebot sofort oder sie bilden ein widerrechtliches Kartell. Die legalen und notwendigen Kartelle der abhängig Beschäftigten, die Gewerkschaften, schaffen es aber offensichtlich nicht, den notwendigen Verknappungsprozess durch adäquate Arbeitszeitverkürzungen auf den Weg zu bringen. Wenn man natürlich in den Tarifverhandlungen nur auf reine Lohnrunden setzt und Arbeitszeitverkürzungen ausklammert, dann gelingt es nicht.

Weniger Burnout, weniger Scham

Dabei verbessert erstens eine 30-Stunden-Woche nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern beendet zweitens auch den Ausschluss der Arbeitslosen aus der Gesellschaft, ihr Minderwertigkeitsgefühl, ihre Scham, und bringt sie wieder in Arbeit und Brot. Auch wird durch Arbeitszeitverkürzung die geschlechtergerechtere Aufteilung der Hausarbeit, der Erziehungs- und Pflegearbeit nachhaltig verbessert und die Lebensplanung insgesamt viel freier durch weniger fremdbestimmte Arbeit. Nicht zuletzt brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung auch, um

mehr Zeit zu haben für ein gesellschaftliches und politisches Engagement. Und drittens wird die Gesellschaft als Ganzes von jährlich 50 bis 70 Milliarden Euro fiskalischer Kosten für Massenarbeitslosigkeit befreit. Hieran müsste insbesondere die Politik ein Interesse haben. Wäre die Wirtschaft, nur gerechnet für die Jahre von 2001 bis 2011, vollbeschäftigt gewesen, dann hätte der Staat im selben Zeitraum nicht zusätzlich 623,3 Milliarden Euro neue Schulden machen müssen, sondern im Gegenteil die öffentlichen Haushalte hätten einen Überschuss in Höhe von 17,3 Milliarden Euro verbuchen können. Die größte Ursache für Staatsverschuldung in Deutschland ist die seit fast vierzig Jahren bestehende Massenarbeitslosigkeit. Dies scheint nicht im Bewusstsein der herrschenden Politik zu sein; sie hat sich offensichtlich mit Arbeitslosigkeit abgefunden. Die Unternehmer können bestens damit leben.

Die Arbeit wird nicht ausgehen

Es gab aber auch ernstzunehmende Kritik gegen eine 30-Stunden-Woche. Natürlich ist es ein Problem, das durch Arbeitszeitverkürzung freigesetzte Arbeitsvolumen qualifikatorisch und räumlich eins zu eins zu kompensieren. Die Arbeitslosenquoten und auch die Qualifikationen der Menschen sind regional nicht gleichverteilt. Dies wird berufliche und arbeitsplatzbezogene Anpassungsprozesse implizieren, die aber über Qualifizierungsmaßnahmen mit staatlicher Unterstützung realisierbar sind. Allerdings ist es eine Beleidigung der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, sie seien unisono nicht hinreichend ausgebildet und qualifiziert genug, um das durch Arbeitszeitverkürzung freiwerdende Arbeitsvolumen zu kompensieren. Die große Masse ist es. Und außerdem haben die meisten Arbeitsprozesse in einer hocharbeitsteiligen Wirtschaft allenfalls einen repetitiven Charakter. Nicht alle müssen (können) in einer Gesellschaft Ingenieure, Rechtsanwälte, Ärzte, Lehrer oder Professoren sein (werden). Das Argument, dass es große regionale Unterschiede gibt, was Qualifikation und Arbeitslosigkeit angeht, wiegt da schwerer. Hier wird der Staat monetäre Anreize zur Mobilität setzen und auch kleinen Betrieben bei der Anpassung helfen müssen.

Trotz alledem: Das wichtigste Argument für eine Arbeitszeitverkürzung, dies sei allen Kritikern noch einmal gesagt, ist und bleibt der seit langem in Deutschland vorliegende empirische Tatbestand, dass das reale rückläufige Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, um die stetig weiter steigenden (wenn auch nachlassenden) Produktivitätsraten auszugleichen. Daran wird sich auch in Zukunft trotz der demographischen Entwicklungen nichts ändern. Das Ergebnis ist: Das Arbeitsvolumen (Beschäftigte multipliziert mit der Arbeitszeit) geht weiter zurück. Sollte es dennoch zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens kommen, wird dieser nicht ausreichend sein, um die hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu beseiti-

«Eine kürzere Arbeitszeit ermöglicht auch eine gerechtere Aufteilung von Familien- und Sorgearbeit zwischen Mann und Frau und schafft die Freiräume für politische und gesellschaftliche Arbeit bis hin zu Ehrenämtern.»

gen. Natürlich kann man jetzt versuchen, wie dies reine Wachstumsfetischisten machen, über steigende Löhne eine entsprechende Nachfrage an den Gütermärkten und damit auch an den Arbeitsmärkten zu entfalten. Auch die Unterzeichner des «Offenen Briefes» (30-Stunden-Woche fordern! Ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder Vollbeschäftigung)* sind ganz dezidiert für eine Umverteilung von den Besitzeinkünften (Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten) zu den Arbeitseinkommen (Löhne und Gehältern), um die Kaufkraft zu erhöhen. Dies wird, wie oben ausgeführt, aber nur gelingen, wenn die Arbeitsmärkte einigermaßen im Gleichgewicht sind und durch Arbeitszeitverkürzungen keine Massenarbeitslosigkeit mehr besteht. Und wir sind auch der Meinung, obwohl uns einige Kritiker das Gegenteil unterstellen, dass in Deutschland die Arbeit nicht ausgeht. Sicher gibt es im öffentlichen Sektor, was die Infrastruktur, den Bildungsbereich oder auch fehlende öffentliche Dienstleistungen anbelangt, noch viel zu tun. Hier könnten sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Dagegen wird in der privaten Wirtschaft viel überflüssiger Schrott produziert, den im Grunde keiner benötigt. Wir wollen nicht nur einfach wachsen, sondern, ohne weitere riesige Umweltprobleme zu schaffen, ein sozial-ökologisch ausgerichtetes Wachstum auf den Weg bringen. Und dies mit einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung verknüpfen, die Wohlfahrt und Zufriedenheit für alle bringt.

In der Vergangenheit wurde viel versäumt, deswegen wird eines nicht mehr gelingen: Die 30-Stunden-Woche wird sich nicht innerhalb eines Jahres umsetzen lassen. Es werden mindestens fünf Jahre nötig sein, mit einer Verkürzung der Arbeitszeit um fünf Prozent in jedem Jahr. Um das zu finanzieren, wäre eine Produktivitätsrate von ebenfalls fünf Prozent pro Jahr nötig, die aber nicht realistisch ist. In den Jahren 2000 bis 2012 lag sie im Jahresdurchschnitt nur bei 1,22 Prozent. Das heißt, etwa vier Prozentpunkte müssten durch eine Umverteilung aus den Besitzeinkommen zur Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung aufgebracht werden. Vor dem Hintergrund der gigantischen Umverteilung seit dem Jahr 2000 in Höhe von gut einer Billion Euro zu den Besitzeinkünften ist dies jedoch kein Problem, wären da nicht die Kapitalisten und die ihnen nahestehenden Parteien, die was dagegen haben, von ihrem Reichtum etwas abzugeben. ■■

Heinz-J. Bontrup ist seit 1996 Hochschullehrer an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Campus Recklinghausen für Wirtschaftswissenschaft mit dem Schwerpunkt Arbeitsökonomie.

* Der «Offene Brief an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände und Kirchenleitungen in Deutschland» wurde von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup und Prof. Dr. Mosshen Massarrat verfasst und von 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet.

Politische Stellschrauben und persönliche Visionen

Verheiratete gehören in Deutschland zu den geschützten Arten, ähnlich wie die Waldohreule, das Birkhuhn oder die kleine Hufeisennase. Im Grundgesetz Artikel 6, Absatz 1 steht es klar geschrieben: «Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.» Worauf dieser besondere Schutz gründet, wurde vom Verfassungsgericht und anderen konservativen Schutzbeauftragten seither öfter ausbuchstabiert: Die Ehe ist als Vorstufe zur Familie die «Keimzelle jeder menschlichen Gemeinschaft, deren Bedeutung mit keiner anderen menschlichen Bindung verglichen werden kann». Hier – und scheinbar nur hier, wie auch Familienministerin Kristina Schröder gerne betont – übernehmen zwei Menschen Verantwortung füreinander. Kein Wunder, dass diese zwar nicht seltene, aber doch so edle Form des Zusammenlebens von Mann und Frau vom Staat ganz besonders subventioniert und protegert werden muss.

Ganz kurz bleibt einem die Spucke weg ob dieser Behauptung und man fragt sich unweigerlich, wann die Richter/innen des Bundesverfassungsgerichts oder unsere Familienministerin sich zuletzt in der Gesellschaft umgesehen haben oder in welchem Umfeld sie sich bewegen. Dass sie vermutlich keine queeren Menschen in ihrem näheren Bekanntenkreis haben, die in polyamourösen Dreier-, Vierer- oder Nachmehr-Konstellationen leben, kann man sich ja noch vorstellen. Aber hat Kristina Schröder tatsächlich keine unverheirateten Paare in ihrem Freundeskreis, die «Verantwortung füreinander übernehmen»? Fehlen ihr derart die Anschauungsobjekte für funktionierende Beziehungskonstellationen jenseits der schützenswerten Hetero-Ehe, dass sie sich einfach nicht vorstellen kann, wie so etwas geht? Dass Menschen heute einfach anders über Liebe, Treue, Verantwortung und Vertrauen nachdenken, wenn es um Partnerschaft, Beziehung oder die gemeinsame Familienplanung geht?

Zu Zeiten Konrad Adenauers mögen der Artikel 6, Absatz 1 und das Ehegattensplitting, das als eine unter mehreren Schutzmaßnahmen eingeführt wurde, noch eine Berechtigung gehabt haben. In einer Gesellschaft, die moralisch so rigide geregelt war wie das 50er-Jahre-Nachkriegsdeutschland, war die Ehe die einzig legitime Option für ein Heteropaar, das Kinder haben oder auch nur eine Wohnung mieten wollte, ohne unter das Kuppelgesetz zu fallen. Wenn heute aber auf der einen Seite 40 Prozent aller Ehen wieder geschieden werden, ohne großen Aufhebens, auf der anderen Beziehungen ohne Trauschein jedes gesellschaftliche Stigma verloren haben: Welchen Anlass haben Menschen, die sich lieben, dann noch, davon auszugehen, dass ein Ehevertrag tatsächlich mehr Verlässlichkeit, Treue oder Verantwortung implizieren soll als eine außergerichtliche

Die Ehe steht in Deutschland als vermeintliche «Keimzelle der Gesellschaft» unter einem besonderen Schutz. Dabei übernehmen Menschen heute längst in allen möglichen Beziehungskonstellationen Verantwortung füreinander.

Die Besten ihrer Art

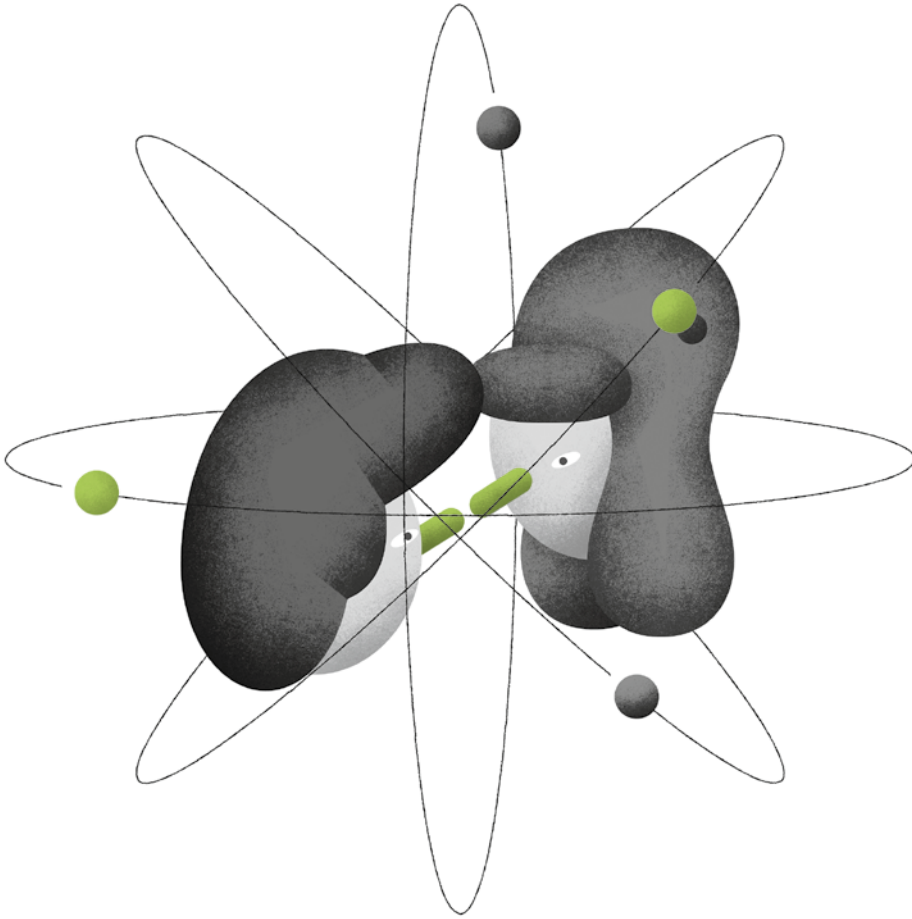
Von **Chris Köver**

Verständigung über all diese Dinge? Abgesehen von all jenen, denen diese Option aufgrund ihrer Geschlechtsidentität, sexuellen Orientierung oder einer anderen «Abweichung» von der Hetero-Zweiernorm ohnehin nie offen stand? Und die sich daher, gänzlich ungeschützt von der Verfassung, durch die freie Wildbahn der Bundesrepublik schlagen müssen.

Verantwortung füreinander – sogar über die Liebe hinaus

Menschen, Liebende, mit und ohne Kinder, leben heute in so vielen Formen und Konstellationen, wie das Leben sie eben bietet. Die Heteropaarbeziehung, ob mit oder ohne Trauschein, ist sicher nach wie vor die häufigste darunter, so gängig wie die Butterblume oder der gemeine Löwenzahn. Aber schon ein cursorischer Blick in den Bekanntenkreis der Autorin verschafft einen Eindruck, welche Vielfalt darüber hinaus möglich ist und gelebt wird: Eine Freundin hat mit ihrem Partner gerade das erste Kind bekommen, sie leben seit drei Jahren unverheiratet als Paar und sahen auch durch das Kind keinen Anlass, diesen

Politische Stellschrauben und persönliche Visionen



Zustand zu ändern. Bisher lassen sich an dem Kind keine dadurch bedingten Schäden feststellen.

Zu wenig exotisch, ohne Trauschein lebt doch heute jedes zweite Paar? Stimmt. Ungewöhnlicher ist da vielleicht das Paar, das trotz gemeinsamen Kindes vielleicht lieber weiter in getrennten Wohnungen lebt? Wer sagt, dass eine intakte Familie nur gemeinsam unter einem Dach leben kann? Andere treiben es gleich noch wilder, etwa die Bekannte, die sich nach einigen Jahren vom Vater ihres Kindes getrennt hat, dennoch leben die beiden nach wie vor, zusammen mit anderen Mitbewohner/innen und dem Kind, in einer großen Wohngemeinschaft. So muss ihr Sohn nicht zwischen ihnen pendeln. Verlässlichkeit und Verantwortung für die gemeinsame Familie – das erstreckt sich manchmal eben auch über die Liebe hinaus.

Was ist so schlimm daran, fragt man sich, dass Menschen heute alle möglichen Beziehungsformen wählen, um mit denen, die sie lieben, zusammenzuleben? Die real existierende Vielfalt dieser Konstellationen hat heute die Vorstellungen unserer Gesetzgeber/innen längst von rechts überholt, es ist ein Dschun-

«Die real existierende Vielfalt der Beziehungskonstellationen hat heute die Vorstellungen unserer Gesetzgeberinnen längst von rechts überholt.»

gel da draußen, und es wäre völlig absurd, davon auszugehen, dass diese Beziehungen auf weniger Verbindlichkeit, Hingabe und Verantwortung für den jeweils anderen oder das gemeinsame Kind gründen als solche, die mit einem Trauschein besiegelt sind. Oder dass diese Wahlfamilien, ob blutsverwandt oder nicht, weniger Verantwortung füreinander übernehmen. Eine Beziehung, das ist heute nicht mehr ein Mann und eine Frau, die gemeinsam vors Standesamt treten, um neun Monate später das erste Kind zu bekommen und fortan Familie zu sein. Und Familie ist mehr als das Ergebnis einer Ehe.

Verantwortung füreinander – auch über Familiengrenzen hinaus

Familie, das sind heute vielleicht auch drei Frauen, die gemeinsam in einer polyamourösen Dreierkonstellation leben und als solche die Tochter der einen gemeinsam erziehen. Das ist ein lesbisches Paar, das zusätzlich zum leiblichen Kind der einen gerade noch darüber nachdenkt, ein zweites in Pflege zu nehmen. Manchmal ist es womöglich sogar die Familie, mit der man auch tatsächlich verwandt ist, wie etwa bei der Berliner Freundin, die mit ihrem Freund und den drei gemeinsamen Kindern gerade zurück nach Süddeutschland in das Haus ihrer Mutter gezogen ist, wo sie sich fortan die Lebenshaltungskosten und die Erziehungs- und sonstige Arbeit teilen werden. Dass so eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft allerdings auch ganz ohne Verwandtschaft funktionieren kann, zeigen die zahlreichen Genossenschaften und Hausprojekte, in denen Menschen verschiedensten Alters mit und ohne Kinder gemeinsam wohnen und sich umeinander kümmern. In Deutschland gibt es etwa die Beginenhöfe, in denen Frauen jeden Alters, lesbisch oder heterosexuell, geschieden, verwitwet oder ledig, mit und ohne Kinder, gemeinsam ihre Vorstellung eines selbstbestimmten Lebens jenseits von Hetero-Kleinfamilie verfolgen oder Projekte für alleinerziehende Mütter, in denen diese als Großfamilie die Erziehungsarbeit teilen.

Die Verfassung, so viel ist klar, ist kein Spiegelbild der Realität. Sie ist eine Ansage, wie die Dinge in unserem Staat geregelt sein sollten, die Verständigung auf eine Norm. Die Frage ist: Wozu wollen wir weiter an diesem Ideal festhalten? Wäre die Ehe tatsächlich «die Keimzelle jeder menschlichen Gemeinschaft», diese edle, schützenswerte Lebensform – unsere Gesellschaft müsste längst zugrunde gegangen sein. Ach, ist sie noch nicht? Genau. Vielleicht hat die Artenvielfalt doch ein Gutes. ■■

Chris Köver lebt als Journalistin und Kulturwissenschaftlerin in Hamburg und Berlin. Sie ist Mitbegründerin und Redakteurin des *Missy Magazine* und veröffentlichte 2013 gemeinsam mit Sonja Eismann das Sachbuch «Mach es selbst: Do It Yourself für Mädchen». Als freie Journalistin arbeitet sie u.a. für *DIE ZEIT*, *Neon* und die *an.schlaege*.

So frei bin ich

Von **Martin Reichert**

1978

Jana wird geboren. Deshalb hat ihre Mutter aufgehört zu arbeiten. Jana soll etwas Besonderes werden. Schon als kleines Mädchen geht sie zum Ballett. Sie kann aber auch zeichnen, schreiben, schauspielern.

DU MUSST DICH AUF EINEN PUNKT KONZENTRIEREN.



1998

Jana hat gerade Abitur gemacht. Sie macht ein Praktikum in einer Agentur und wird als Model entdeckt, dann als Schauspielerin. Sie heiratet spontan ihre große Liebe Alexander.

DU MUSST DICH UM EINE ORDENTLICHE AUSBILDUNG BEMÜHEN.



1999

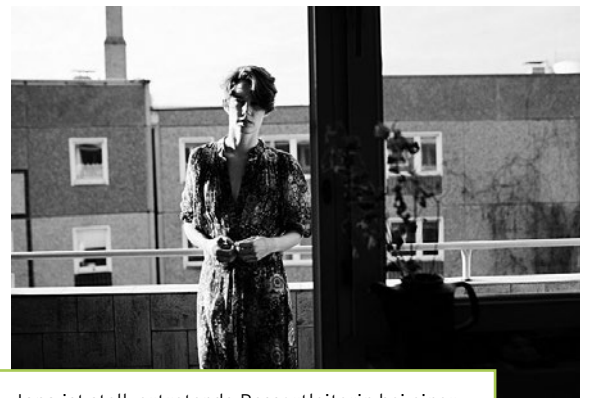
Janas Sohn Anton ist geboren. Jana verdient bis zu 2.500 Mark am Tag. Beim Film. Sie modelt, studiert Kunst. Sie pendelt in der Woche von Hamburg nach Berlin, um in einer Entwicklungsredaktion zu arbeiten.

DU MUSST DICH UM DEIN KIND KÜMMERN.

2006

Jana und ihr Mann haben sich getrennt. Beide leben nun in Berlin, kümmern sich gemeinsam um Anton. Sie macht eine Ausbildung bei der Evangelischen Journalistenschule, lebt von 800 Euro im Monat.

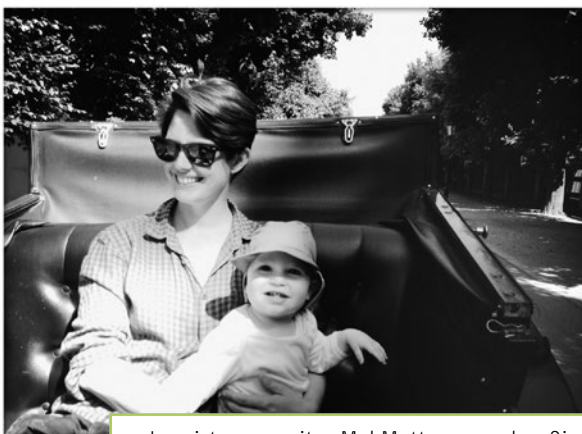
DIE FAMILIE IST DAS WICHTIGSTE.



2010

Jana ist stellvertretende Ressortleiterin bei einer Tageszeitung geworden. Sie hat einen neuen Mann kennengelernt, doch er starb unerwartet. Ihr Sohn Anton muss abends manchmal länger auf seine Mutter oder auf seinen Vater warten. Jana reist beruflich nach Afrika, nach Marokko.

DU MUSST DEIN LEBEN ORDNEN.



Jana ist zum zweiten Mal Mutter geworden. Sie hat einen neuen Partner gefunden, er hat auch bereits ein Kind. Jana ist erst im Mutterschutz, dann in Elternzeit. Sie kümmert sich um den kleinen Matti, schreibt, arbeitet an einem Buchprojekt, zeichnet, malt, modelt. Sie möchte ihr Kind nicht schon nach einem Jahr in fremde Hände geben.

DU MUSST KARRIERE MACHEN.

2012

...

Martin Reichert ist Journalist und Autor und versucht, immer genauso zu leben, wie er will.

Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Gunda-Werner-Instituts zum Thema «Feminismus und Geschlechterdemokratie»

Feminismus und Geschlechterdemokratie weiterdenken

Geschlechterpolitiken aus unterschiedlichen Blickwinkeln haben im Gunda-Werner-Institut (GWI) einen festen Platz. Ob (queer)feministisch oder männerpolitisch – das GWI ist Ort der Analysen und Strategien. Uns treibt die Frage um, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussieht und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen. Als offenes, diskursives Konzept lebt Geschlechterdemokratie von der Auseinandersetzung und dem Dialog mit und zwischen allen Geschlechtern, gemäß Gunda Werners Ansatz: «Denkverbote strengstens verboten!». Das GWI sensibilisiert für Geschlechterblindheit in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik, spürt geschlechterpolitisch emanzipative Politikkonzepte in anderen Ländern auf und überprüft deren Übertragbarkeit auf die deutsche und die EU-Politik. Wir denken über neue Modelle für gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter nach und vermitteln entsprechende Kompetenzen durch Gender-Beratung und -Training.
www.gwi-boell.de

Ausstellung

Was sehen Sie, Frau Lot?

25. November 2013 bis 14. Januar 2014
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Eine künstlerische Auseinandersetzung zu sexualisierter Gewalterfahrung von Mädchen, Jungen und Frauen und gegen Täterschutz anlässlich des 30-jährigen Bestehens der ersten Beratungsstelle

von Wildwasser e.V. Berlin. In Kooperation mit dem Anti-Gewalt-Projekt Tauwetter. Infos zum Begleitprogramm unter: www.gwi-boell.de

Diskussion

StreitWert – Politik im Dialog

Di, 27. August 2013, 19–21 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Podiumsdiskussion zu aktuellen politischen Themen, geschlechterpolitisch quer gebürstet.

2. Medienlab – Berichten Frauen bei der Kriegsberichterstattung anders?

Di, 29. Oktober 2013, 19–21 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

In Kooperation von GWI u. Journalistinnenbund e.V.

Reihe

Diskotieren fürs Grundeinsingen Potentiale der Postwachstumsgesellschaft

Neue Termine ab Herbst unter www.gwi-boell.de

Publikationen

Soziale Sicherheit neu denken – Bedingungsloses Grundeinkommen und bedarfsorientierte Grundsicherung aus feministischer Sicht

Ein Policy Paper von Susann Worschech. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 4
Berlin 2010, 60 Seiten (akt. Neuauflage)

Im Netz

Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie – Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse

Von Regina Frey, Marc Gärtner, Manfred Köhnen und Sebastian Scheele
Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 9
Berlin 2013, 72 Seiten (erscheint im Juli)

Wer mit dem Begriff «Gender» arbeitet, wird nicht selten mit dem Vorwurf einer prinzipiellen Unwissenschaftlichkeit konfrontiert. Die Broschüre geht diesem Vorwurf nach und gibt Argumente für entsprechende Auseinandersetzungen an die Hand.

Feministische Netzpolitik – Perspektiven und Handlungsfelder

Von Kathrin Ganz im Auftrag des Gunda-Werner-Instituts. Die Studie skizziert Perspektiven queerfeministischer Netzpolitik, präsentiert vorliegende geschlechterpolitische Ansätze zu Netzpolitik und beschreibt deren Felder aus feministischer Perspektive.
www.gwi-boell.de/web/denkraeume-feministische-netzpolitik-4881.html

Feministischer Zwischenruf

Heide Oestreich und Hilal Sezgin betrachten aktuelle gesellschaftspolitische Themen und Probleme aus unterschiedlichen feministischen Perspektiven und bringen zugespitzt neue Sichtweisen in den Diskurs ein.
www.gwi-boell.de/web/denkraeume-feministischer-zwischenruf-4640.html

Zuletzt erschienen

Die Ausgabe 2/12 ist als Printversion vergriffen. Download unter www.boell.de/thema



1/13
Es grünt



3/12
Grenzenlos vernetzt –
Chancen und Risiken für die Demokratie



2/12
Digitale Demokratie

Böll.Thema 2/13

Wie frei bin ich? –

Lebensentwürfe in Bewegung

«Vor dem Gesetz sind Männer und Frauen seit über fünf Jahrzehnten gleich. Wer verstehen will, warum die Kluft zwischen den Geschlechtern dennoch so gewaltig sei, heißt es im ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2011, der muss den Blick von der Momentaufnahme lösen und ein ganzes Frauenleben betrachten. Jeder Mensch gelangt in seinem Leben an Knotenpunkte, analysieren die Wissenschaftler: Berufswahl, Partnerschaft, Geburt der Kinder, Familienzeit, Trennung. Mit überraschender Verlässlichkeit entscheiden sich die meisten Frauen an jedem der Knotenpunkte für die Familie und gegen die Karriere. Ein zeitweiliges Zurückstecken mag sich richtig und vernünftig anfühlen. Das Problem aber ist, dass mit jeder dieser Entscheidungen die Wahlmöglichkeiten am nächsten Knotenpunkt geringer sind. Und dass es so unglaublich schwierig ist, einen einmal eingeschlagenen Pfad zu verlassen, wenn der sich als Sackgasse erwiesen hat.»

Julia Friedrichs, Journalistin

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionel-

len politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.

Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 30 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de